

Commer

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courier ist in die Poststempelkarte eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 23.

Berlin, den 9. Juni 1912.

16. Jahrg.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat im Jahre 1911 durch die von ihm geführten Lohnbewegungen für 92 235 Personen Lohnerhöhungen im Betrage von 177 925 M. pro Woche oder

9 252 000 M.

pro Jahr errungen. Diese Zahlen beweisen, daß die Mitgliederbeiträge zum Verbandsbucherzinsen tragen, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband die beste einträglichste Sparkasse für die Berufskollegenschaft ist.

Dem Verbandstage zum Gruß!

Ihr alle, die erschienen,
Ihr wägendes Konzil,
Ihr wollt der Arbeit dienen
Und ihrem großen Ziel.
Wenn eure Worte freisen
Und heiß wird Mund um Mund,
Wollt ihr nur eins: wie Eisen
Soll werden unser Bund.

Schlesiens Hauptstadt bewillkommt diesmal das gesetzgebende Parlament des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Das alte Breslau war mit die Wege der Lokalorganisation unseres Berufes. Und wenn man die ältsten Streiter unserer Berufsorganisation sichtet, dann sind die Breslauer Kollegen mit dabei. Die Breslauer Kollegenschaft hat stets Schritt gehalten, ist gewachsen mit dem Ganzen und deshalb ist es ihr eine frohe Genußnahme, heute der Gastgeber der Erwählten des Verbandes zu sein.

In der kurzen Spanne Zeit von 15 Jahren hat fleißige, unermüdbare Arbeit vermocht, aus einem kleinen Häuflein fest und treu zusammenstehender Berufskollegen die drittgrößte Gewerkschaftsorganisation Deutschlands aufzubauen. Eine Genugtuung sondergleichen für alle die Alten, die von Anfang an dabei gewesen, eine frohe Zuversicht für jene, die im Laufe der Jahre zu dem Banner des Verbandes gestoßen. Alle kühnen Hoffnungen derer, die einst die kleinen Lokalvereine zu einem Ganzen zusammengeführt, alle ihre Erwartungen sind von den Tatsachen weit übertroffen. Das Breslauer Parlament überschaut eine Mitgliederzahl von rund

215 000

im Verbands. Diese Zahl ist der Ausdruck unserer aller Agitationsarbeit und zugleich unserer Macht. Eine solche Zahl ist nicht das Produkt einiger Hundert Agitatoren, sondern das Arbeitsergebnis Zehntausender treuer, braver Berufskollegen, die still und ruhig, unermüdet auf Weg und Steg, im Betrieb und auf der Straße, bestrebt waren, ihren Verband zu kräftigen und zu stärken. Die gewonnenen Massen werden wieder neue Massen, und so kam die Massenorganisation zustande, die heute der Stolz aller ihrer Angehörigen ist.

Seit den Tagen der Verschmelzung der drei Verbände: Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter in Hamburg, ist es mit Riesenschritten vorwärts gegangen; die Voraussetzungen, daß der Zusammenschluß belebend und anfeuernd auf die noch außenstehenden Berufsgenossen wirken müsse,

se hat sich voll erfüllt. Einheit macht nicht nur stark, sie macht auch groß, und Einheit in der Organisation macht die Schwachen mächtig, fast unüberwindlich. Deshalb:

Das Banner hoch, mit frischem Grün umlaubt!

Die Freude hoch und frei empor das Haupt!

Die Hand ins Licht zu einem frohen Schwur:

Dir Freiheit folgen wir auf deiner Spur!

Das Haus steht fest, wir bauen nicht auf Sand;

Drum allerwege: Treue dem Verband!

Das wird auch das Wollen der Delegierten des Verbandstages sein. Steht doch der weitere Ausbau der Organisation auf feiner Tagesordnung. Die Zahl der zu beratenden Anträge, ihr vielfach bedeutsamer Inhalt, zeugt von regem Verbandsleben, dem nichts ferner als die Erstarrung und Konfervierung ist. — Gewiß, auch viel Spreu ist unter den ausnahmslos gut gemeinten, aber in ihrer Konsequenz nicht immer so gut berechneten Vorschlägen. Mit vorurteilsfreier Auffassung haben die Delegierten den fruchtbaren Weizen zu sondern, und sie werden, so hoffen wir mit Recht, ihrer schweren Aufgabe gerecht werden, mit Fleiß und Selbstbeherrschung, dem Ganzen, der Allgemeinheit dienend. So groß die Erfolge unserer Organisation in Punkte Agitation und in wirtschaftlichen Kämpfen sind, bedarf der Verband dennoch auch einer größeren materiellen Festigung, bedürfen seine Finanzen in Rücksicht auf kommende Kämpfe dringend einer Aufbesserung. Immer mehr rüsten die Arbeitgeber, entseidende Schläge gegen uns zu führen, immer stärker werden die Unternehmerverbände und immer enger schließt sich der Kreis der Feinde, die uns lieber heute als morgen vernichten möchten. Diese Momente müssen bei der Neugestaltung des Statuts für die Abgeordneten der Mitglieder, in letzterer reichstem Interesse ausschlaggebend sein. Mit dem guten Herzen ist es dabei nicht getan, der Vorstand muß in ernste Erwägung ziehen, was zu tun notwendig, um für alle Fälle, für alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes genügend gerüstet zu sein. Keinem zu Liebe, keinem zu Leide, muß in erster Linie der Kampfescharakter unseres Verbandes um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegenschaft Berücksichtigung finden. Alle anderen Verbandseinrichtungen sind ja nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck und sie müssen folge-

dessen zurücktreten gegenüber dem Hauptzweck, können demgegenüber nur sekundäres Interesse beanspruchen.

Wir unterlassen es an dieser Stelle absichtlich, in Erwägungen über die Zweckmäßigkeit einzelner Anträge und Vorschläge einzutreten, im festen Vertrauen darauf, daß auch der diesmalige Verbandstag, gleich seinen Vorgängern, jene sicheren Grundlager schaffen wird, auf denen ein weiterer dauerhafter Ausbau des Verbandes erfolgen kann.

Den Verbandstag wird weiter die geradezu brennend gewordene Frage des Koalitionsrechtes beschäftigen. Wir haben zu wiederholten Malen und zwar besonders gelegentlich der Reichstagswahl in diesem Blatte der Kollegenschaft auseinandergesetzt, welche Gefahren dem Lebensfaden unserer Bewegung, dem Koalitionsrecht drohen. Diese Gefahren haben sich in der letzten Zeit nicht vermindert, sondern noch ganz erheblich vermehrt. Der Vorwurf des neuen Strafgesetzbuches bedroht besonders unsere Kollegenschaft mit Buchtauschstrafe, sollte sie auch fernerhin wagen, die Arbeit einzustellen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es genügt den Scharmachern nicht, daß die Gerichte schon auf Grund der bestehenden Gesetzsparagraphen horrenden Massenstrafen über Streikführer verhängen — die Klassenjustiz soll nicht nur in kulturlosen Ländern Orgien feiern — sie wollen auch die gänzliche und restlose Erwidlung der Streikmöglichkeit besonders der Transportarbeiterkollegenschaft. Dagegen hat der Verbandstag nicht bloß aufs energischste zu protestieren, er hat auch Mittel und Wege zu finden, wie den Scharmachernwünschen mit Erfolg begegnet, wie sie von vornherein unausführbar und wirkungslos gemacht werden können.

Der Verbandstag in Breslau soll außerdem ein einheitliches sozialpolitisches Programm festlegen, nach dem in systematischer Weise auf vermehrte gesetzliche Schutz der gesamten Kollegenschaft und ihrer einzelnen Teile hingearbeitet werden kann. Um dabei nur die allerbrennendsten Fragen zu erwähnen, erinnern wir an die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Transport- und Verkehrsgewerbe, an die Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, an den Achtuhr-Ladenschluß, die Frage des früheren Geschäftschlusses am Wochenende, die Einreihung aller Handels- und Transportarbeiter in die Unfallversicherung. Ferner an schwebende Fragen der Arbeiterchutzgesetzgebung in der Binnenschifffahrt, Fragen annehmbarer Ausgestaltung der Seemannsordnung und noch manches andere mehr. Da soll die Stimme des Breslauer Verbandstages für die Zukunft der Kollegenschaft Nichtschmerz und Leitfaden sein.

So harret denn reiche Arbeit den Abgeordneten der Mitglieder in Breslau und deren sachgemäße und wohlwollende Erledigung wird für die nächsten beiden Jahre der gesamten Organisationsarbeit die festen Grundlagen geben. Ausgerüstet mit dem Vertrauen ihrer Wähler werden sich die Delegierten ihrer großen Verantwortung um das zukünftige Wohl und Wehe der Organisation sicher bewußt sein und ihm nach besten Kräften gerecht werden. Das hoffen mit uns alle treuen Verbandsmitglieder.

In brausenden Afforden
Nimm Kampfarbeit, deinen Flug!
Wohl sind wir groß geworden,
Doch noch nicht groß genug!
Willkommen denn, willkommen,
Ihr Veten junger Zeit,
Die Ihr den Ruf vernommen
Und froh gekommen seid!
Zweihunderttausend Augen sehen
Auf Euch im Frohvertraun;
Die Fundamente stehen —
Auf! Laßt uns weiterbau'n.

**Ein Solidaritätsstreik
der Arbeitgeber und -nehmer gegen
die Magdeburger Polizei.**

Wotio:

„Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.“

Was man vor Jahren in Magdeburg für unmöglich hielt, ist zur Tatsache geworden. Unsere liebe Polizei war seit Monaten eifrigst bemüht, Wagenbesitzer und -führer einbringlichst zu Gemüte zu führen, was ein preussischer Staatsbürger nicht alles erdulden muß, und das ist ihr glänzend gelungen. Aber auch die Macht der Polizei hat ihre Grenzen.

Was war die Veranlassung zu dem zweimal stündigen Streik der Arbeitgeber und -nehmer im Personenfuhrwerk? Schon seit Monaten regte sich in den Wagenbesitzern und -führern ein Groll gegen die tagtäglich zu erduldenen Polizeischikanen. Die geringsten Verstöße gegen die „Straßenpolizeiverordnung“, welche im Verlehr fast gar nicht zu vermeiden sind, wurden von den Polizeibeamten zur Anzeige gebracht. Es hagelte Strafmandate über Strafmandate. In einer Tonart erlaubten sich die Polizeibeamten gegen Wagenbesitzer und -führer vorzugehen, die nicht in Knigges Buch steht. Fast bei jeder Fahrt wurden die Fahrer von Polizeibeamten in Uniform und Zivil beobachtet, als wären sie alle Verbrecher. Enthält doch die hiesige „Straßenpolizeiverordnung“ keine Bestimmung, die einem Autoführer gestattet, sich zur Verhütung der allernotwendigsten Verkehrsmittel nur auf kurze Zeit von seinem Wagen zu entfernen. Haben doch aus diesem Grunde Chauffeurs Strafmandate erhalten, die trotz gerichtlicher Entscheidung als zu Recht erlassen, bestehen bleiben. Kurz und gut, unter den kleinlichsten Schikanen hatten Besitzer und Führer schwer zu leiden.

Außerdem kam noch der Umstand hinzu, daß die hiesige „Straßenpolizeiverordnung“ immer noch eine Bestimmung enthält, daß die „Kennwiesen“, wo alljährlich mehrere große Pferdewagen abgehalten werden, als zum Polizeibezirk Magdeburg gehörig gerechnet werden, trotzdem diese „Kennwiesen“ 6400 Meter entfernt von Magdeburg liegen, und daß für Fahrten nach den Kennwiesen die Taxe, welche für die innere Stadt Magdeburg gilt, zu bezahlen ist. Für diese Fahrten von 6400 Meter wird im Durchschnitt ein Fahrgeld von 2 Mk. bezahlt. Hieron erhält der Chauffeur oder Droschkenführer 10 Pct. = 20 Pfg., außerdem werden zur Hin- und Rückfahrt circa 4 Kilo Benzin à 48 Pfg. verbraucht, das, wenn der Fahrgast nicht noch ein Trinkgeld gibt, überhaupt kein Verdienst für diese Fahrten ergibt. Fahrt nun ein Chauffeur über 15 Kilometer hinaus, um durch mehrere Fahrten noch etwas herauszuschlagen, so bekommt er, dies ist so klar wie etwas, ein Strafmandat, dessen Summe in vielen Fällen höher ist, als der wirkliche Verdienst. Haben solche Fahrten für Besitzer und Führer noch irgendein Interesse, so lange diese niedrige Taxe besteht? Nein! Kamern dann ferner noch Fahrgäste, welche sich nicht nach dieser niedrigen Taxe richten und freiwillig über die Taxe hinausbezahlen und ein Polizeibeamter stelle dies fest, dann bekommt der Chauffeur ebenfalls ein Strafmandat, wegen Uebertretung der Gebührenordnung.

Alle diese geschilderten Zustände trugen dazu bei, daß Besitzer und Führer in mehreren Versammlungen zusammenkamen und über Beseitigung dieser Zustände berieten. In der ersten Versammlung wurde eine aus Besitzern und Führern bestehende Kommission gewählt, welche persönlich beim Herrn Polizeipräsidenten die Beschwerden vorbringen sollte. Am Freitag vor den Pfingstfeiertagen begab sich die Kommission zum Herrn Polizeipräsidenten, dieser wurde aber nicht angetroffen, seine Dienstgeschäfte waren dem Regierungsrat von Voepel übertragen. Vom Herrn Regierungsrat wurde die Kommission aber nicht empfangen; der diensthabende Schumann teilte mit, wenn die Kommission etwas hätte, sollte sie sich an Herrn Polizeiasessor Ortberg wenden. Hier wurde die Kommission empfangen und trug auch ihre Beschwerden vor. Der Herr Assessor erklärte aber, er allein könnte an diesen Zuständen nichts ändern,

wolle aber sofort mit dem Herrn Regierungsrat über diese Wünsche reden. Die Kommission begab sich wieder zurück und wartete im Korridor des Herrn Regierungsrat auf Antwort. Nachdem der Herr Regierungsrat in ziemlich lebhaftem Gespräch sich mit dem Herrn Assessor über die Wünsche unterhalten, war er so liebenswürdig, die Kommission im Korridor zu empfangen und ganz kurz die Wünsche entgegenzunehmen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da nur Versprechungen gemacht wurden, welche die Wünsche der Besitzer und Führer unberücksichtigt ließen. Einige Beschwerden wurden sogar als Schwindelei bezeichnet. Die Kommission erstattete in einer zweiten Versammlung Bericht über die Verhandlungen, und einmütig erklärten Besitzer und Führer, daß nunmehr kein anderer Weg übrig bleibe, um sich gegen die rigorose Handhabung der Straßenpolizeiverordnung zu schützen und um auch eine höhere Bezahlung der Fahrten nach den „Kennwiesen“ zu erzielen, daß während der beiden Renntage (am 2. und 3. Pfingsttage) von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr sämtliche Fahrten nach den Kennwiesen einzustellen sind, wenn inzwischen nicht noch eine Verständigung mit der Polizei erzielt werden sollte. Letzteres geschah nicht. Und als am Mittag des ersten Renntages die aus allen Städten Deutschlands herbeigeeilten Rennbahnbesucher gemächlich beim Diner saßen, wurden sie durch ein Flugblatt gestört, welches ihnen mit einer kurzen Begründung ankündigte, daß während der beiden Renntage (am 2. und 3. Pfingsttage) von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr sämtliche Autos und Pferdewagen ihre Tätigkeit nach den „Kennwiesen“ eingestellt hätten. Dieser Beschluß wurde auch mit einer Einmütigkeit von Wagenbesitzern und -führern durchgeführt, daß manchen Herren Hören und Sehen verging.

„Vergeblich war die Stätte“, konnte man mit dem Dichter ausrufen, als man am „Hauptbahnhof“ und auf sämtlichen „Halteplätzen“ auch nicht eine einzige Pferdewagen noch ein Auto erspähen konnte. Es war ein Schauspiel für Götter, mit anzusehen, wie die mit den Jagen nach 12 Uhr eintreffenden Rennbahnbesucher nach Autos und Droschken ausgingen und anstatt eine Droschke zu finden, ein Flugblatt erhielten, welches ihnen Aufklärung gab. Da sich inzwischen die Situation bis zum dritten Pfingsttag noch nicht geändert hatte, wurde auch am dritten Pfingsttag mittags pünktlich um 12 Uhr der Beschluß wieder zur Geltung gebracht. Bei den einzelnen Fuhrwerksbesitzern kam nach 12 Uhr das Telephon bis 2 Uhr überhaupt nicht mehr zur Ruhe. „Wir brauchen noch schnell einen Wagen“, so lautete immer die Anfrage. Aber die Fuhrherren mußten wohl oder übel antworten, daß sie leider kein Fuhrwerk bis 2 Uhr zur Verfügung hätten. Nun blieb nur noch ein einziges Rettungsmittel übrig, um nach den Kennwiesen zu gelangen: das war die Straßenbahn. Hier ging das „Gedränge“, das „Gestöße“ und das „Geschimpfe los.“ „Aber“, so schrieb am andern Tage das Leitblatt der Polizei, die „Magdeburgische Zeitung“, am zweiten Pfingsttage, der im Zeichen des Rennsports stand, war der Verlehr, besonders nach dem „Herrenzug“ hin, etwas stärker, doch wickelte er sich trotz des Streiks der Auto- und Droschkenbesitzer glatt ab.“ Selbst die ältesten Droschkenpferde werden über diesen glatten Unfug glatt aufgelacht haben. Aber hier kann man auch nur wieder sagen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“

Zum Auto- und Droschkenstreik brachten am andern Tage die „bürgerlichen“ Zeitungen anscheinend von der Polizei inspirierte Notizen. Darin wird gesagt, daß der Streik der Autos und Droschken keine Berechtigung hätte und daß die polizeilichen Maßnahmen nötig gewesen wären, um der Prellerei des Publikums an Renntagen Einhalt zu tun. Mit fadenscheinigen Gründen hat wohl noch keine Behörde ihre Maßnahmen zu verteidigen versucht. Die Magdeburger Polizeibehörde wird ja hoffentlich in aller Offenlichkeit den Beweis führen, wie es um die „Prellerei des Publikums“ an den Renntagen aussieht und wie viele Beschwerden von Fuhrgebern wegen Prellerei vorliegen. Die Wagenbesitzer und -führer wollten keine Erlaubnis vom Igl. Polizeipräsidenten, das Publikum zu prellen. Sie wollten Genehmigung, für die Fahrten nach den Kennwiesen nach Lage fahren zu dürfen, und weiter, daß die Wagenführer für die Zukunft nicht bestraft würden, wenn ein Fahrgast freiwillig mehr Fahrgeld bezahlt, als die Taxe vorschreibt. Wäre nur das letzte zugestimmt worden, Besitzer und Führer wären zu ihrem Rechte gekommen. Die „wohlwollende“ Helfing der Wünsche der Wagenführer bestand bisher darin, daß man die Wünsche einfach nicht berücksichtigte. Was die polizeioffizielle Notiz noch über die „glatte“ Verkehrsabwicklung nach dem Herrenzug und vom „Terrorismus“ der Streitenden zu sagen weiß, ist zu belanglos, um darauf einzugehen.

Wenn ferner noch in diesen Notizen gesagt wird, daß sich die Besitzer und Führer in ihr eigenes Fleisch geschnitten hätten, indem sie sich den guten Verdienst an diesen Renntagen entgehen ließen, so sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß die Besitzer und Führer gern auf einen „schönen“ Verdienst verzichten, der sich nur in Strafmandaten für die Polizei auflöst.

Vor vier Jahren, so teilte ein Besitzer in einer Versammlung mit, seien die Besitzer schon um Abänderung dieser Taxe vorstellig geworden, ohne daß es etwas genutzt hätte, er sei deshalb fest davon überzeugt, daß andere Mittel angewendet werden müßten, um die hiesige Polizeiverwaltung zu veranlassen, den berechtigten Wünschen der Besitzer

und Führer Rechnung zu tragen. Dies andere Mittel ist angewendet worden und wird mit Bestimmtheit dazu beitragen, daß die Polizeiverwaltung verschiedene Paragraphen der „Straßenpolizei-Verordnung“ der Zeit entsprechend abändern muß, soll nicht, wie eine „Berliner Zeitung“ in bezug auf die 15 St. 1. 0. m. e. t. e. r. G. e. s. c. h. w. i. n. d. i. g. k. e. i. t. schrieb, die Stadt Magdeburg dem Ort „Strähwinkel“ gleichgestellt bleiben. Das mögen sich die Herren am grünen Tisch heute schon gesagt sein lassen, daß Besitzer und Führer kein gesetzliches Mittel unversucht lassen werden, um ihren Wünschen auch Gehör zu verschaffen, ob dies einzelnen Herren angenehm sein wird oder nicht.

**Die Einkassierer und die Sonntagsruhe
im Handelsgewerbe.**

Als vor einiger Zeit die Notiz durch die Presse ging, daß dem Reichstage ein Gesetzentwurf betr. Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgelegt werden sollte, da atmeten die Handelsangestellten frisch auf und ein „Eudlich“ entlang sich so mancher Brust. Seit dieser Zeit wächst das Interesse an dieser Frage ganz erheblich, aus Gründen, die zu Besprechungen Anlaß geben, weil, soweit wie etwas genaueres über diesen Entwurf bekannt geworden ist, dieser ein elendes Flickwerk sein soll, geschmückt mit so und so viel Ausnahmebestimmungen.

Die Handelsangestellten erwarten vom Reichstage, daß er einmütig die völlige Sonntagsruhe beschließen wird und jede Ausnahmebestimmung zurückweist.

Zwar sind die Gegner der völligen Sonntagsruhe schon wieder an der Arbeit, um die geplanten Reformen zu vernichten. Sämtliche alten Ladenhüter vom Zugrundegehen des Handelsgewerbes werden wieder hervorgeholt und müssen herhalten, um die Handelswelt vor dem angeblichen Untergange zu retten.

Jeder einsichtige Handelsherr, jeder etwas weiter sehende Kaufmann blickt mit einem mitleidigen Lächeln auf diese seine rückständigen Berufskollegen, er weiß zu bestimmt, daß all dieses Gerede nicht stichhaltig ist, um den Schritt nach vorwärts zu hemmen. Was in England, Amerika und Australien schon seit geraumer Zeit möglich ist, muß auch in Deutschland zu erreichen sein, ohne daß eine Schädigung im einzelnen Falle eintritt.

Ein ganz besonderes Interesse an der Einführung der völligen Sonntagsruhe haben die in den Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automaten-Geschäften tätigen Einkassierer, Kassensboten, Hausdiener und Handwerker. Wir stellen gleich fest, daß wohl in keiner Branche des gesamten Handelsgewerbes die bestehenden Gesetze bezüglich der Sonntagsruhe derartig befristet worden sind, wie von den Inhabern der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automaten-Geschäfte. Unmittelbar gestattet der § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung, daß 5 Stunden gearbeitet werden darf. Aber die genannten Unternehmer haben nicht nur die 5 Stunden, sondern 8—10 Stunden an Sonn- und Feiertagen arbeiten lassen und auch heute noch steht die Sonntagsarbeit in diesen Geschäften in Mitte, wie nie zuvor.

In den Abzahlungs- resp. Kreditgeschäften werden neben den festangestellten Einkassierern noch unzählige Sonntagskassierer beschäftigt, die mit 10 Prozent vom einkassierten Gelde entlohnt werden. Durch dieses Sonntagskassierer-System wird die Existenz der festangestellten Einkassierer auf das schwerste geschädigt, zum Teil sogar vernichtet. Die Sonntagskassierer gehen in der Woche ihrem beruflichen Erwerbe nach, und anstatt am Sonntage mit der Familie ins Freie zu wandern und den Körper zu neuer Arbeit zu stärken, werden sie zu Werktagen der Kreditgeschäfteinhaber, welche durch Mißachtung der Gesetze auf diese Weise ein billiges Betriebskapital haben. Der festangestellte Einkassierer wird überflüssig, wenn in derartigen Betrieben 50—70 Sonntagskassierer tätig sind. Circa 70 Firmen der Abzahlungsbranche beschäftigen überhaupt keine festen Einkassierer, sondern nur Sonntagskassierer. Die Gewinnsucht dieses Unternehmertums geht so weit, daß man von dem einzelnen Einkassierer eine Sonntagskassier von 150, 200, sogar 250 Mk. verlangt, was weniger bringt, wird mit scheelsten Augen angesehen und bekommt seinen Anranger. Diese Summen werden und können aber nicht von dem einzelnen Kollegen kassiert werden, sondern Frau und Kinder müssen fleißig mithelfen, den Säckel des Geschäftsinhabers zu füllen.

Würde nun die Regierung endlich den Wünschen der Handelsangestellten nachkommen, würde vom Reichstage die völlige Sonntagsruhe beschlossen, dann würden in den genannten Gruppen unbedingt eine ganze Anzahl arbeitsloser Familienväter Stellung finden.

In den Nähmaschinen-Geschäften werden zwar keine Sonntagskassierer beschäftigt, aber die Festangestellten bekommen am Freitag bezw. Sonnabend eine 2 Tage-Tour und müssen dieselbe am Montagabend abrechnen. Also auch hier muß der Einkassierer am Sonntag fleißig treppauf und treppab klettern, denn wer am Montagabend eine schlechte Kasse abliefern, erhält einen Nasenstüber. In der Nähmaschinenbranche ist die Sonntagsarbeit aus dem Grunde vollständig überflüssig, weil einige Firmen, zum Beispiel die große Singer-Co., an Sonntagen nicht offiziell kassieren läßt.

Während nun den Abzahlungs- und Nähmaschinenkassierern wenigstens einige Stunden am Sonntage zur Verfügung stehen, während deren sie sich der Familie widmen können, müssen die Automatenkassierer am Sonntage von den frühesten Morgen-

Stunden bis in die sinkende Nacht im Dienste des Unternehmertums frohden. In dieser Gruppe sind Kollegen vorhanden, welche innerhalb 10 Jahren noch keinen dienstfreien Sonntag hatten.

Trotz behördlicher Bestimmungen, trotz Aufsichtsbehörden, ist hier das Unternehmertum schon jahrelang bestrebt, die Angestellten auch am Sonntage wie eine Zitrone auszupressen. Die gesetzlichen Bestimmungen stehen für diese Herren nur auf dem Papier. Sie pfeifen darauf.

Wenn sich nun in unserer Kollegenschaft hier und da Bestrebungen geltend machen, welche die Abschaffung der Sonntagsarbeit fordernden, so waren es meistens die Organisierten. Denselben stand aber stets eine Anzahl indifferenter Nichtkollegen und die große Zahl von den sogenannten Sonntagstassierern hindernd im Wege, und lediglich aus diesem Grunde konnten in Berlin keine entscheidenden Schritte in dieser Frage unternommen werden.

Wahndrechend gingen unsere Kollegen in München vor, welche jeden Arbeitgeber, welcher Sonntagstassieren ließ, zur Anzeige brachten. Die Organisation erschien auf dem Plan, um den Firmen das Handwerk zu legen.

Die Berliner Kollegenschaft hat sich jetzt auch durch die Organisation beschwerdeführend an das Polizeipräsidium gewandt und um Aufhebung der Sonntagsarbeit durch Erlass einer Verfügung mit Strafindrohung ersucht.

Am 10. April 1912 befasste sich auch der Polizeisenat in Nürnberg mit der Sonntagsarbeit der Einkassierer, und wollen wir unseren Kollegen den Entschluß desselben nicht vorenthalten.

In der Sitzung des Nürnberger Polizei-Senats vom 10. April 1912 wurde seitens eines Referenten mitgeteilt, daß nach den gepflogenen Erhebungen in den letzten 2 Jahren keine Beanstandungen wegen der Beschäftigung des Personals in den hiesigen Abzahlungsgeheimnissen erhoben worden sind, dagegen habe sich die Meinung herausgebildet, daß die Einkassierer (welche 10 Prozent der einkassierten Beträge als Entlohnung erhalten), an den Sonntagen die Stunden aufsuchen. Die Einkassierer sind meist anderweitig in Arbeit und betreiben das Einkassierergeschäft gewissermaßen als Nebenamt. Auch werden in den Abzahlungsgeheimnissen angestellte Personen ihrem Wunsche zufolge, da sie sich einen Nebenverdienst verschaffen wollen, mit dem Zulassungsbescheid beauftragt. Die Zulassungen werden am Freitag (in Berlin meistens am Sonnabend) den Einkassierern von den Abzahlungsgeheimnisinhabern ausgehändigt. Es wird nun auf Grund einer Entscheidung des Obersten Landesgerichts vom 25. Februar 1905 ausgesprochen, daß die Einkassierer als unter die Bestimmungen des § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung fallend zu erachten sind. Nach dieser richterlichen Entscheidung gelten sogar die Einkassierer als die von einem Abzahlungsgeheimnisinhaber in seinem Handelsgeheimnis zur verbottenen Zeit beschäftigten Gehilfen oder Arbeiter, wenn sie zwar ohne oder gar gegen seinen Willen tätig geworden sind, er es aber an der möglichen Ueberwachung habe fehlen lassen. § 146 der Gewerbeordnung setze zu seiner Anwendung nicht vorsätzliches Handeln voraus; die Bestimmung bezüglich der Sonntagsruhe sei polizeilicher Natur. Der Zweck, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wirksam zu schützen, wäre verfehlt, wenn die Strafindrohung nur gegen vorsätzliche Verfehlungen gerichtet wäre. Auch Fabrikfähigkeit genügt, wie bei anderen polizeilichen Strafvormen, zur Feststellung der Straftat. Es wird daher beschlossen, den hiesigen Abzahlungsgeheimnisinhabern mitzuteilen, daß eine Beschäftigung der Einkassierer und Hilfskassierer an den Sonntagen in keiner Weise gestattet ist und Einkassierer gegen die Geheimnisinhaber erfolgen werde, wenn diese Beschäftigung stattfindet.

Dieser Beschluß des Nürnberger Polizei-Senats ist mit Freuden zu begrüßen. Hoffentlich treten die übrigen Polizei-Verwaltungsbehörden diesem Beschluß bei und verhelfen unseren Kollegen Einkassierern zu der seit Jahren erstrebten Sonntagsruhe.

Unsere Kollegen allerorts erwacht nun auf Grund des Nürnberger Entscheides die Pflicht, die Polizeibehörden auf das gesetzwidrige Treiben der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automatengeschäftsinhaber aufmerksam zu machen.

Ein weiteres Augenmerk ist auf den Ausbau der Organisation in unseren Reihen zu richten. In allen Orten, wo die Kollegen Einkassierer unserem Verbande noch fernstehen, müssen dieselben für uns gewonnen werden, damit wir, wenn im Reichstage unsere Forderungen, welche wir auch dem Ministerium für Handel und Gewerbe überhandt haben, nicht gehört werden sollten, die Sonntagsruhe aus eigener Kraft erkämpfen können.

An unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts richten wir das dringende Ersuchen, beim Kauf von Möbeln, Kleidungsstücken und Nähmaschinen auf Teilzahlung, sowie beim Abschluß von Feuer-, Volks-, Einbruch- und Lebensversicherungen sich nur von organisierten Einkassierern bedienen zu lassen, welche in Besitz einer graugrünen Legitimationskarte sein müssen.

Der Zentralverband

Der im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Schweiz hielt seinen 3. Verbandstag am 11. und 12. Mai d. J. in Basel ab. Vertreten waren 21 Sektionen mit 36 Delegierten. Der Zentralvorstand war mit



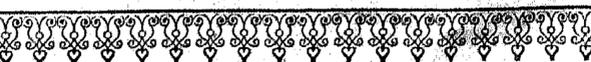
Dem Verbandstag!

Glückauf! Ihr Gesandte aus West und Nord und Süd, Euch grüßen frohe Lieder, es grüßt Euch Musik, Es grüßen Euch die Seelen, in denen flammend steht: Die Arbeit kann nur siegen, wenn sie vereinigt geht! Drum strömet Ihr zusammen, zu wägen Rat und Tat, Ihr prüft die alten Wege und sucht den neuen Pfad, Den Pfad, der uns dem Ziele stets näher, näher führt Und dass er sich in Wüste und Wildnis nicht verliert; Ihr sorgt, dass wir im Kampfe stets stehen neu erfrischt Und dass in unseren Herzen das Feuer nicht erlischt. Just ist's die rechte Stunde: ringsum im ganzen Land Ward allzu straff der Bogen vom Herrentruz gespannt, Gefüllt war bis zum Rande das Mass so übertoll, Dass auch der Arbeit endlich die Galle überquoll. Da dröhnte aus der Tiefe der Ruf nach bess'rem Brot, Nach Luft und Licht und Muse in Mangel und in Not. Das war nach Winteröde, nach bleiern dumpfer Frohn Der Sturmgesang des Frühlings, des Lenzes frischer Ton! Und kränzten auch nicht Blüten und Früchte jedes Schild,

Und ward nicht jede Sehnsucht, jeder Wunsch gestillt, Und hat auch goldene Ernte nicht jede Mahd gebracht — Die Hoffnung ist doch wieder allüberall erwacht! Der Mut ist jung erstanden, der nicht in Bignis lebt, Nein, der die Stirne trotzig dem Feind entgegenhebt, Der Wille, der in Fesseln nicht Herz und Sinne zwingt, Nein, der uns in das Leben, das heisse Leben drängt. Ins Leben, das die Wahrheit in tausend Bildern trägt Und sie uns immer wieder in Brust und Köpfe prägt; Was stark hervorgewachsen ist aus der Zeiten Schoss: Vereinte Kräfte schufen's, sie machten es so gross! Vereinte Kraft! — Ihr ward stets des Sieges Huld. Willkommen drum Gesandte aus Ost und West und Süd! Es wirke die Bekenntnis, die aus dem Dunkel stieg. Hart sind von je die Wege, die man zum Gipfel schlägt, Doch leicht sind auch die Lasten, die Ueberzeugung trägt, Warum nur ist so mancher, der sie nicht tragen mag Und keucht in fremden Diensten geduldig Tag für Tag? Soll er den Brüdern opfern, ist er wie blind und taub — Und wirft für Herrengnade sich feige in den Staub! Ward uns denn je aus Liebe auch nur ein Pfennig Lohn, Und Feilschen sie und Schachern nicht um Minuten schon? Muss nicht bereit zum Schlagen, die ganze Linie stehn, Eh' mit der weissen Fahne wir unsere Gegner sehn?

Wollt Ihr in Klugheit wirken für Euern künft'gen Sieg, So rüstet auch im Frieden Euch für Gefahr und Krieg, Dem starken Feinde trotzt nicht allein das grosse Wort; Leicht treibt aus unsern Reihen die Not den Bangen fort, Wollt den Verrat Ihr hindern, der feig zum Gegner geht, Sorgt, dass der Macht des Goldes Gold gegenübersteht! Und sorgt, dass nicht zersplittert und nicht zersprengt Ihr seid, Fasst alle Kraft zusammen in enger Einigkeit; Dass sie sich wie ein Reifen um alle Gauen legt Und so die Macht des Ganzen in seine Teile trägt? —

Wir grüßen Euch Gesandte aus West, Ost, Süd und Nord, Tragt Euer Tagung Früchte in alle Winde fort. Es soll ein Frühlingsodem aus Sturm und Sonnenglühn Durch staubige Höfe, Schuppen und Strassen zieh'n. Und wo sich bückt ein Nacken in feiger Demut noch, Wo sie geduldig beugen sich in das harte Joch, Wo noch die Menschenwürde tot in der Seele liegt, Da zeigt hinauf zur Höhe wo unser Banner fliegt Und wenn der Ruf zum Streiten den letzten Torenen weckt, Und wenn der letzte Träumer sich aus dem Schummererect, Wenn des Verbandes Fahne an jedem Ort man hisst, Dann wird die Arbeit spüren, dass sie ein Riese ist!



seinen sieben Mitgliedern vollzählig vertreten. Die Revisionskommission war mit zwei Mitgliedern vertreten und die Beschwerdekommision mit einem Mitgliede. Von anderen Verbänden waren erschienen: Schneberger für den Gewerkschaftsbund, Gass und Dändliker für den Basler Arbeiterbund, Max Bueff und Johann Reimüller für den deutschen und Paul Weigl für den österreichischen Transportarbeiterverband, sowie der Gründer des Verbandes Nationalrat Grimm. Zusammen inklusive Schriftführer 61 Personen.

Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Degen, Conzett und Bloch-Zürich bestimmt. Kollege Bausler, der auch den Zentralrat der internationalen Transportarbeiter-Federation vertrat führte in seiner Begrüßungsrede ungefähr folgendes aus: „Die internationale Federation zählte 1904: 11 Organisationen mit rund 77 500 Mitgliedern in 7 Ländern, Ende 1911 waren es 46 Organisationen mit rund 708 000 Mitgliedern, die sich auf 19 Länder verteilen.“

Eine ähnliche Zunahme weist der Deutsche Transportarbeiter-Verband auf. Durch den Anschluß der Hafenarbeiter und Seeleute ist die Mitgliederzahl des deutschen Bruderverbandes in den letzten 1 1/2 Jahren um 57 000 gestiegen, so daß er zur Zeit rund 210 000 vollzählende Mitglieder aufweist und dadurch an Stärke gewonnen hat und zu einer achtunggebietenden Macht im Wirtschaftsleben geworden ist. Eine solche Organisation können die Unternehmer nicht mehr ignorieren. Die Arbeiterbewegung in Deutschland macht in großen und ganzen sehr gute Fortschritte, was sich die am Anfang d. J. stattgefundenen Reichstagswahlen bewiesen haben. Die besten Agitatoren für die Ausbreitung der Arbeiterbewegung in Deutschland sind die Unternehmer und die Behörden. Sie sorgen in ihrem ungerechten Vorgehen gegen die Arbeiter, wenn auch ungewollt, dafür, daß selbst dem zurückgebliebensten Arbeiter die Augen geöffnet werden. Pause empfiehlt auch dem jungen schweizerischen Verband die Waffen zu schärfen und neue zu schmieden. Der deutsche Verband nimmt großes Interesse an der Entwicklung des schweizerischen Verbandes; es kann den deutschen Kollegen nicht gleichgültig sein, ob indifferente oder aufgekärte Berufskollegen nach Deutschland übersiedeln.“ (Lebhafter Beifall.)

Kollege Weigl-Wien kann mit ähnlich großen Ziffern bezüglich Finanzen und Mitgliederzahl nicht auftrüben. Der dortige Verband leidet unter dem Nationalitätenstreit. Das Jahr 1908/09 war ein Krisenjahr und das Jahr 1909 schloß sogar ab mit einem Defizit von 12 000 Kronen. Aber schon im Jahre 1911 verfügte der österreichische Verband über ein Vermögen von 120 000 Kronen, wobei der Streifenfonds nicht einmal inbegriffen ist. Diese befriedigende Lage ist der Beitragserhöhung zu verdanken, die niemals zum Schaden der Gewerkschaft auswächst. Auch der schweizerische Verbandstag soll einen Stein im Weltwerk bedeuten, was die drei mitteleuropäischen Verbände umschließt. (Beifall.)

Vom bulgarischen Transportarbeiterverband war ein sehr verbindliches Dankschreiben für die Einladung eingelaufen, das vom Sekretär Walter verlesen wurde. Nachdem Dändliker namens des Basler Arbeiterbundes die Einladung verbandt und guten Erfolg gewünscht hatte, wurde die Geschäftsordnung festgestellt. Alsdann erstattete in zweieinhalbstündiger Rede der Zentralsekretär Walter den Bericht des Zentralverbandes in den Jahren 1910 und 1911.

Wenn sich unsere Erwartungen vom letzten ordentlichen Verbandstag 1910 in Zürich auch nicht durchwegs erfüllt haben, können wir heute mit Freuden konstatieren, daß es doch vorwärts ging und untere Organisation innerlich erstarkt ist. Das letztere haben wir vor allem dem Vertrauensmännersystem zu verdanken, und es wäre nur zu begrüßen, wenn man auch anderwärts, wo es in dieser Beziehung noch sehr mangelt, endlich zu dieser Einsicht kommen würde. Für die Agitation wurde von der Verbandsleitung geleistet, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, wobei man nicht vergessen darf, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte sich hauptsächlich der Neugründung von Organisationen und der Durayührung der Bewegungen widmen mußten.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1910 1046 und am Schlusse des Jahres 1925. Aufgenommen wurden im Jahre 1910: 684 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1911 betrug die Mitgliederzahl 1249, aufgenommen wurden im Jahre 1911: 980 Mitglieder. Am Schlusse des ersten Quartals 1912 betrug die Mitgliederzahl 1517. Von diesen Mitgliedern waren im Jahre 1910: 32 weibliche und im Jahre 1911: 126 weibliche Mitglieder — heute zirka 178. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf die Weise wie folgt:

Table with 3 columns: Category, 1910, 1911, 1912. Rows include Fuhrleute u. Expeditionsarbeiter, Chauffeure, Baker, Magaziner u. Ausläufer, Holz- u. Kohlenarbeiter, Handelsangestellte, Feinverpüger, Zeitungsverträger, Total.

Davon sind Konsumarbeiter und zwar in gemischten Betrieben 93 184 297

Wenn es so weiter geht, wie in letzter Zeit, werden sämtliche Branchen ihre Mitgliederzahlen in Wälde verdoppeln; möge jeder sein möglichstes dazu beitragen.

Die Lohnbewegungen in den Berichtsjahren sind zum größten Teil mit Erfolg und zugunsten unserer Kollegen durchgeführt worden. Bewegungen wurden durchgeführt im Jahre 1910: die Fuhrleute und Drofschkenfischer — die erste als Angriff, die zweite als Abwehrbewegung, beide mit Erfolg. In Bern die Fuhrleute und Expeditionsarbeiter, welche mit teilweisem Erfolg beendet wurde; in Zürich wurden drei Bewegungen der Fuhrleute mit einzelnen Betrieben

mit Erfolg durchgeführt; die Bewegung der Fuhrleute in Zürich mit dem Fuhrhalter- und Pferdebesitzer-Verband führte ebenfalls zu einem Erfolg — und die Bewegung der Kohlenarbeiter in einem Betriebe in Zürich mußte erfolgreich abgebrochen werden. Bei diesen Bewegungen kam es in zwei Fällen zum Ausstand in Zürich die Protokollführer der Zentralbäckerei, welcher drei Tage dauerte, und die Kohlenarbeiter, welcher Streik 5 Wochen dauerte.

Im Jahre 1911 wurden durchgeführt in Aarau die Bewegung der Fuhrleute und Expeditionsarbeiter, welche zu einem dreiwöchigen Streik führte und ohne Erfolg abgebrochen werden mußte; in Biel die Bewegung der Fuhrleute und Expeditionsarbeiter, welche mit vollem Erfolg durchgeführt wurde; in Basel die Bewegung der Hafenarbeiter mit vollem Erfolg; die Fuhrleute des N. C. B. Basel ebenfalls mit vollem Erfolg, und in Zürich die Zeitungsverleger, welche Bewegung mit Erfolg abgeschlossen wurde. — Mit dem Beginn des neuen Berichtsjahres haben wir bereits in vier größeren Betrieben in Zürich Tarifverträge abgeschlossen, welche als schöner Erfolg bezeichnet werden dürfen. Diese Bewegungen haben uns eine schöne Anzahl Mitglieder zugeführt, und es wird hauptsächlich auch dazu beitragen, zwei neue Branchen unseres Verbandes vorwärts zu bringen — die Chauffeure und die Handelskassisten.

Es bleibt uns auf diesem Gebiete noch eine große Arbeit zu erledigen, aber mit gewissem Stolz dürfen wir darauf hinweisen, daß wir für einen schönen Teil unserer Berufskollegen und Kolleginnen bessere und vor allem menschenwürdige Arbeitsbedingungen erkämpft haben, — möge das in Zukunft in noch höherem Maße gelingen. (Lebhafter Beifall.)

In Einnahmen für das Jahr 1910 verzeichnet der Verband 17 397,50 Fr., an Ausgaben 14 439,40 Fr. — Die Einnahmen im Jahre 1911 betragen 25 141,48 Fr., welchen 22 163,62 Fr. Ausgaben gegenüberstehen.

Die Revisionen Ormaner und Valmer, die mehrere Kassastürze und Bücherprüfungen vorgenommen hatten, beantragten Abnahme und Entlastung. Sie wünschen u. a. schnellere Einwendung der Quartalsbeiträge seitens der Sektionen.

Nachdem die beiden ausländischen Abgeordneten Pause und Weigl ihre für uns wertvollen Erfahrungen im Kassawesen und im Einzug der Beiträge den Anwesenden zum Besten gegeben hatten, erfolgte einstimmige Abnahme der beiden Jahresrechnungen.

Sekretär Walter begründete den Antrag auf Schaffung eines Hilfsfonds. Wohl stehen uns, führte er aus, die ausländischen Verbände in den uns ausgenützten wirtschaftlichen Kämpfen bei, aber erst dann, wenn unsere Mittel erschöpft sind. Um wirtschaftliche Kämpfe führen zu können, braucht man Geld und nochmals Geld. Erfreulicherweise fand der Antrag keine grundsätzliche Opposition. Der von Karl Knapp-Bürch gestellte Vermittlungsantrag vermochte die Bedenken wegen der für den Anfang zu fühlbaren Beitragserhöhung zu zerstreuen und fand die Billigung der überwältigenden Mehrheit. Zur Finanzierung des Hilfsfonds erhebt der Verband also ab 1. Juli 1912 pro Quartal und Mitglied 50 Cts. und ab 1. Juli 1913 je 1.— Fr.

Gegenüber dem von Conzett sehr gut begründeten Antrag betr. Vereinigung verschiedener Berufsgruppen auf einzelnen Blättern in einheitlichen Sektionen mit einheitlicher Kassaführung ersuchte Ormaner abzulehnen, mit dem Hinweis darauf, daß die Sektionen mit diesem weitgehenden Antrag sich noch nicht hätten befassen können. Der Zentralvorstand überkam selbst das Gefühl, daß diese früher oder später notwendigerweise eintretende Modifikation noch verfrüht sei und zog den Antrag zurück mit dem Versprechen, zu gegebener Zeit über die Vereinigung Mittel und Wege vorzuschlagen.

Die vom Gewerkschaftsbund und von den Berner Fuhrleuten angeregte Fusion mit dem Verband der Lebens- und Genusmittelarbeiter, wurde einstimmig abgelehnt.

Ein Antrag zur Gründung einer Verbandskassantenkasse wurde dem Vorstand zum gründlichen Studium überwiesen.

Zum Schluß erfolgte einstimmige Wiederwahl von Walter zum Verbandsekretär unter Aussetzung eines angemessenerweise erhöhten Gehaltes. Die Stelle eines zweiten Verbandsangestellten, der sich eventuell den Handlungsangestellten zu widmen hätte, wird der Zentralvorstand in der ihm gut erscheinenden Weise zum Abschluß zu bringen suchen. Zürich bleibt Vorstand und in Luzern wird der nächste Verbandstag abgehalten werden. Mit einem Hoch auf die internationale Transportarbeiter-Föderation schloß Kollege Degen den sehr produktiv ausgefallenen dritten Verbandstag.

Berliner Bilder.

Als der erste englische Transportarbeiterstreik ausbrach, grüßte ein Hamburger Niederblatt einen Artikel aus, den Dr. Hecker sechs Jahre früher in jener Zeitung veröffentlicht hatte. Mit vielem Gefühl wurde auf das große Elend der englischen Arbeitererschaft hingewiesen. Mit wenig Witz aber desto mehr Behagen wurde auf den Unterschied zwischen deutschen und englischen Arbeiterverhältnissen aufmerksam gemacht — und wie wir's dann so herrlich weit gebracht. Ähnliche Gegenüberstellungen, bei denen die deutschen Arbeiterverhältnisse fast immer glänzend abschneiden, sind ja nicht selten, und wo nicht mangelnde Beobachtungsgabe die Leute zu falschen Urteilen verleitet, da sind die Weggründe so offenkundig, daß man sich kräftig schützelt — und zur Tagesordnung übergeht. Aus beiden Quellen: unzureichende Beobachtungsgabe, lethargische Oberflächlichkeit einmal, und zum andern: metallisches Interesse an der Verschleierung der wirklichen Verhältnisse, entspringt auch das selbstgerechte Urteil über

die deutschen Arbeiterwohnungen, — wenn man von den Slums im Auslande, besonders in England und Amerika, sprach. Wo sind denn bei uns die gräßlichen Slums, die das Merkmal der englischen Armut und des Verbrochens sind? Ohne darauf einzugehen, daß die Mehrzahl der englischen Arbeiter natürlich nicht im Schlamm leben,*) glauben wir doch darauf hinweisen zu müssen, daß wir rechtlich zu tun haben, wenn wir den Schmutz von der eigenen Türe kehren wollten. Freilich slums im spezifisch englischen Sinne haben wir wohl kaum in Deutschland, aber Tatsache ist, daß in der reichen und stolzen Reichshauptstadt 600 000 Personen in einzimmrigen „Wohnungen“ hausen. Und wie wenig man sich dieser sozialen Schande voll bewusst ist, beweist der Umstand, daß von anderer Seite „nur“ 500 000 herausgerechnet wurden. In dem Moment, wo das Wohnungseld des Proletariats zum Greifen vor unserm Auge steht, da streiten sich die Herrschaften um Zahlen. Ob 500 000 oder 600 000: Schande bleibt Schande.

Einen wirkungsvollen, Hände reubenden Beitrag zur Geschichte des Berliner Wohnungswesens liefert die von der Berliner Oriskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker vorgenommene Wohnungszensus-Enquete. Greifen wir auf gut Glück einige Bilder heraus:

1. (Eine Stube.) Herzleidender Patient. Die Wand (Wibelwand) ist sehr feucht; es sind bis zur Decke Schimmelflecke sichtbar. Dampfe Luft, obgleich das Fenster den ganzen Tag geöffnet ist.

2. (Quergebäude, Keller.) Stube und Küche liegen 1,80 Meter tief, die Fenster sind 70 bis 80 Zentimeter hoch. Unerträgliche Luft, feuchte Wände, Pilzbildung.

3. Stube und Küche liegen über Stall; altes Stallgebäude, sehr feucht.

4. Zwei Stuben und Küche, 4 1/2 Treppen hoch. Eine Stube ist unbewohnbar, weil die Wibelwand so naß ist, daß die Möbel verschimmeln. Der Mann ist lungenkrank.

5. In Stube und Küche „wohnen“ neun Personen. In der Stube — Länge 5,85 Meter, Breite 2,85 Meter, Höhe 2,80 Meter — schlafen sieben, in der Küche zwei Personen. Wohnung ist feucht.

6. (Keller.) Stube und Küche. Höhe 2,60 Meter. Dunkel und sehr unsauber. Schwarzgeräucherle Wände, durch die Decke ist Wasser gelaufen. Unerträglicher Gestank, Ungeziefer.

7. Höhe 2,40 Meter. Sehr hauffällig. Die Türen sind 60 Zentimeter breit und durchlöcher. Küche ist dunkel. Zum Aufenthalt von Menschen nicht geeignet.

8. Stube und Küche; beide sind dunkel und werden von acht Personen bewohnt. Ein Teil der Familie schläft auf der Diele. Kostet ist nur durch Bretterverschlag von der Küche getrennt.

9. Keller. Ein Zimmer: Länge 3,60 Meter, Breite 2,40 Meter, Höhe 2,40 Meter. „Wohnung“ liegt sehr tief; ist sehr feucht.

10. Keller liegt 1,80 Meter tief. Räume sind 2,55 Meter hoch; sehr dunkel und sehr feucht.

11. Keller. Wohnung ist sehr dunkel, sehr niedrig, feucht und unsauber. Patient ist lungenkrank.

12. Keller. Stube ist 2,50 Meter hoch und wird von drei Schlafurtschen bewohnt. Dunkel und feucht. Wir wollen es bei dieser Auswahl bewenden lassen. Der Bericht bemerkt zu diesen Schilderungen:

„Zweifelloso sind im Laufe der Jahre mancherlei Uebelstände gelindert. ... Aber unsere Untersuchungen bringen jetzt noch der Uebelstände genug. Ein großer Teil der Kranken, welche wir kontrollierten, wohnt unzureichend; er hat unter Mischständen zu leiden, welche zusammengefaßt als großstädtisches Wohnungselend bekannt ist. Das muß um so mehr ins Gewicht fallen, weil die Mitglieder unserer Kasse durchschschnittlich nicht zu den Vermögenden der Armen, nicht zu den Schlechtesten entlohnten Versicherten gehören, und weil sie durch ihren Beruf gewisse Ansprüche an das Leben stellen und in ihren Kreisen die Vorzüge einer ordentlichen Wohnung berechtigt geschätzt wird.“

Wie mag es da erst aussehen bei den Vermögenden der Armen, bei jenen 40 pCt. Breuten, deren Verdienst unter 900 Mk. jährlich bleibt. In welchen Büchern müssen diese Enderbieten, auch Ebenbilder Gottes, begehrten? Wieviel Keime zukünftiger Verbrechen werden in diesen Räumen gepflegt? Und welchem immensen Schaden an der Volksgesundheit wird hier Vorschub geleistet? Denn — und das fällt bei all diesem Elend erschwerend ins Gewicht — diese Räume werden nicht nur zum Wohnen benutzt, nein, in vielen Fällen dienen sie noch als Werkstätten. Eine Anzahl der Enquete beigefügte photographische Aufnahmen illustrieren dies Elend. Da sehen wir eine kleine, 2,80 Meter breite Küche, die als Arbeitsraum benutzt wird. Die Frau ist krank, der Vater und drei Schulkinder machen Zigarren. Ein anderes Bild zeigt einen Raum, in dem die Patientin mit Mutter und drei Geschwistern schläft. Die Betten sind mit Schürzen belegt. Tagsüber arbeitet die Mutter mit zwei Arbeiterinnen in diesem Raum. Die r Schulkinder nähern Knöpfe an, ein fünftes ist noch zu klein, die Nadel zu halten. — In einem 2,80 Meter hohen Raum, in

dem er auch schläft, betreibt ein Patient die Handweberei. — Ein Raum, der 3,20 Meter hoch ist, dient dem Patienten als Schlafzimmern, am Tage arbeitet er darin mit zwei Frauen Pelzwaren. — In einem „Berliner“ Zimmer, die an sich schon unhygienisch sind, nähen fünf Personen Mägen und Wäsche. Nachts schläft die Patientin in diesem Raum, mit einer erwachsenen Tochter und einem zweijährigen Kinde. — In einer 2,75 Meter breiten, 2,60 Meter hohen Küche verfertigte die Mutter, die 16jährige Patientin und zwei Schulkinder Knallbonbons. Nachts schläft die lungenkranke Patientin in diesem Raum.

Wieviel Giftstoff wird durch diese Heimarbeit verschleppt! Man denke an die Knallbonbons, die von unzähligen Kindern gegessen werden — und kein Mensch weiß, daß die Bonbons durch die Finger einer lungenkranke Unglücklichen ging. — Das ist das „traute Familienleben“ des deutschen Arbeiters, das zu zerstören bekümmert zu den verruchtesten Bestrebungen der ehe- und familienfeindlichen Sozialdemokratie gehört. „Waterlandslose Gesellen“ nannte man die Sozialdemokraten einst. Wie zur Antwort darauf schrieb Sembart in „Das Proletariat“:

„Der Proletarier hat keine Heimat. Oder soll er sich heimisch fühlen in der öden Vorstadtstraße, vier Treppen hoch, im Hof? Oder in der rauchigen, stichigen Industriestadt, in die ihn der Kapitalismus mit einem ganzen Haufen seinegleichen wahllos zusammengewürfelt hat; nicht zusammengepackt, der Ausdruck erinnert an die Pferche, in denen Herden leben: zusammengedrückt, wie in einen Haufen Chausseestiele. Ist eine „Stube“, in der eine ganze Familie, Wand an Wand, mit hunderten anderer Familien haust, eine Heimat? Und doch lehrte uns die Wohnungsstatistik, daß die Hälfte der großstädtischen Bevölkerung und mehr, also gewiß drei Viertel der Lohnarbeiterchaft nicht mehr als einen Wohnraum zu ihrer Verfügung hat, „die Stube“. Und selbst diesen Kubus, der kaum noch den Namen Wohnung verdient, dessen Enge und Dede und Fülle alle Gedanken an „Wohnlichkeit“, an Behaglichkeit, an Traulichkeit ausschließen, in dem nicht ein paar Blumentöpfe Platz haben, die das Auge erheitern könnten, selbst diesen Kubus hat der Proletarier nie für längere Zeit inne. ... Der Proletarier hat kein Vaterland.“

Carus Sterne sagt im 2. Band seines großen Werkes „Werden und Vergehen“ einmal, wie die Erde nicht mehr Wärme in den Welteneum strahlen kann, als sie von der Sonne empfing, so auch die Gesellschaft von jedem Einzelnen nicht mehr Gestützung und Kultur verlangen darf, als sie ihm durch Erziehung beibrachte. Welche Existenzberechtigung haben dann alle staatlichen Zuchtmittel, wenn doch feststeht, daß „eine Gestützung, eine Kultur der Massen ohne den erzieherischen Einfluß der Familie nicht“ entstehen kann. — und weiter feststeht, daß nicht nur infolge der Arbeitsverhältnisse, sondern auch, und vor allem, infolge der Wohnungsverhältnisse von einem Familienleben keine Rede sein kann. In seiner vorzüglichen Schrift: „Wohnungsnot und Wohnungswesen“ sagt Aurella: „Es ist nicht schön und auch nicht sittlich, wenn in demselben Zimmer und oft genug auch gleichzeitig geboren, gestorben, gelockt, gewaschen, gegessen und gearbeitet wird.“

Die Wohnungsstatistik nennt eine Wohnung „überbevölkert“, wenn sechs Personen und mehr in einem Zimmer, elf Personen und mehr in zwei Zimmern hausen. Man sieht; die Statistik macht es uns nicht leicht, „überbevölkerte“ Wohnungen zu finden. Aber trotzdem gab es 1905 in Berlin deren beinahe 30 000, in Breslau 7000, in Chemnitz 5000 usw. — Ein herrliches Familienleben, um so reizvoller, als diese „Familien“, und nicht nur diese, fast jedesmal erگزängt werden durch Schlafurtschen. (In Württemberg in 15 pCt. aller Wohnungen.)

Nach Aurella müßte die Wohnung einer „Normalfamilie“, Vater, Mutter und drei oder vier Kinder, etwa so aussehen: Eine Küche, drei Zimmer und zwei Kammern mit einem Luftraum von zusammen mindestens 250 Kubikmeter und einer Grundfläche von mindestens 68 Quadratmeter. —

Legt das Blatt nicht lächelnd oder resigniert feutzend aus der Hand, Kollegen. Laßt euch die Mißstände nicht bedrücken, einmal nachzumessen. Und jedes Quadratmeter, der euch fehlt, laßt die Finger fester zusammenballen zu eiserner Faust, und jeder Kubikmeter Luft, der euch fehlt, laßt sie Faust niederschmettern, hinein in den ockerhaften Knäuel der Wohnungs-, Grund- und Bodenspekulanten, damit Luft und Raum werde für eine wirklich soziale Wohnungsreform.

Die Wohnungsfrage ist natürlich Bodenfrage. In den letzten 100 Jahren hat sich die Bevölkerung Deutschlands nahezu verdreifacht. Der Hauptstrom ging, der industriellen Entwicklung folgend, natürlich in die Großstädte. Zwar an Platz fehlt es nicht: Raum für alle hat die Erde; wer aber die großstädtische Erde betreten will, der tue Geld in seinen Beutel, — um die Grundrente aufzubringen. Wie die Grundrente auf die Wohnungsverhältnisse wirkt, dafür einige Beispiele:

„In den zwanziger Jahren kaufte der Bauerilian in Schöneberg für 8000 Mk. einen Kartoffelacker; sechzig Jahre später verkaufte sein Sohn ihn als Baugrund für 2 000 000 Mk. In Brix bei Berlin bot vor einigen Jahren ein Bauer 8 Morgen Land vergeblich zu 50 000 Mk. aus. Da wurde dicht daneben eine Haltestelle der Eisenbahn eröffnet und nun forderte er erhielt der Bauer für seine 8 Morgen 1 300 000 Mk. In Halle a. S. ist von 1835 bis 1895 die Bewohnerzahl um das 4 1/2 fache, die Zahl der Wohngebäude um das 2 1/2 fache, der Preis für den städtischen Boden aber um mehr als das 8fache gestiegen. — Am Galleischen Tor in Berlin wurde

*) Der bekannte liberale Politiker Botthoff schreibt, daß die Behausungsziffer, also die Zahl der Bewohner auf einem Grundstück gering ist in Belgien und England: Gent 5, Antwerpen 7, Brüssel 9, London 8; hoch in Deutschland: Breslau 66, Charlottenburg 64, Berlin 77. Dafür ist aber auch in den wichtigsten Lebensaltern von 15 bis 25 Jahren die allgemeine Sterblichkeit in Berlin um 30 v. S. und die Sterblichkeit an Tuberkulose um 50 v. S. höher als in London.

1842 ein Damenstift errichtet; Boden und Gebäude zusammen kosteten 34 000 Mk. Im Jahre 1897 kaufte eine Warenhausfirma den Baugrund für 1 975 000 Mk. — Ein Grundstück in Mannheim wurde gekauft 1872 für 16 065 Mk., 1900 für 236 226 Mk., 1908 für 349 800 Mk., ein zweites 1850 für 68 Mk., 1897 für 10 375 Mk., 1908 für 24 900 Mk. — In Dortmund sind außerhalb der alten Stadtwälle rund 400 Hektar Grundstücke mit Wohn- und Geschäftshäusern bebaut. Der durchschnittliche Bodentwert dieser Grundstücke betrug im Jahre 1860 rund 2 400 000 Mk., heute wird er auf mindestens 140 Millionen Mark angenommen. — Die gesamte Wertsteigerung des Münchener Bodens seit 1871 beträgt 987 Millionen Mark. Der Wert des nackten Bodens von Charlottenburg wurde im Jahre 1886 auf 45 Millionen Mk., im Jahre 1897 auf 300 Millionen Mk. geschätzt. Die Bevölkerung stieg in dieser Zeit um 100 000 Köpfe, d. h. jeder Mensch erhöht den Bodentwert um 2500 Mark. — Der Wert des im Privatbesitz befindlichen Berliner Bodens beträgt 4 Milliarden Mk., zu 4 pSt. verzinst ergibt das eine Zinsenlast von 160 Millionen Mark, die jährlich von der Berliner Bevölkerung den Bodenbesitzern für die Erlaubnis in Berlin wohnen und arbeiten zu dürfen, gezahlt werden muß.*)

Sozialpolitik ist der Kampf gegen das Vermögen. Nirgendwo tritt dies so klar zu Tage, wie im Kampf um eine menschenwürdige Wohnstätte. Das Streben nach billiger Miete ist nur eine Seite des Kampfes, es ist der Kampf der Vermögensinteressen gegen Vermögensinteressen — wir wollen ihn umgestalten in einen Kampf der Volk'sinteressen gegen Vermögensinteressen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach dieser Richtung bereits Schritte getan. Unsere Aufgabe ist es, keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß wir diese Maßnahmen nicht nur billigen, sondern auch energisch unterstützen. Deshalb vor allem die Gleichgültigkeit abgelegt, die uns gerade in der Wohnungsfrage befaßt. Jede Reform zugunsten einer menschenwürdigen Wohnstätte muß mit allem Nachdruck von uns sowohl gefordert als auch getragen werden. Ueberlassen wir diese Sorge an deren Gesellschaftsklassen, so liegt darin eine gewisse Gefahr für unsere Freiheit. — Weibchen — oder richtiger: werden wir recht bald zur treibenden Kraft in der Wohnungsfrage, wir werden den größten Vorteil davon haben.

Unsere „Fakulta“ und der Klassenkampf.

Das jüngste Glied in der Kette der Unterstüßungs-einrichtungen der modernen Arbeiterschaft ist unsere „Fakulta“. Es ist leider einseitig noch ein etwas schwächliches — ja es fehlt auch nicht an Stimmen, die von einem totgeborenen Kinde reden. Eine Unmenge Einwendungen, von „wenn“ und „aber“ sind gemacht, wovon nicht alle in der mündlichen und schriftlichen Agitation genügend gewürdigt worden sind. Es soll in folgendem versucht werden, einige dieser Einwände, die allem Anschein nach immer noch eine gewisse Rolle spielen, so gut das im Rahmen einer kleinen Gelegenheitsarbeit geht, ins rechte Licht zu rücken. Wir geben uns der Hoffnung hin, hierdurch einiges dazu beizutragen, dieser neuesten Einrichtung im Sinne der Selbsthilfe der modernen Arbeiterschaft, endlich den Platz zu verschaffen, der ihr zukommt.

Es gab eine Zeit, als allen Versuchen der Arbeiter, ihre Lebenslage durch Mite der Selbsthilfe zu heben, das gewichtige Bedenken entgegengestellt wurde, derartige Einrichtungen seien geeignet, das Proletariat vom rechten Wege des Klassenkampfes abzulenken — seien dazu angetan, den Proletariern das „eine hohe Ziel“ vergessen zu machen; mit einem Worte, den Klassenkampf selbst zu verwässern und zu verwischen.

Erinnern wir uns, was alles an „guten Gründen“ gegen die Gewerkschaftsbewegung ins Feld geführt wurde, als diese noch in den Kinderschuhen steckte. Es wurde kurzer Hand die Möglichkeit gelehrt, den Unternehmern, der Kapitalistenklasse auf diesem Wege nennenswerte Zugeständnisse abzurufen. Und wenn doch, so hatte man auch für diesen Fall ein Argument bei der Hand, die Gewerkschaften für schädlich zu erklären. Denn dann bewiese das ja erst recht, wohin der gewerkschaftliche Kampf führe. Wenn es nämlich doch möglich sein sollte, auf diesem Wege und mit diesen Mitteln überhaupt Erstrebenwertes zu erzielen, so müsse sich in den Köpfen der Arbeiter ja die Ueberzeugung festsetzen, daß weiter nichts nötig sei, als eben der gewerkschaftliche Kampf, um der Unternehmerklasse Zugeständnisse abzugewinnen. Notwendigerweise müsse also die Gewerkschaftsbewegung in den Sumpf führen. Man hatte also die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften glänzend ad absurdum geführt. Oder etwa nicht? Wir brauchen zur Erledigung dieser Frage nur auf die Erfolge hinzutreten, die seitdem die moderne Arbeiterbewegung, und zwar alle ihre drei Glieder gemacht hat.

Wort für Wort dieselben Einwände wurden später und — werden z. T. auch heute noch gegen die Unterstüßungseinrichtungen erhoben. Nehmen wir die Unterstüßungseinrichtungen. Als man daran ging, Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen einzurichten, da sollte das den Mühen, die totale Verflachung der Zentralverbände zur Folge haben. Wir können heute in aller Nähe über solche Einwände, die gewiß ganz gut gemeint waren, hinweggehen. Als Selbstzweck sind obige Einrichtungen nie betrachtet worden, sondern in allererster Linie als Mittel zum Zweck.

Und der Erfolg hat wohl klar und deutlich bewiesen, daß die Hoffnungen, die man auf sie setzte, keine überhörschwänglichen waren. Es ist noch sehr die Frage, ob wir ohne unser wohlausgebautes Unterstüßungssystem da angelangt wären, wo wir heute stehen.

Von den Tarifverträgen gilt dasselbe. Man mag auch heute noch nicht in allen Punkten über den Wert derselben übereinstimmen, — das eine ist klar, daß sie schlechterdings nicht mehr zu entbehren sind. Auch werden sie heute von allen Seiten als ein vorzügliches Erziehungsmittel bewertet.

Jene oben besprochenen Befürchtungen wurden nun wieder laut, als unsere „Fakulta“ das Licht der Welt erblickte. Freilich, lange nicht mehr in dem Maße, als früher, denn die Entwicklung ist eben doch nicht spurlos an uns vorübergegangen. Auch von unserer „Fakulta“ verkünden Schwarzseher, daß sie uns nicht den Nutzen bringe, den wir von ihr erwarten, daß sie vielmehr in ihrer Tendenz dahin neige, den Kampf um das Endziel, wenn nicht gerade überflüssig, so doch weniger notwendig zu machen. Man sollte nun meinen, daß derlei Ansichten heute, nach den Erfolgen einer dreißigjährigen Gewerkschaftsbewegung, nicht nur so ziemlich — nein, daß sie ganz und gar verächtlich und benutzlos seien. Man sieht aber hier wieder einmal recht deutlich, ein wie jähes Leben solche Irrtümer haben und wie schwer sie auszurotten sind.

Die Gewerkschaftsbewegung hat weder als Ganzes noch mit irgend einer ihrer Einrichtungen den Kampf um das Ganze unnötig gemacht, noch hat sie diesen Kampf in irgend einer Weise abgeschwächt.

Die Freunde, die noch mit solchen Studimenten herumlaufen, geben, teilweise wenigstens, von der Ansicht aus, daß ein Proletariat, dessen Glend schon leicht gemildert sei, das in der Lage sei, sich der größten Ausbeutung zu widersetzen, das, mit einem Wort, seine Lage lieblich erträglich zu machen, stark genug sei — daß ein solches Proletariat kein Interesse mehr habe an einer radikalen Aenderung dessen, was man die heutigen Verhältnisse nennt. Daß unsere „Fakulta“ in letzter Linie auch weiter nichts bewirke, als den Versicherern die Meinung beizubringen, daß weiter nichts nötig sei, als der Ausbau unserer Unterstüßungseinrichtungen, um Verbesserungen zu erzielen.

Also die Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes soll dadurch beeinträchtigt werden. Das soll Marxismus sein. Wenn man einem solchen „Gegner“ etwas genauer auf den Zahn fühlt, so erlebt man meistens, daß derselbe von unserm „Mitteister“ nicht viel mehr als einige schlecht oder gar nicht verstandene Brocken, die er hier oder da aufgeschnappt hat, weiß. Marx ein Gegner der Gewerkschaften! Marx ein Feind der Unterstüßungseinrichtungen! Gegen alles, was in den eigenen Schädel nicht gleich hineingeht, wird Marx ins Feld geführt. Man merkt dabei gar nicht einmal, wie man den, auf dessen Lehren man angeblich schwört, zum Popanz herabwürdigt. Es steht in gar keinem Widerspruch zu Marx'schen Lehren, wenn die Arbeiterschaft daran geht, durch Selbsthilfe sich schon jetzt diejenigen Vorteile zu verschaffen, die zu erringen nur irgend möglich sind. Arbeitslosen-, Kranken- und andere Versicherungen stehen nicht im mindesten mit den Prinzipien des „reinen Klassenkampfes“ im Widerspruch. Wir behaupten gerade das Gegenteil. Die Erfahrung hat es doch wohl zur Genüge gelehrt, daß der Klassenkampf mächtig gefördert, ja in vielen Fällen erst ermöglicht wird durch Einführung von Selbstversicherungen. Nehmen wir die am elendesten entlohnte Schicht der heutigen Arbeiterschaft: die Heimarbeit, z. B. die im sächsischen Erzgebirge. Alle Versuche, diese fast schon der Verelendung anheimgefallene Schicht den Ideen des Klassenkampfes zugänglich zu machen, prallten wirkungslos ab. Diese Leute hatten in ihrem Glend allen Mut verloren. Und doch gelang das fast unmöglich Scheinende. Auf dem Umwege über die Genossenschaft wurden jene Heimarbeiter aus dem größten Glend herausgerissen und erst dann gelang das, was vorher unmöglich war.

Es gibt eben einen Grad des Glends, der alle Versuche, an solche Verelendete heranzukommen, mit den Prinzipien des Klassenkampfes von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Wir können ja auch alle Tage beobachten, daß es nicht die am schlechtesten gestellten Proletariats sind, die die Klassengegensätze begriffen haben und danach handeln. Wir haben auch noch nichts davon gehört, daß besser bezahlte Arbeiterkategorien infolge ihrer gehobenen Lage den Grundfragen des Klassenkampfes untreu geworden wären. Was Marx verneint, ist etwas ganz anderes. Karl Marx fand bei seinen Studien, daß in dem heutigen kapitalistischen System die Tendenz enthalten sei, die Löhne der Arbeiter immer mehr herabzudrücken. Aber er sagt nirgends, daß diese Tendenz nach Verelendung sich nur auf alle Fälle auch durchsetzen müsse. Dieses Streben der Unternehmer habe auf der anderen Seite zur Folge die entgegengesetzte Tendenz, den Arbeitslohn zu steigern, und er bestreitet nirgends, daß es den Arbeitern mittels starker Organisationen möglich sei, nennenswerte Verbesserungen zu erzielen und daß gerade solche Verbesserungen die Arbeiterschaft zur Führung größerer Kämpfe erst befähige.

Auf unsere „Fakulta“ angewandt, bedeutet also diese „Verelendungslehre“ keineswegs, daß wir durch Propagierung dieser Versicherung in unserer Kampfesenergie auch nur im geringsten gelähmt oder geschwächt werden. Wir glauben vielmehr dargelegt zu haben, daß wir in unserem eigenen Interesse nichts Besseres tun können, als mit allen Mitteln der Propaganda darauf hin zu arbeiten, daß zu den wenigen hundert

Mitgliedern, die unsere Fakulta heute zählt, bald ebensovielen zehntausende hinzukommen. Denn nur bei einer großen Mitgliederzahl kann das Ziel, das uns vorwärtsweht, erreicht werden.

Dieses Ziel ist vor allem, die alten, invalide gewordenen Kollegen der entwürdigenden Armenpflege des Vorkriegsstaates zu entreißen. Daß die staatliche Altersversicherung mit ihren lächerlich geringen Unterstüßungssätzen dazu nicht imstande ist, dürfte klar sein. Wenn also daran liegt, im Alter nicht der öffentlichen Armenpflege anheimzufallen, wer sich die winzigen Rechte, die die Arbeiterschaft heute hat, auch für seine alten Tage erhalten will, — wer als alter Mann dennoch ein freier Mann bleiben und kein Bettler sein will, den man nur duldet, der bezieht sich, unserer Fakulta beizutreten, und er wird den Klassenkampf nicht überflüssig machen, wohl aber ihn erleichtern.

Der Transportarbeiter-Verband in Bulgarien.

Das abgelaufene Jahr 1911 war das erste seit der Gründung des Verbandes. In diesem Jahr war daher unsere Tätigkeit hauptsächlich auf die innere Festigung und Stärkung der Organisation gerichtet.

Zu allen laufenden Fragen in den verschiedenen Zweigen des Transports hat der Verband rechtzeitig durch seine Organe oder in von ihm einberufenen Versammlungen Stellung genommen, und sind auch entsprechende Aktionen zur Wahrung der allseitigen Interessen der Transportarbeiter veranstaltet.

An den allgemeinen Aktionen der Arbeiterklasse, die unsere sozialdemokratische Arbeiterpartei einleitete, hat sich der Verband stets aktiv beteiligt.

Bei seiner Gründung bestand der Verband aus 18 Sektionen mit 929 Mitgliedern. Am Schlusse des Berichtsjahres (1911) zählte er 29 Sektionen mit 1095 Mitgliedern. Davon waren 1078 männlichen und 17 weiblichen Geschlechts; 477 verheiratet und 618 ledig; 1049 bulgarischer und 46 anderer Nationalität; 42 unter 20, 727 zwischen 20 und 30 und 326 über 30 Jahre alt. Analphabeten waren 38, mit Volksschulbildung 370, mit unvollendeter Mittelschulbildung 533, mit voller Mittelschulbildung 75 und mit Fachschulbildung 79; in den Wählerlisten waren eingetragen 695, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei waren 173.

Nachstehende Kategorien waren vertreten: 549 Eisenbahner, 202 Post- und Telegraphenangestellte, 206 Hafen-, 59 Chauffeure, 70 Tramwayangestellte, 4 Chauffeure und 4 sonstige Transportarbeiter.

Die Vermehrung der Mitgliedschaft um 166 kommt hauptsächlich von den Eisenbahnern (neuzugewonnen wurden 133) und den Straßenbahnern in Sofia, die dem Verbands nach dessen Gründung beitraten. Die Abnahme der Hafenarbeiter, die im Berichtsjahr 87 beträgt, ist dem Ausnahmezustand zuzuschreiben, unter dem sie insbesondere die letzten zwei bis drei Monate des Jahres 1911 gestiftet waren. Auch die Zahl der Post- und Telegraphenangestellten hat sich um 18 vermindert und zwar aus dem Grunde, weil zwei der Sektionen, deren Leiter von der Postdirektion verfehlt wurden, aufgelöst werden mußten.

Im Berichtsjahr haben die Sektionen 417 Ausschreibungen, 392 Mitgliederversammlungen, davon 275 mit Referaten, 69 öffentliche Versammlungen und 80 Konferenzen abgehalten. Verbreitet wurden fünf Flugblätter in 9200 Exemplaren und 1165 Exemplare des „Roten Volkskalenders“. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und das allgemeine Gewerkschaftsbündnis — „Arbeiterzeitung“ — das täglich erscheint, hat unter den Mitgliedern 306 und die halbmonatliche Parteilichschrift „Neue Zeit“ 131 Abonnenten gehabt. Im Berichtsjahre fanden auch fünf Unterhaltungen statt.

Die finanzielle Tätigkeit des Verbandes gestaltete sich wie folgt:

Einnahmen 17 460,45 Fr.
 Ausgaben 1 690,46 Fr.

Summa: 19 150,91 Fr.

Musgaben 15 940,77 Fr.
 Massenbestand am 31. Dezember 1911 . . . 3 210,14

Die Verbandsorgane. „Der Eisenbahner“ hatte bei einer Auflage von 1500 Exemplaren 1235 Abonnenten. Die „Post- und Telegraphenzeitung“ hatte 947 Abonnenten und wurde in 1200 Exemplaren gedruckt. „Der Hafenarbeiter“ hatte eine Auflage von 800 Exemplaren, die durch Kolportage verbreitet wurden.

Im Berichtsjahr gab es 8 Streiks, davon 2 Abwehr- und 6 Angriffsstreiks; es erzielten 3 mit vollem, 1 mit teilweisem und 3 ohne Erfolg. Beteiligt waren daran 1144 Arbeiter, davon 312 organisiert (auch in anderen Verbänden) und 832 unorganisiert.

Verloren wurden dabei 9791 Arbeitstage; zur Unterstüßung wurden von unserem Verband 282,05 Fr. Das waren meistens unorganisierte, mit elementarer Kraft ausgebrochene Streiks. Unser Verband hat nicht erlangt darin einzugreifen und wo es möglich war, hatte er auch ihre Streikleitung übernommen.

Der Verband ist der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossen und erfüllt seine Verpflichtungen, die ihm die Statuten der Föderation und die internationale proletarische Solidarität auferlegen. Mit mehreren Transportarbeiterorganisationen der anderen Länder unterhält der Verband brüderliche Beziehungen. Mit dem serbischen Transportarbeiterverband hat er auch einen Vertrag zur gegenseitigen Unterstüßung abgeschlossen. Die Post- und Telegraphenangestellten unseres Verbandes sind separat auch der Internationalen Post- und Telegraphenangestellten-Föderation angeschlossen und war unser Verband durch eigenen Delegierten an deren konstituierenden Konferenz in Paris vertreten.

Der Verband hat im Berichtsjahre folgende bescheidene Unterstüßungsbeiträge nach dem Auslande

*) Heinz Potthoff: Soziale Rechte und Pflichten. Sena, bei Diederichs, 1911.

Achtung! Teilnehmer am Verbandstage in Breslau.

Am Sonnabend, den 8. Juni cr., von mittags ab, sind Vertreter des Empfangskomitees auf dem Bahnhof anwesend. Kennlich am Abzeichen: „Bruderhand auf grüner Rosette“.

Das Empfangslokal befindet sich im „Hotel zum goldenen Adler“, Breslau, Fränkelplatz 1, Ecke Flurstraße, dicht in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Das Komitee. J. A.: Herm. Zimmer.

geschicht: den streikenden Seeleuten in Frankreich 30 Fr., den englischen Seeleuten 25 Fr. und den ausgesperrten Arbeitern in Norwegen 15 Fr.

Aus allen obigen Angaben über den Zustand und die Tätigkeit des Verbandes ist ersichtlich, daß er im ersten Jahr seines Bestehens auf gewisse Erfolge hinweisen kann. Diese sind zwar nicht groß, aber um so wertvoller, weil sie trotz aller Schwierigkeiten und Verfolgungen von dem Staate selbst, sowie von den Arbeitgeber und den Gegenorganisationen erzielt sind.

Das laufende Jahr bringt uns viel größere Erfolge. Das sieht man schon von den Ergebnissen der ersten Monate. Und diese neuen Erfolge unseres Verbandes sind um so sicherer, weil sie aus einer unablässigen systematischen Arbeit entspringen.

Der Klassenkampf in England.

Die Kämpfe der Transportarbeiter und Bergarbeiter, die in kurzer Zeitspanne Old England durchzogen, Handel und Verkehr lahmlegten, sind äußerlich einfache Kohnkämpfe, die ein besonderes Interesse erst dadurch gewinnen, daß außergewöhnlich viel Arbeiter von den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen wurden, oder direkt beteiligt waren. Aber darüber hinaus war die Wirkung der Kämpfe weit größer, als es sonst bei den Bewegungen anderer Berufsgruppen der Fall zu sein pflegt. Die Wirkung des Generalstreiks der Transportarbeiter war dabei größer, als die des Bergarbeiterstreiks. Es ist nicht unsere Sache, einzugreifen in den sich eben entspinnenden Streit darüber, ob der Streik der englischen Bergleute eifrige Wochen früher hätte proklamiert werden müssen; Tatsache ist, daß, ebenso wie in Deutschland, auch in England, die vorzeitige Ankündigung des Streiks, die Vergewaltigungen veranlaßte, die Förderung der Kohlen bis zum äußersten zu steigern und große, gewaltige Vorräte aufzusapeln. Da England außerdem als Kohlenexportland schon immer große Vorräte liegen hat, so verbessern die Grubenherren ihre Situation durch die Sperrung der Ausfuhr. Wenn der englische Bergarbeiterstreik trotzdem noch von einschneidender Wirkung war, so ist das ein unumstößlicher Beweis für die volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Bergleute. Und wenn es ihnen trotz der entgegenstehenden Hindernisse gelang, ihre Bewegung im Prinzip siegreich durchzuführen, so verdanken sie das ihrer guten Organisation, wie die deutschen Bergarbeiter ihrer Zersplitterung und dem Verrat der Zentrumsgewerkschaft ihre Niederlage zuschreiben müssen.

Auch der Generalstreik der englischen Transportarbeiter endete siegreich, obgleich die an diesem Streik beteiligten Arbeitergruppen teilweise nicht nur schlecht, sondern sogar sehr schlecht organisiert waren. Aber der Streik war von durchschlagender Wirkung. Mit Entsetzen haben die Anglophilten, daß die insulare Lage Englands, die splendid isolation — die glänzende Isolation — (eine Nebenart, die in England früher nicht in geographischer, sondern in politischer Beziehung stolz gebraucht wurde) auch seine Achillesferse war. England bedarf dringend der Nahrungsmittelzufuhr, und wenn auch der Streik keineswegs überraschend gekommen war, so lassen sich doch Nahrungsmittel nicht in der nötigen gewaltigen Menge so leicht sammeln, wie z. B. Steintohlen. Und so erklärt es sich, daß die mittelmäßig organisierten Hafnarbeiter und die schlecht organisierten Seeleute ihre Forderung in fast ebenso viel Tagen durchsetzten, wie die gut organisierten Bergarbeiter Wochen brauchten. Denn schließlich läßt sich ein Mangel an Steintohlen, — so katastrophal er wirken kann — doch immerhin leichter ertragen, als das Zwicken und Zwaden in dem leeren Magen. — Dieser glänzende Waffengang der englischen Hafnarbeiter (und sonstigen Transportarbeiter), stellte den Nimbus wieder her, den die englische Gewerkschaftsbewegung in den Augen nicht nur der deutschen Hafnarbeiter, sondern auch der Mehrzahl der Gewerkschaftler überhaupt, in den Tagen des Jahres 1907 verloren hatte, als mehrere Tausend englische Streikbrecher den aussperrungswilligen Hamburger Hafnarbeiterbetriebsunternehmer zu Hilfe eilten, die die Schauerleute, die für eine erträgliche Arbeitszeit kämpften, in ein menschenunwürdiges Joch spannen wollten.

Aber der prächtige Sieg weckte auch etwas anderes, nämlich das Klassengefühl. Die Organisationen der Transportarbeiter nahmen stark an Mitgliederzahl zu, die Massenbewegung war nicht mehr nur tatsächlich, ihr wurde auch jetzt offenkundiger Ausdruck verliehen. Wenn die Hafnarbeiter noch gezögert hätten, die wütenden, sonst gar nicht englisch, sondern deutsch anmutenden Ausfälle der Unternehmer gegen die Arbeiter, hätten sie in die Organisation getrieben. Was sonst infolge der merkwürdigen englischen Parteilosstellung noch auf Seiten der Arbeiter stand — offiziell wenigstens — nahm jetzt entschiedene Stellung gegen die Arbeiter. Dazu kamen noch jene Kreise, die aus unglücklichen Gründen sonst die materielle Seite der Arbeiterfrage unberücksichtigt ließen und nur auf die

Hilfe der Arbeiter zur Durchführung ihrer politischen Pläne spekulierten. Daß der Streik der Transportarbeiter die wunde Seite des englischen Staates, die Nachteile der insularen Lage, aller Welt enthüllten, vergaben diese Kreise den Arbeitern nicht. Die Transportarbeiter scheinen das wohl erfasst zu haben, ihre Gewerkschaften leben seit dem ersten Kampf nicht: Gewehr bei Fuß, sondern schon Gewehr im Anschlag. Und jetzt ist, so kurze Zeit nach dem ersten Sieg, der Schuß gefallen, der hoffentlich das Signal war zur Feier des zweiten Sieges.

Als die erste Nachricht vom erneuten Kampf der Hafnarbeiter zu uns kam, konnte man als kontinentaler Gewerkschaftler einen leisen Zweifel an der Zweckmäßigkeit nicht unterdrücken, um so weniger, als die gemeldete Ursache des Kampfes für unsere Begriffe etwas sonderbar war. Die offizielle Ursache des Kampfes war nämlich die Weigerung der Leichterleute, mit einem unorganisierten Vorarbeiter zusammen zu arbeiten, der als gewöhnlicher Hafnarbeiter beschäftigt wurde, angeblich weil er „überzählig“ (?) war. Darauf wurden sofort 2000 (!) Leichterleute gemargelt — um des einen Mannes! Welch eine Perle von Mensch muß das sein! Nun, sein Hauptverdienst bestand darin, daß er den von den Unternehmern zweifellos erwarteten Widerstand der Arbeiter weckte und so den Unternehmern Gelegenheit gab, den herbeigewünschten Kampf zu beginnen und der Desertion nicht doch die Arbeiter als die Störenfriede zu denunzieren. Die kapitalistischen Blätter sind auch prompt auf den Schwind — „hineingefallen“. Ein Streik von 100000 Arbeitern wegen eines einzigen heulmetern sie und hatten kein Wort der Entrüstung darüber, daß die Unternehmer den Kampf mit der Maßregelung von 2000 Arbeitern wegen des Einzigen — begannen. Wir lassen die Verantwortung der Frage, ob es zweckmäßig war, durch die Weigerung mit dem Einem zusammenzuarbeiten, den Unternehmern eine bequeme Handhabe zu bieten, die Sachlage zu verschieben, völlig außer Rechnung — schon deshalb, weil der, der den Kampf will, auch ohne dies „Gründe“ gefunden hätte. Aber die Entrüstung der Unternehmer und ihrer Zeitungsreptile darüber, ist ein lebendiges Beispiel für die Verschiedenartigkeit des Kleinlichkeitsgefühls, der Erbgriffe in den beiden Gesellschaftsschichten. Während die Arbeiter sich verletzt fühlen, wenn sie mit einem Menschen zusammenarbeiten sollen, der auf ihre Kosten, auf Kosten der Organisation, Vorteile genießt, während sie ein solches Verhalten als ehrlos empfinden und deshalb in der Zornstimmung, mit ihm zusammen zu arbeiten, eine persönliche Ehrverletzung erblicken, arbeiten die Unternehmer (und die Verteidiger ihrer Praktiken) mit jedem Schelm und Zuchthauswärter zusammen, so lange es dieser nicht so arg treibt, daß er in den für reiche Leute so überaus weiten Machen des Gesetzbuches hängen bleibt. Die Entrüstung der Unternehmer und Konforten ist eine Entrüstung der Unmoral über die Moral.

Der Verlauf der Bewegung widerlegt aber die Behauptung, daß der „Eine“ die Ursache des Kampfes war. Tatsächlich wurde in der ersten Zusammenkunft der Unternehmer und der Arbeiter vor dem Regierungskommissar festgestellt, daß die Unternehmer den Tarif falsch auslegten und daß die Arbeiter bei den wiederholten Streitigkeiten im Recht gewesen waren. Dem Vertreter der Unternehmer, der sich heftig dagegen wehrte, erhielt vom Regierungsvertreter eine Lektion über den guten Ton, wobei der Arbeitervertreter als Muster diente. Seit dieser ersten Zusammenkunft haben die Unternehmer eine heilige Scheu vor der Kommission: sie weigern sich, vor ihr zu erscheinen. Braucht die Welt noch mehr Beweise, daß die „Gründe“ der Unternehmer an den Haaren herbeigezogene Scheingründe sind? — Weiter: Der Kampf brach ohne Vorbereitung, ganz plötzlich, aus. Die Blätter nannten die Lage Englands verzweifelt, weil nicht wie beim letzten Streik an Anhäufung von Nahrungsmitteln hätte gedacht werden können; dabei gehen die Fleischpreise 8 Tage nach Ausbruch des Streiks zurück! Alles deutet darauf hin, daß sich es diesmal um einen von langer Hand vorbereiteten Stoß gegen die Arbeiterorganisation handelt. Der Transportarbeiterverband deckt die Absichten der Unternehmer in einem Manifest auf, das die Verbandsleitung an die kämpfenden Kollegen erließ. Es heißt darin:

„Nach sorgfältiger und langer Prüfung der bei den Arbeitseinstellungen im Hafen in Betracht kommenden Streitfragen betrachtet es das Komitee als seine Pflicht, den im Kampfe verwickelten Arbeitern das Tatsachenmaterial vorzulegen:

1) Erstens haben die verantwortlichen Beamten der Gewerkschaften jede Anstrengung gemacht, eine Arbeitseinstellung in jedem Notungsfall zu vermeiden. Wir bedauern die vergebliche Einmischung von Arbeit-

gebern in die Rechte des Individuums, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden und zu bleiben. Wir konstatieren ferner, daß uns die Weigerung der Arbeitgeber, Verträge zu halten, die Hände gebunden hat. Wir haben jeden Fall der Nichtbeachtung von Verträgen seitens der Arbeitgeber wie auch zahllose Fälle von Boykott geduldig und diskret behandelt. In dem Fall, der die jetzige Stockung herbeigeführt hat, hat man dem in Frage kommenden Individuum Monate gelassen, einer Gewerkschaft beizutreten; alle Ueberredungsversuche sind angewendet worden, doch ohne Erfolg, und die Arbeitgeber haben zu dieser organisationsfeindlichen Haltung aufgemuntert.

2) Der vorliegende Streitfall hat eine Verschönerung der Arbeitgeber aufgedeckt, die sogleich ihre Karten zeigten und sich gemeinschaftlich des Geschäftes der feindlichen Firma annahmen und dadurch das Kampffeld ausdehnten.

3) Die Weigerung der Arbeitgeber der Richterführer, den Vertrag vom letzten Herbst anzuerkennen, ist eine ungesetzliche Handlungsweise, was durch die Urteile des Obergerichtes und des Lord Justice Coleridge bewiesen wird.

4) Seit der Abmachung des letzten Jahres sind zahllose Fälle von Vertragsbruch vorgekommen und trotz unserer Proteste und friedlichen Bemühungen, Kämpfen aus dem Wege zu gehen, haben unsere Anstrengungen meist fehlgeschlagen.

5) Wir behaupten, daß die gegenwärtige Stockung gänzlich dem veragatorischen Verhalten der Arbeitgeber zuzuschreiben ist. Wir sind jedoch gern bereit, mit den Arbeitgebern zusammenzukommen, um ein Abkommen über die Regelung von Beschwerden herbeizuführen.“

In einer Versammlung nahmen die Hafnarbeiter folgende Resolution an:

„Nachdem dieses gemeinschaftliche Komitee des Exekutivausschusses und des Sonder-Distriktskomitees die wesentlichen Streitfragen, die die Transportarbeiter im Londoner Hafen berühren, gründlich beraten hat und die Boykottierung von Gewerkschaftsmitgliedern und den vorsätzlichen Vertragsbruch der Arbeitgeber wie auch deren allgemeine veragatorische Behandlung der Arbeiter des Hafens in Betracht gezogen hat, ist es zur Entscheidung gekommen, daß ihm unter diesen Umständen keine andere Wahl bleibt, als alle Transportarbeiter aufzufordern, die Arbeit niederzulegen, um es dem Verband zu ermöglichen, ihre Beschwerden abzustellen.“

Damit wurde der Kampf auf die anderen Gruppen des Transportgewerbes ausgedehnt. Daß die Arbeiter sich des Ernstes der Situation bewusst sind, geht aus Worten Gostings hervor: „Ich glaube, wir haben einen sehr großen Kampf vor uns und ich glaube nicht, daß wir ihn in ein oder zwei Wochen beenden werden. Ihr müßt zusammenhalten, was auch die Folgen sein mögen, und den Kampf zu Ende kämpfen, und wenn ihr euch alle loyal gegen uns erweist, so werden wir die Sache für euch durchführen wie im letzten Jahre.“

Augenblicklich stehen in London 120 000 Transportarbeiter im Kampf. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die verschiedenen Berufszweige: Dockarbeiter 8000, Fuhrleute 30 000, Tagelöhner 10 000, Verladearbeiter 7000, Leichterleute 7000, Schleppbooteleute 3000 und Unorganisierte dieser Berufe 4000, der Rest gehört verschiedenen Nebenbeschäftigungen an. Daß damit dem Umfang der Bewegung aber noch keine Grenzen gezogen sind, geht aus den Worten von Lillies hervor: „Ich möchte nachdrücklich betonen, daß dieser Kampf nicht notwendig auf den Londoner Hafen beschränkt sein wird, daß er ein nationaler Kampf werden wird. Was uns die Meeder vorher sagten, das sagen wir jetzt ihnen: Dies ist nicht die Zeit zum Reden; dies ist die Zeit zum Handeln.“

Die letzte Wendung Lillies bezieht sich auf das Eingreifen der Regierung, die eine Untersuchungskommission eingesetzt hatte, an deren Spitze Sir Edward Clarke steht, der eben als Schlichter für die Bergarbeiter Südhorsfithes den höchsten Minimallohn für Hauer (6¹/₂ Schilling) festgesetzt hat. Die Arbeiter haben zwar ihre Bereitwilligkeit zur Verhandlung bewiesen, aber sie wollten nichts von juristischer Spitzfindigkeit und Verschleppungskunst wissen. Ihrem Protest gegen die juristischen Vertreter der Unternehmer wurde denn auch stattgegeben. Es spricht nicht für die Güte ihrer Sache, daß die Unternehmer nur plötzlich von der Regierungseinnischung nichts mehr wissen wollten. Die Regierung ist aber nicht gewillt, die Ruhe im Hafen dem scharfmacherischen Gelüsten der Unternehmer preiszugeben. Sobald die Arbeit wieder aufgenommen wird, beabsichtigt die Regierung, ein Einigungsamt einzusetzen, in dem Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sind, und dessen Kompetenz den ganzen Hafen umfassen soll. Sollten die Arbeitgeber diese Behörde nicht anerkennen, so sollen ihre Vollmachten gesetzlich festgelegt werden.

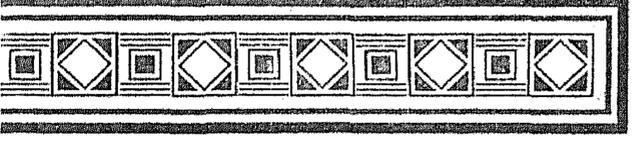
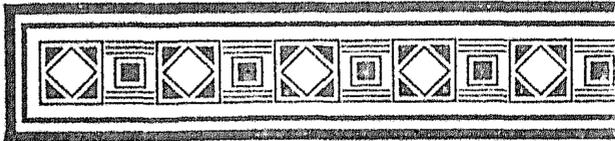
Sobald der Streik vorüber ist, wird nach Zeitungs-meldungen die Regierung die Arbeitgeber in einer Form, die eine Ablehnung sehr erschweren werde, auffordern, sich mit den Arbeitern zu einigen.
Wie der Kampf steht, wenn die Zeilen den Leser

erreichen, ist heute böllig ungewiß. Aber wie er auch stehen mag, für deutsche Arbeiter gibt es nur eine Parole:

Hoch die Solidarität!

Die englischen Unternehmer suchen auf dem Kontinent Streikbrecher. Kollegen, gebt dem Menschenfleischhändlern überall eine deutliche, recht deutliche Antwort. Und denkt daran: Der Sieg der englischen Transportarbeiter ist euer Sieg.

Streikbrecher. Kollegen, gebt dem Menschenfleischhändlern überall eine deutliche, recht deutliche Antwort. Und denkt daran: Der Sieg der englischen Transportarbeiter ist euer Sieg.



Berlin. Die Branche Kraftdroschkenführer (Section IV) hielt am 22. Mai eine Mitgliederversammlung für das 1. Quartal ab. Der Stadtverordnete Genosse W. Düwels hielt einen Vortrag über „Koalitionsrechtstreiber“. Redner streifte zunächst die Vorarbeiten im Abgeordnetenhaus und bewies an der Hand von vielen Beispielen, daß man von den Herren des hohen Hauses nichts anderes erwarten konnte. Die heutige Wirtschaftsweise zettelt den Kapitalisten als gefühllosen Herrenmenschen, der vor nichts zurückschreckt, nur seine eigenen Vorteile im Auge hat und alles daran setzt, dem Arbeiter sein kümmerliches Recht in bezug auf Koalition gänzlich streitig zu machen. So wird seit Jahren versucht, durch ein Ausnahmegesetz die Arbeitswilligen zu schützen und das Wohl der Arbeiter, sich durch Zusammenschluß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, illusorisch zu machen. Nunmehr schilderte Redner, wie kümmerlich das Recht der Arbeiter schon heute ist, daß die Unternehmer einen ganzen Stab von Beamten, Juristen, Professoren usw. zur Verfügung haben, und zum Schluß Polizei und Gericht dafür Sorge tragen, daß der Unternehmer zu seinem Recht kommt. Die Gefahr der Koalitionsrechtstreiber von Seiten der Arbeitgeber ist nicht zu verkennen; dem entgegenzutreten muß unsere Aufgabe sein. Die zahlreich verammelten Kollegen spendeten dem Redner für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall. — Hierauf gab der Branchenleiter den Geschäftsbericht wie folgt: Im 1. Quartal fanden 16 Versammlungen, 42 Betriebsbesprechungen, 6 Branchen- und Vertrauensmännerversammlungen, 17 Verhandlungen und 43 sonstige Sitzungen statt. Neuaufnahmen waren 333 und 11 Uebertritte, im Summa 344 zu verzeichnen. — Nach kurzer Diskussion über den Geschäftsbericht gab der Kollege Gehring einen ausführlichen Bericht über die Generaterversammlung Groß-Berlin. Hierauf wurden die im Umlauf befindlichen Fragebogen erwähnt und die Kollegen ermahnt, sich daran rege zu beteiligen. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Weder, Rettig, Abraham und Sowade gewählt. — Weiter beschloß die Versammlung, den Kraftwagenführer Wahlert, welcher seine Mitgliedschaft auf Umwegen erworben hat, zum Ausschuß zu empfehlen. Weitere Ausschlußanträge sollen zuvor von der Branchenleitung geprüft werden. Nachdem noch verschiedene Berufsfragen erörtert, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Motoren der Kraftdroschken. Der Berliner Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „In letzter Zeit ist eine größere Zahl von Kraftdroschken mit übermäßig starken Motoren in Betrieb gestellt worden. Bei diesen Fahrzeugen ist der Anreiz zu vorschriftswidrigem schnellem Fahren besonders groß, auch sind nur besonders geschickte und mit dem Wagen vollständig vertraute Führer in der Lage, die Entwicklung von Rauch und Quarm im Stadtbetrieb zu verhindern. Ueberreibungen der Motorstärke haben weiter den Nachteil, daß der Droschkenbetrieb unnötigerweise verteuert wird. Ich bestimme deshalb auf Grund des § 2 Abs. 5 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905, daß vom 1. Oktober d. J. ab Fahrzeuge, bei denen die nach der Steuerformel berechnete Nulleistung der Maschinen oder Motoren 10 Pferdestärken überschreitet, nicht mehr als Droschken neu eingestellt werden dürfen. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die angegebene Pferdestärkenzahl auch für den Berliner Ausflugsverkehr durchaus genügt.“

Straßenunfall durch einen Kraftomnibus. (Urteil des Reichsgerichts vom 5. Februar 1912.) Ein eigenartiger Unfall hatte sich in Berlin ereignet. Ein vollbesetzter Omnibus der A. L. G. Berliner Omnibus-Ges. fuhr in der Potsdamerstraße gegen einen Laternenmast. Der Mast brach durch; sein oberer Teil mit der Laterne fiel auf das Verdeck des Wagens, verwickelte sich in das Schutzgitter und hinderte die Weiterfahrt. Der Motor wurde abgestellt. Personen auf dem Verdeck lösten mit einem Werkzeug die Querstange, welche die Laterne trug, von dieser, und warfen die Stange auf's Straßengestell. Ein abspringendes Eisenstück traf den etwa 7 Schritte abseits der Laterne auf dem Bürgersteig stehenden Kaufmann S. und brach ihm den Unterschenkel. Der Verletzte S. erhob gegen die Gesellschaft und gegen den Omnibusführer Klage auf Schadenersatz. Die Klage wurde vom Landgericht I und Kammergericht Berlin abgewiesen. Die von dem Kläger S. eingelegte Revision hatte Erfolg, denn der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte aus: Die Frage, ob der Kläger einen Betriebsunfall erlitten hat, ist noch unter folgendem Gesichtspunkte zu prüfen, ob nicht deshalb ein Betriebsunfall anzunehmen ist, wenn und weil er dabei verletzt wurde, als der Wagen, dessen Weiterfahrt durch das herabgestürzte Bruchstück gehemmt war, wieder flott gemacht wurde. Zweifellos war

der mitten auf der Fahrbahn zum Stillstehen genötigte Wagen noch im Betriebe. Auch erscheint alles, was daraufhin geschah, um die unterbrochene Weiterfahrt wieder aufzunehmen, wenigstens äußerlich als ein dem Betriebe des Wagens dienender Vorgang. Dazu gehörte auch die Loslösung der im Verdeckgitter verfangenen Laterne und die Entfernung des betriebs-hinderlichen Bruchstückes vom Verdeck, gleichviel ob die Beseitigung des Hindernisses ordnungsmäßig oder ordnungswidrig oder sogar schuldhaft unter Verletzung der verkehrserforderlichen Sorgfalt ausgeführt wurde. Aber daraus allein würde sich die gesetzliche Haftpflicht der Beklagten noch nicht ergeben, sondern erst dann, wenn jener Vorgang auch wirklich eine Betriebs-handlung der Beklagten gewesen ist. Dies wäre der Fall, wenn ihre Angestellten (Führer, Schaffner usw.) selber das Verdeck gesäubert hätten, um den Wagen wieder flott zu machen. Gleiches muß aber auch dann gelten, wenn die Angestellten der Beklagten sich hierzu fremder Leute bedient haben. Dies würde hier anzunehmen sein, wenn Fahrgäste oder sonstige Dritte, die die Laterne losgelöst und das Bruchstück entfernt haben, dies unter Willigung der Angestellten der Beklagten vorgenommen haben, — sei es auf deren ausdrückliches Einsehen oder auch mit deren stillschweigender Einwilligung, die auch schon in einem widerspruchslosen Geschehenlassen gefunden werden kann. Eine derartige, auf dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Willen der Beklagten beruhende Hilfe Dritter würde rechtlich nicht anders anzusehen sein, als wie eine persönlich geleistete Betriebs-handlung der Angestellten der Beklagten. In dieser Hinsicht fehlt es noch an einer genügenden Erörterung des Sachverhaltes und an einer ausreichenden Feststellung, so daß das Urteil schon aus diesem Grunde aufgehoben werden muß. Sollte festgestellt werden, daß die fremden Leute sich gänzlich unbefugt gegen den Willen und ohne Wissen der Angestellten der Beklagten ein-gemischt haben, um den Wagen wieder fuhrbereit zu machen, so würde eine Betriebs-handlung der Beklagten und ein ihre Haftung nach § 7 Abs. 1 des Automobilgesetzes begründender Betriebsvorgang über-haupt nicht vorliegen. Infolgedessen müßte das Straf-fahrzeuggesetz völlig ausscheiden, so daß alsdann weiter zu untersuchen wäre, ob etwa die Be-stimmungen der §§ 831, 823 BGB. den Klagean-spruch rechtfertigen. Auch hierzu fehlt es bislang an einer ausreichenden Erörterung des Sachverhaltes, die für den Fall, daß der Klage nicht schon nach dem Fahrzeuggesetz stattzugeben ist, ebenfalls der anderen- weiten Verhandlung des Berufungsgerichts vorbe-halten bleiben muß. — Dabei wird insbesondere zu prüfen sein, ob der Führer des Wagens, — entgegen der bisherigen Annahme des Berufungsgerichtes, — pflichtgemäß gehandelt hat, daß er ruhig bei seiner Maschine geblieben ist und sich um die Flottmachung des Wagens und die Vorgänge auf dem Verdeck nicht selber gekümmert hat, obwohl der Wagen infolge des Zusammenstoßes zum Stehen gekommen und der Motor abgestellt worden war. Die Sache wurde des-halb zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen.

Die trauernden „Allerbesten“. Den „Besten“ Chauffeuren, das sind unsere im „Rund“ (früher „Martell“) verammelten Berufskollegen, und den „Allerbesten“ Chauffeuren, das sind unsere Berufs-kollegen, die stolz darauf sind, daß die „gnädige“ Herrschaft Geld genug hat, Mitglied des Kaiserlichen Automobilklubs zu sein — diesen „Besten“ und „Allerbesten“ Chauffeuren, die die Zeit am schlauesten und allerbesten in der besten Begreifung haben, ist die Petersilie verhängelt. Händeringend stehen sie da und wissen ihren Schmerz nicht zu bändigen. Wohin soll das auch führen? Das Diplom, oder die silberne Armbinde, sonst das Allerteste, daß man „beste“ oder „allerbeste“ Herrschaften fährt, dies Kennzeichen der Würde, wird nunmehr auch an — — — — —

— Lastwagenschaffner verteilt. Wenn man nun seine silberne Armbinde spazieren trägt, welcher Late soll dann entscheiden, ob man fünf Jahre ununterbrochen mit oder ähnliches gefahren hat, oder ob es höhere oder noch viel höhere Herrschaften waren, die man durch dies Zammertal führte. Es ist wirklich keine Lust mehr zu leben. Vielleicht entschließen die „Besten“ und „Allerbesten“ sich, in Zukunft das Hunderzeichen zurückzuweisen — ?

So eine „Detektorierung“ hat zwei Seiten. Es ist gewiß anerkennenswert, wenn es heute schon Bestzer von Kraftwagen gibt, die sich so anständig betragen, daß die Chauffeure es fünf Jahre und länger bei ihnen aushalten. Aber wenn in solchen Fällen die Chauffeure „detektoriert“ werden, dann heißt das die Verunft auf den Kopf stellen. Welches Verdienst haben denn die Chauffeure daran, daß die Arbeit-geber sich einige Jahre hindurch auch ihnen gegen-über als Menschen betrogen? In diesen Fällen sollten die Chauffeure sich zusammen und den Arbeitgebern öffentlich den Dank für ihre Anständig-keit abstaten. Wie wir hören, beabsichtigen einige Lastwagenschaffner, einen Verein zu gründen, um sich für Armbinden und Diplome zu revanchieren. Sie selbst wollen Armbinden und Diplome mit dem an-nehmen, wenn diese eine Entschädigung für schlechte

Behandlung oder aber geringe Entlohnung sind. Wen es unter solchen Umständen fünf Jahre und länger bei einem Arbeitgeber ausgehalten hat, der ist aller-dings würdig, prämiert zu werden, und sollten Diplome und Armbinden nicht reichen, dann wird sich wohl ein edler Menschenfreund finden, der die nötigen graubehaarten, langen Ohren spendet.

Begriff des „geschlossenen Ortsteils“. (Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts.) Seitdem für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen die Bestimmung getroffen worden ist, daß innerhalb „geschlossener Ortsteile“ nur mit einer Geschwindigkeit von 15 Kilometer oder weniger in der Stunde gefahren werden darf, häufen sich die Bestrafungen von Kraftwagenführern, die den Charakter einer Gegen als geschlossenen Ortsteil bestimmt haben. Es sei deshalb auf nachstehende Defini-tionen des Begriffs „geschlossener Ortsteil“ erneut hingewiesen.

Die Angeklagten führen ein jeder mit einem von ihm geleiteten Kraftfahrzeug durch das Dorf N. und hierbei auf der Strecke von Kilometerstein 21,5 bis Kilometerstein 23,7 mit einer Geschwindigkeit von mehr als 25 Kilometer, auf die Stunde verreckt. In dem Verhalten der Angeklagten wurde eine Ueber-tretung nach § 18 Abs. 2 der Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 3. Februar 1910 in Verbindung mit § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraft-fahrzeugen vom 3. Mai 1909 erblickt. Die Verur-tung der Angeklagten wurde vom Landge-richt verworfen. Auch ihre Revision war erfolglos, denn das sächsische Ober-landesgericht erklärte:

Was unter einem geschlossenen Ortsteil zu ver- stehen sei, ist nach der sprachlichen Bedeutung und zugleich nach dem Zwecke der Bestimmung in § 18 der oben gedachten Bekanntmachung zu beurteilen. Nach dem sprachlichen Sinne ist erforderlich ein aus mehreren Gebäuden oder Gehöften bestehender Teil eines Ortes, der sich von anderen Orten oder Ortsteilen abschließt, in sich aber ein Ganzes bildet, und sich in einer auch für den Automobilfahrer erkenn-baren Weise gegen die Umgebung, insbesondere gegen die angrenzende Feldmark, abhebt. Daß die Bekannt-machung für geschlossene Ortsteile eine geringere Fahrgeschwindigkeit vorschreibt, beruht darauf, daß da, wo nicht nur ein einzelnes Gebäude an der Straße steht, sondern ein geschlossener Ortsteil sie umgibt, es sowohl dem Führer des Kraftfahrzeugs wie auch dem auf der Straße verkehrenden Publikum schwerer fällt, die durch das Kraftfahrzeug drohende Gefahr zu er- kennen. Nicht erforderlich ist ein unmittelbarer Zu-sammenhang der einzelnen Gebäude untereinander. Es steht vielmehr der Annahme des Geschlossenheits nicht entgegen, wenn die einzelnen Gebäude durch Gärten und Wiesenstreifen von geringerer Ausdehnung unterbrochen sind. Das Berufungsgericht hat den Be-griff „geschlossener Ortsteil“ augenscheinlich nicht ver-standen. Es stellt über die Beschaffenheit der Ortsteile von Kilometerstein 21,5 bis 21,7 und von 21,8 bis 23,6 fest, daß hier die Straße auf beiden Seiten, wenn schon mit Bäumen, bebaut ist, daß die Häuser, nur mit Gärten und Rasenplätzen umgeben, sich mit Ausnahme einiger Wälder ununterbrochen an-einander reihen, und daß aus allen diesen Grund-stücken Zugangswege auf die Straße einmünden. Die Einfriedigungen stoßen in den meisten Fällen un-mittelbar aneinander. Nur an einigen wenigen Stellen ist die zusammenhängende Reihenfolge durch unbebaute Flächen von 40 bis 100 Meter und in einem Falle von 150 Meter Breite, die sich aber immer nur auf der einen Seite der Straße befinden, unterbrochen, während die gegenüberliegende Seite mindestens zum Teil bebaut ist. Schon hiermit ist gegeben, daß es sich um Ortsteile handelt, die in sich geschlossen und als solche erkennbar sind und in denen der Verkehr auch über die Straße hinweg erfolgt. Die Revision wurde demzufolge verworfen.

Wie die Nürnberger Polizei Autofallen ein-richtet. Die Nürnberger Polizei hat sehr wenig Glück, wenn sie Raubmörder und ähnliches Gefährter fangen soll, so bleiben eine ganze Reihe Morde, die in den letzten Jahren in Nürnberg und dessen Umgebung stattfanden, ungesühnt, die Nürnberger Polizei konnte die Mörder nicht auffindig machen. Viel eifriger und erfolgreicher als hinter Mörder ist die Polizei der alten Nobis hinter Chauffeuren her. Auf die Nürn-berger Chauffeure regnet es förmlich Strafen herab. Im alten Nürnberg Chauffeur zu sein, ist ohnedies eine schwere Aufgabe. Die meist engen, winkligen und krummen Straßen des alten Nürnberg genügen wohl für den Verkehr, den der mittelalterliche Handel und das mittelalterliche Handwerk mit sich brachte, für die gemächlich dahinzulehrenden Planwagen der Kauf-leute und für die Handlaren der Gewerbetreibenden oder für die Gespanne der Bauern boten Alt-Nürn-bergs Gassen, Straßen und Plätze genügend Raum. Anders ist es jetzt, wo die riesige industrielle Ent-wicklung und der Umstand, daß Nürnberg eine be-deutende Fremdenstadt ist, es mit sich gebracht hat, daß ungezählte Last- und Luxusautomobile durch das enge Straßengewirr, durch einen überaus starken Personenverkehr, durch Massen von Stadtfahrern, schweren Pferdefuhrwerken und vielen sonstigen Beihelfern einher-

rattern. Es gehört bei einem Nürnberger Chauffeur ein großes Maß von Umsicht, Geistesgegenwart und Energie dazu, um in diesem überaus schwierigen Terrain den Beruf als Chauffeur auszuüben. Eine Anzahl sehr enger mittelalterlicher Brücken, sowie sehr viele abschüssige Straßen und Gassen, machen die Sache noch schwieriger. Diese Schwierigkeiten scheut die Nürnberger Polizei sehr gering einzuschätzen, denn sie macht, falls irgendwo bei einem Auto auf der Straße etwas nicht ganz klappert, in der Regel einzig und allein den Chauffeur dafür verantwortlich und wendet die straßenpolizeilichen Vorschriften stets nach dem berühmten Schema F an, wobei, wie schon oben angedeutet, einem Chauffeur nie Pardon gegeben wird. Neuerdings wendet die Nürnberger Polizei, die so wenig Glück hat, wenn es Mörder zu fangen gilt, gegen die Chauffeure ein Mittel an, mit dem man sich an vielen Orten schon außerordentlich blamiert hat, ohne im geringsten das zu erreichen, was man erreichen wollte. Das hindert aber die Nürnberger Polizei nicht im geringsten, dieses Mittel, nämlich Autofallen zu errichten, in ihre Aktionsmethoden gegen die Chauffeure einzureihen. Die festsame Art, in der die Nürnberger Polizei Autofallen einrichtet und betreibt, rechtfertigt es vielleicht, das diesbezügliche Verhalten der Nürnberger Chauffeure an einem Beispiele zu zeigen.

Ein älterer Nürnberger Chauffeur hatte einen Strafbefehl wegen Schnellfahrens bekommen. Da der Beglückte sich eines Verschuldens nicht bewußt war, legte er Einspruch ein. Vor dem Schöffengericht stellte er sich heraus, daß der Chauffeur das Opfer einer Autofalle wurde. Nun kam erst das Seltsame; es wurde von einem als Zeugen geladenen Schuhmann angedeutet, daß es sich um eine „geheime“ Autofalle handelte. Die Technik dieser geheimen Autofalle, resp. das Funktionieren derselben wurde indessen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Es wurde dargelegt, daß irgendwo am Frauentorgraben eine Strecke von 246 Meter abgemessen sei. An beiden Enden dieser abgemessenen Strecke steht je ein Schuhmann. Der eine dieser Chauffeure fängt ihn mit einer Stoppuhr ausgerechnet, der andere hantiert mit einem Taschentuch oder mit dem Hute. Winkt der eine mit dem Hute oder mit dem Taschentuch, so ist das für den Fahrer den Stoppuhr das Zeichen, daß der Autofahrer den fixierten Punkt passiert hat, und der mit der Stoppuhr hat die Zeit festzustellen.

Die Methode des Täuschens und des Hutschwingers hat im Gerichtssaal zwar sehr imponiert, jedoch der Angeklagte als auch dessen Verteidiger waren neugierig und wünschten zu wissen, wo die Stelle sei, wo man ahnungslosen Chauffeuren auf so geheimnisvolle und technisch vollkommene Weise Strafen dreht, resp. Prozesse vorbereitet. Indessen der Schuhmann verschätzte sich hinter dem Amtsgeheimnis und verweigerte die Auskunft hierüber. Der Amtsanwalt stimmte dem bei und deutete an, daß dieses polizeiliche Staatsgeheimnis nie und nimmer verraten werden dürfe, schon deswegen nicht, weil die Chauffeure — es dann wüßten — vorsichtiger und langsamer fahren würden und sich nie erwischt lassen würden. (Es sind halt durchtriebene Individuen, diese Kraftwagenführer.) Der Angeklagte und der Verteidiger waren natürlich ganz anderer Ansicht, letzterer meinte, wenn ein Chauffeur bestraft werden soll, weil er angeblich zu schnell gefahren sei, so müsse ihm doch gesagt werden, wo er zu schnell gefahren sei, es müsse ihm die Dertlichkeit sogar genau nachgewiesen werden. Außerdem schlen dem Verteidiger die Methode des Sacktüschenschwingers und des Hutswingers eine etwas gar zu primitive Art des polizeilichen Schnellfahrens. Es lasse sich diese Methode eigentlich auch gar nicht im geheimen betätigen; es sei deshalb mit dem Amtsgeheimnis ohnedies nichts.

Allein durch Gerichtsbeschluss wurde bestimmt, daß der Schuhmann sein Amtsgeheimnis nicht zu lüften brauche. Der Verteidiger hatte jedoch für Discretion auf diesem Gebiete kein Verständnis, er deutete an, daß es sich bei der Autofalle am Ring eigentlich ohnedies um ein „offenes“ Amtsgeheimnis handelt, die Chauffeure wissen die fragliche Stelle bereits, es sei dies die Strecke Kulturverein—Stadttheater.

Ueberlegen lächelnd schüttelte der Amtsanwalt sein weißes Haupt. Dann ist's die Strecke Kulturverein—Piercer, bemerkt pfliffig der Verteidiger; der Herr Amtsanwalt lächelt nicht mehr.

Auch dem Gericht erliefen das Taschentuchwedeln und das Hüteschwingen als eine wenig zuverlässige Einrichtung bei einer polizeilichen Autofalle. Allein auf Grund der edelichen Aussage des Schuhmannes wurde der Chauffeur gleichwohl zu einer Geldstrafe von 5 Mk. verurteilt.

Man sieht, in der alten Industriestadt Nürnberg, in der so viel technische Wunderwerke gebaut werden, geht auch die Polizei mit dem Fortschritt.

Direktoren der beiden Brauereien nahmen daran teil. Der Wochenlohn der Bierführer betrug nach dem alten Tarif: Anfangslohn 21 Mk., steigend bis 26 Mk. im fünften Jahre, außerdem 4 Mk. Biergeld. Nach dem neuen Tarif ist das Biergeld abgesetzt und die Brauereien haben das gewünscht aus dem durchsichtigen Grund, den Lohn nach außenhin recht hoch erscheinen zu lassen. Der Mindestlohn beträgt jetzt pro Woche 23 Mk., steigend bis 32 Mk. im fünften Jahre. — Außerdem soll am 1. Januar 1916 eine weitere Steigerung um 50 Pf. eintreten. Der Nettolohn beträgt somit ungefähr 3 Mk. mehr pro Woche als früher, um so mehr, als die Sätze des alten Tarifs nicht ganz eingehalten wurden. Der bedeutendste Vorteil liegt aber darin, daß der Versuch, die Arbeitszeit zu umgrenzen und festzulegen, zum Teil gelungen ist. Die Arbeitszeit dauert für die Stadtkutscher jetzt im Winter von morgens 6 bis abends 6 Uhr, im Sommer von morgens 5 bis abends 7 Uhr, dazu 1/2 Stunde Futterzeit. Daß das noch kein idealer Zustand ist, ist klar. Zimmerlin ist eine Grundfrage geschaffen, auf der später weitergebaut werden kann. Die Ueberstunden werden mit 50 Pf. an Werktagen, mit 60 Pf. an Sonn- und Feiertagen vergütet. Auch die Landkutscher können nicht mehr beliebig lange beschäftigt werden, weil zwischen zwei Touren eine Ruhezeit von 8 Stunden liegen muß. Für in die Woche fallende gesetzliche Feiertage wird kein Lohnabzug gemacht.

Jeder Kollege erhält nach dem neuen Tarif nach zweijähriger Beschäftigung 3 Tage, nach sechsjähriger

374 Mk. Alkohol pro Kopf.

Unter den Kulturgütern, mit denen wir unsere Kolonien beglücken, nimmt der Alkohol eine hervorragende Rolle ein. Die amtliche Denkschrift über die Entwicklung der Deutschen Kolonien bestätigt das. Nachstehende Aufstellung beleuchtet diese Seite unserer Kulturfähigkeit. Es betrug die Einfuhr alkoholischer Getränke nach Neu-Guinea:

1909	176 Tonnen im Werte von 174 000 Mk.
1910	875 Tonnen im Werte von 449 000 Mk.

Die Einfuhr hat sich demnach mehr als vierdoppelt. Nach den Angaben der Verwaltung wurden für rund 187 000 Mk. Alkoholitika allein für den Bedarf der Weißen eingeführt. Bei 500 erwachsenen männlichen Kulturträgern entfällt mithin auf den Kopf das nette Sünmchen von 374 Mark.

Beschäftigung 6 Tage Urlaub ohne Lohnabzug. Wer länger als drei Tage krank ist, erhält die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld ausbezahlt abzüglich 50 Pf. pro Tag, auf 24 Werktage. Bei militärischen Übungen wird den Verheirateten 2,50 Mk., den Ledigen 1,50 Mk. pro Tag vergütet auf die Dauer von 14 Tagen. In diesem Falle soll aber der Urlaub in Wegfall kommen. Eine weitere Bestimmung sagt, daß heizbare Wäsch- und Wadeneinrichtungen gut und sauber in Stand gehalten werden müssen. Bei schmutzigen Arbeiten und Eisbearbeitung müssen die Brauereiarbeiter Anzüge, Handschuhe und Schurzelle liefern. — Das sind die hauptsächlichsten Punkte des neuen Tarifes und die Kollegen können mit den Errungenschaften, welche sie dem Verband und ihrer Eintigkeit zu danken haben, wohl zufrieden sein. Jetzt gilt es, das Erworbene zu erhalten, damit es im Laufe der Jahre nicht verloren geht. Die Brauerei sowohl als auch die Kollegen sind verpflichtet, den Tarif hochzuhalten. Die Kollegen und die Verbandsleitung haben darüber zu wachen, daß die Abmachungen nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben, sondern angewandt werden. Das ist nur zu erreichen, wenn die Kollegen nach wie vor treu zu ihrer Organisation halten. Auch für unsere anderen Kollegen bedeutet der Tarif eine Mahnung, zu organisieren, zu agieren, damit sie recht bald in die Lage kommen, ähnliche Arbeitsbedingungen zu erreichen.



Viel Droschkentreiberleiden. Wohl wenige Arbeiter haben mit einem so geringen, immer niedriger werdenden Verdienst zu rechnen, wie die vieler Droschkentreiber. Der Lohn, den sie verdienen, richtet sich immer nach den für Fahrten vereinbarten Sätzen. 13 bis 15 Mk. Grundlohn in der Woche und 10 bis 15 Pct. der vereinbarten Gelder, das sind die Einnahmen der Droschkentreiber. Eine festgelegte Arbeitszeit gibt es vorläufig noch nicht in diesem Gewerbe. Man kann ruhig behaupten, daß der Wochenlohn dieser Kutscher 24 Mk. sehr selten übersteigt, denn die Zeiten sind schlecht, auch für die Unternehmer. An manchen Tagen verdienen die Pferde noch nicht einmal den Hafer, den sie fressen. Wohl mancher Arbeiter steht mit Weid auf die ruhig in der Sonne sitzenden Kutscher, wenn sie mit der Droschke auf ihrem Stande halten. Wüßte er, welche traurige Verhältnisse in diesem Gewerbe herrschen, sein Weid würde sich sofort in Bedauern umwandeln. Den Kutschern ist es in der Polizeiverordnung vorgeschrieben, daß sie ihre Fahrgäste höflich und zuvorkommend zu behandeln haben. Die Kutscher aber erfahren durch Fahrgäste häufig eine Behandlung, die jeder Beschreibung wehret. Hier nur einige Beispiele: Tritt da ein feiner Herr an den Kutscher heran mit den Worten: „Fahren Sie mich mal mit Ihrem Wagenkasten nach Dillernbrook!“ — Darauf protestiert der Kutscher, sein Wagen sei kein Wagenkasten. Die Antwort lautet dann einfach:

„Quaseln Sie nicht, Sie Knecht!“ oder: „Halten Sie die Zehn.“ — Zahllos sind die Fälle, daß Fahrgäste während der Fahrt heimlich aus dem Wagen springen, um sich von der Bezahlung zu brüden. Wer hat nicht schon einmal eine Droschke fahren sehen, in der 3 oder 4 halbbertrunkene Personen saßen, die einen Seitenruch machten, wahrscheinlich weil sie glaubten, sie befänden sich nicht mehr unter der preussischen Fuchtel. Laut § 56 der P.-B. ist der Kutscher verpflichtet, in solchen Fällen die Fahrt einzustellen. Die Folge ist dann jedesmal eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Kutscher und den betrunkenen Fahrgästen. Ein altes Sprichwort sagt, einem Betrunknen soll man mit einem Fuder Heu ausweichen. Man kann sich leicht denken, wie ein solcher Streit ausgeht.

Ist der Beruf eines Droschkentreibers an sich schon mit vielen Widerwärtigkeiten verbunden, so macht ihm auch noch die liebe Polizei das Leben schwer. Die Polizeiwache Hopfenstraße hat einen neuen Kommissar bekommen, namens Brede. Dieser Herr scheint sich besonders die Droschkentreiber aufs Korn genommen zu haben. Wenn man auch von einem gewöhnlichen Sterblichen nicht verlangen kann, daß er die Polizeiverordnung für das Droschkenfahren kennt, von einem Polizeikommissar muß man es aber ohne weiteres verlangen können. Vor ganz kurzer Zeit blies ein sehr scharfer Nordwind, so daß die Droschkentreiber, die mit ihren Fuhrwerken am Bahnhof hielten, um die Erlaubnis bitten, ihre Pferde so stellen zu können, daß sie nicht so sehr dem scharfen Nordwind ausgesetzt seien. „Nichts nicht!“ war die laconische Antwort des Herrn Kommissars. Erst die Vermittlung des Tierärztvereins beim Herrn Polizeipräsidenten erwirkte, daß eine solche vernünftige Maßnahme erlaubt wurde. Über auch nicht für die Dauer, denn wenige Tage danach verbot es der Herr Kommissar wieder. Kosten Droschkentreiber wirklich kein Geld? Der Herr Kommissar scheint das zu glauben.

Laut § 50 der Polizeiverordnung dürfen bei Ankunft von Zügen nicht mehr als 26 Droschken am Bahnhof anhalten. Der Herr Kommissar erklärt: „Mehr als 26 dürfen nicht halten“, jertig ist die Laube. Am 7. Mai hielten abends 9 Uhr 19 Kutscher am Bahnhof, davon waren 9 zur Verbringung eines bringenden Bedürfnisses gegangen, während 10 bei den Fuhrwerken zur Ueberwachung blieben. Der Herr Kommissar Brede ließ die neun Kutscher zur Bestrafung aufschreiben, trotzdem der § 42 der P.-B. den Kutschern die Erlaubnis gibt, sich zur Verbringung eines bringenden Bedürfnisses 20 Minuten von ihren Fuhrwerken zu entfernen, wenn ein anderer die Ueberwachung übernimmt. Der Herr Kommissar verammelte dann die Kutscher um sich und erklärte ihnen: „Hier am Bahnhof darf unter keinen Umständen ein Kutscher austreten, wenn er austreten will, so hat er seine Marke zu nehmen und wegzufahren!“ Ist das nicht großartig? Wie häufig müssen Kutscher fünf Stunden und noch länger auf eine Tour am Bahnhof warten, und wenn sie dann langsam aufgerückt sind, und vielleicht bald eine Fahrt bekommen könnten, dann dürfen sie unter keinen Umständen austreten, wenn sie nicht wieder hinten anlangen wollen. Herr Kommissar, sollen die Droschkentreiber vielleicht Nachtdörse bei sich führen? Wir sind der Meinung, die Polizei soll und muß für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs sorgen, aber sie soll nicht den Kutschern das Leben ohne Grund sauer machen. Vielleicht schafft der Herr Polizeipräsident hier Abhilfe, wenn nicht, wird die in letzter Zeit gut ausgebaute Organisation der Droschkentreiber zur Selbsthilfe schreiben müssen.

Die Arbeiter können aber die Kutscher dadurch unterstützen, daß sie sich vor Austritt der Fahrt die Legitimationskarte des Deutschen Transportarbeiterverbandes von den Kutschern zeigen lassen.



Berlin. Wiederholt haben wir uns in Versammlungen sowie in der Presse mit einem Vereine beschäftigt, welcher sich den gut klingenden Namen „Deutscher Portier-Verband“, Zentral-Verband für die Interessen der Portiers, Fahrschubfahrer, Heizer, Hausreiniger und Wächter Deutschlands, zugelegt hat. Hervorgegangen ist derselbe aus dem Verein Berliner Portiers und Fahrschubfahrer „Fortschritt“. Vor mehreren Jahren gehörte er noch der christlichen Organisation an. Die Vorstandsmitglieder dieses Vereines sind etwas eigentümliche Leute, so verlangen sie, daß wir in unseren Versammlungen ihnen die größte Redefreiheit gewähren, während dieselben wohlweislich uns von ihren Versammlungen ausschließen. Nun behaupten die Herren, daß Lohnbewegungen unter den Kollegen Fahrschubfahrern und Portiers noch in das Reich der Fabel gehören, obwohl unsere Organisation ihnen gerade das Gegenteil beweist, da bereits mehrere Hundert unserer Kollegen Fahrschubfahrer und Portiers in Deutschland zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Des ferneren behaupten diese Leute, daß ihre Organisation die älteste wäre, daß wir uns erst später gegründet, daß wir keine Existenzberechtigung hätten, und sie nur die größte und einzigste Organisation der Branche wären, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Ueberhaupt, welche Geistes Kinder diese Leute sind, mag aus folgendem Schriftstück, welches einem von unseren Kollegen zugesandt wurde, hervorgehen. Dieses hat folgenden Wortlaut:

Wetter Herr Colleague!
Zur ergebenen Mitteilung, daß, wie Sie es schon vielleicht erfahren haben, haben wir einen Verein gegründet der keine Politik be-

Brieffahrer

Birmafens. Die Lohnbewegung, besser gesagt Tarifverneuerung in den hiesigen Brauereien ist friedlich und zugunsten der Kollegen verlaufen. Nachdem der alte Tarif gekündigt, erklärten sich die Herren Brauereibesitzer zu Verhandlungen bereit. Diese zogen sich aber in die Länge und machten manchen Kollegen ungeduldig. Der revidierte Tarif bringt in mancher Hinsicht Verbesserungen. Wir wollen nur die hauptsächlichsten anführen, welche auf die Verkücher Bezug haben. Die Verhandlungen wurden gemeinschaftlich mit dem Brauerverband geführt. Die Brauereien hatten den Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld aus Mannheim mit der Leitung der Verhandlungen betraut, auch die

treibt zweitens nur 20 Pf. die Woche Beitrag...

Werter Kollege wie ich wohl gehören die mehrzahl der Kollegen dem Central-Verband...

Wir wollen nämlich ein großes Ganzes werden, denn es haben sich schon mehrere Vorstandsmitglieder aus den andern kleinen Vereinen...

Einer günstigen Antwort entgegensehend zeichnet Hochachtungsvoll ergebenst Ludwig Dengler Vorsitzender.

Dieses Schriftstück, das den Vereinsstempel trägt, ist so recht bezeichnend für die geistigen Größen dieser Aushororganisation.

Wir haben uns daher wiederholt veranlaßt gesehen, im "Vorwärts" vor einer derartigen blau-gelben Organisation zu warnen. Diese Warnungen liegen den Vorstandsmitgliedern schwer im Magen...

Kollegen! Es muß unsere Aufgabe sein, die rückständigen Kollegen, welche noch einer solchen Organisation nachlaufen, aufzuklären...

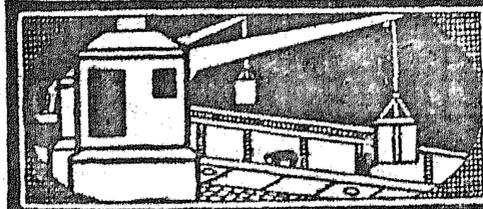


Berlin. Einen erfreulichen Erfolg erzielten die bei der Firma Gebr. Israel - Beleuchtungsbranche - Beschäftigten Kollegen Bäcker, Hausdiener, Fahrstuhlführer, welche sämtlich Mitglieder unseres Verbandes sind.

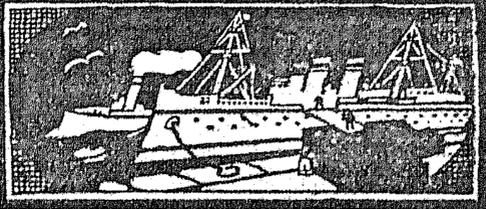
legen darstellt. Den Kollegen aus den anderen Betrieben der Branche aber sollte diese Bewegung ein Ansporn sein, auch dort die Organisation so zu stärken...

Die Bankower Extrawurst. Trotz aller Bemühungen ist es immer noch nicht gelungen, eine einheitliche Sonntagsruhe in Groß-Berlin einzuführen.

Eiberfeld. Mit der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handels- und Gewerbe beschäftigte sich in einer Plenarversammlung das Eiberfelder Kaufmannsgericht.



Hafenarbeiter



Die rechtsverbindliche Kraft sozialer Friedensverhandlungen. (Urteil des Reichsgerichts vom 24. Mai 1912.) Die gewaltigen Wirtschaftskämpfe unserer Zeit, in denen Arbeitgeber mit Arbeitnehmern...

gelangt, die Klage des Hafenbetriebsvereins abzuweisen und zwar schon deshalb, weil die Beweisnahme ergeben habe, daß die angeblichen Vertreter der Arbeiterchaft, mit denen der Betriebsverein...

Danzig. Die am 19. Mai stattgefundene Sektionsversammlung der Hafenarbeiter war gut besucht und nahm einen sehr anregenden Verlauf.

Duisburg. Der Schuhmann mit dem abgerissenen Kopf. Bei der Firma Faber...

im Hochseider Hafen war durch den Streik der Kollegen Rheinischer ein Arbeitsmangel eingetreten. Ein Teil der bei Faber beschäftigten Kollegen mußte daher mit der Arbeit aussetzen.

Der Herr Faber will es nicht haben, daß jemand den Hafen betritt und wenn er wüßte, daß sie doch brinn gewesen wären, so würde er mir den Kopf abreißen.

Nach sonst machte der Schutzmänn aus seinem Herzen keine Würdegrube. Auf die Frage unseres Kollegen, was das alles zu bedeuten habe, erklärte er: Sie wissen doch ganz genau, daß wir dafür sind, die Arbeitswilligen zu beschützen.

Die Antworten des Schutzmannes lassen tief blicken. Besonders der Ausdruck mit dem Kopf „abreißen“ ist gut. Danach scheint ja der Herr Faber den Schuttleuten einen kolossalen Respekt einzufößen. Wir glauben immer, der oberste Polizeichef von Duisburg sei vor wie nach der Oberbürgermeister. Das scheint nun nicht mehr zuzutreffen, sondern der Herr Faber muß das mühevollste Amt des Polizeigewaltigen übernommen haben. „Hö!“ Menschen können aber auch behaupten, daß der Anspruch des Schuttmannes alle mögliche Deutungen zuläßt. Außerdem waren wir der Ansicht, daß die Polizei zum Schutze aller Bürger da sei. Auch das trifft nicht mehr zu. Zunächst kommt der Schutzmänn der Arbeitswilligen. In dem vorliegenden Falle waren aber keine Arbeitswilligen da, die zu beschützen waren. Die Firma Faber hatte doch unsere Kollegen, die arbeiten wollten, hinausgeworfen. Andere waren nicht eingestellt. Wer sollte nun eigentlich beschäftigt werden? Waren es die christlich-holischen Schächeln, denen der polizeiliche Schutz gelten sollte? Nun, die Herrschaften mögen sich sagen lassen, daß unsere Kollegen wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Mit Leuten, die nur deshalb christlich organisiert sind, weil es der Meister Graf und der katholisch Geistliche wünscht, sich zu befassen, lehnen unsere Kollegen ab. Der Sozialverband braucht sich deshalb auch gar nicht in der Öffentlichkeit damit zu brüsten, daß er uns die Mitglieder abgenommen habe. Solche Leute, die sich auf Geheiß des Unternehmers und des Geistlichen organisieren, sind für uns nicht besonders wertvoll und wenn es der Geistliche wünscht, sind die Leuten in kurzer Zeit dort zu finden, wo sie der einfache Mann in Rom haben will.

Im übrigen aber zeigt dieser Fall mit dem „abgerissenen Schuttmännstopp“ wieder recht deutlich, wie eng Polizei und Unternehmertum liiert sind und daß ohne Polizei der Kapitalismus nicht auskommen kann.

Hamburg. Schutzhörbrutalen Vor-geschehen. Ein 13jähriger Decksjunge war auf einem Bugfierdampfer angestellt. Dieser Dampfer wurde fündeweise an eine Ewerführerfirma vermietet. Bei solchen Gelegenheiten befand sich dann der Ewerführer an Bord, um die nötigen Anweisungen zu geben. Nach Ansicht des Wizen soll nun der Decksjunge einen Fender nicht ordentlich ausgelegt haben, wofür er von dem Wizen eine trübselige Ohrfeige erhielt. Abends erzählte der Junge dem Besitzer des Dampfers den Vorfall. Dieser äußerte darauf: „Wenn der Wize Dich geschlagen hat, wirst Du es wohl verdient haben.“ Am nächsten Tage verließ der Decksjunge seinen Dienst wieder. Als jedoch gegen Mittag der Wize wieder an Bord kam, und ihm in drohender Weise sagte, heute wolle er ihn gehörig hoch nehmen, ging der Junge von Bord. Abends begab sich sein Vater mit ihm zu dem Arbeitgeber und wurde wegen des Verhaltens des Wizen vorbestellt. Die Erklärungen des Arbeitgebers, er könne nichts dabei machen, der Junge solle nur ruhig wieder an Bord gehen, genügten dem Vater nicht. Der Junge verklagte deswegen den Besitzer des Dampfers auf 5 Mt. rückständigen Lohn und auf 28 Mt. für die Dauer der Kündigungssfrist. Der Arbeitgeber weigerte sich entschieden, den Lohn herauszugeben, verlangte vielmehr von dem Jungen Schadenersatz wegen unbefugten Verlassens der Arbeit. Nach Ansicht des Gewerbegerichts, Vorsitzender Amtsrichter Dr. Lüders, war der Kläger berechtigt, den Dienst ohne Forderung der Kündigungssfrist zu verlassen. Als Vertreter des Beklagten im Sinne des § 124 Ziffer 2 der Gewerbeordnung wird zwar der Wize der Ewerführerfirma schwerlich angesehen werden können, da er nicht im Dienste des Beklagten gestanden hat. Die Mißhandlung an sich kann daher den Beklagten nicht zum Schadenersatz verpflichten. Der Beklagte hätte aber nach Treu und Glauben die Verpflichtung gehabt, den Kläger gegen die Uebergriffe des Wizen zu schützen. Seine Weigerung, er könne nichts dabei machen, stellt sich aber als eine Weigerung, irgendwelche Schritte zu unternehmen, dar. Der Beklagte hätte, wenn er seinen Vertragsverpflichtungen voll nachkommen wollte, dem Wizen oder der Ewerführerfirma gegenüber eine Wiederholung der Mißhandlung unter Hinweis darauf, daß der Kläger in seinen Diensten stände, sich energisch verbitten müssen. Der Beklagte hat sich durch diese Unterlassung eines vertragswidrigen Verhaltens schuldig gemacht, welches ihn zum Schadenersatz verpflichtet. Sonach mußte antragsgemäß die Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des geforderten Betrages erfolgen.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Hafen wird n. a. berichtet: Nicht zustande gekommen ist der für die Kesselreiner vorgezeichnete Tarifvertrag. Obwohl er für die Kesselreiner eine wesentliche Lohnerhöhung vorsah, bot er auf der andern Seite nicht das, was die Arbeiter billig beanspruchen können. Da die Unternehmer zu einem weiteren Entgegenkommen nicht zu bewegen waren, lehnten die Arbeiter den Tarif ab. Ihre hauptsächlichsten Einwände sollen den Unternehmern unterbreitet werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese den Wünschen Rechnung tragen werden. Andernfalls wird der vom Hafenbetriebsverein vorgezeichnete Tarif von diesem autonom, aber ohne die vorgezeichneten Staffellungen, in Kraft gesetzt werden, der für die Arbeiter unter 18 Jahren 3,90 Mt., über 18 Jahren 4,20 Mt. Tagelohn vorsieht und eine Verbesserung der Ueberstundenätze und Extralöhne bringt. — Von dieser Gruppe abgesehen, stehen nunmehr noch die Expeditionsarbeiter und die Kaiarbeiter aus, für die in der Woche nach Pfingsten die Entscheidung fallen dürfte.

Beschäftigung im Hamburger Hafen im April. Die Beschäftigung des Stauerbetriebes war (laut Mitteilung des Hafenbetriebsvereins) im April die stärkste seit Beginn des Jahres und betrug werktäglich durchschnittlich 5322 Arbeiter gegen 5096 im März und gegen 5190 im April 1911. Im Kaibetrieb ist die Beschäftigung im Durchschnitt etwas zurückgegangen, war aber der entsprechenden Zeit des Vorjahres trotzdem noch weit überlegen und belief sich im April auf 6623 Mann werktäglich gegen 6710 im März und 5446 im April 1911. Der Schiffsreinigungsbetrieb verzeichnete 1182 Mann im werktäglichen Durchschnitt gegen 1086 im März und 1155 im April 1911. Bei der Schiffskefseleinigung waren 312 Arbeiter im werktäglichen Durchschnitt in Tätigkeit, während es im März 343 gewesen sind. Im ganzen haben diese vier Betriebszweige des Hafens während des April 13 439 Mann im werktäglichen Mittel beschäftigt, d. h. um 204 Mann mehr als im Vormonat und um 935 Mann mehr als in dem schon sehr verkehrsstarken April des Vorjahres. Das Angebot an Arbeitskräften hat sich, abgesehen vom Kaibetrieb, etwas gehoben, aber nicht in dem Maße, um dem Bedarf ganz zu genügen. — Häufig und am häufigsten für den Kaibetrieb, war Minderangebot vorhanden. In der Hafen- und Lagerhausarbeit in Harburg ist im April die Zahl der durchschnittlich werktäglich Beschäftigten 421 im März auf 375 zurückgegangen, war aber höher als im April 1911, wo nur 340 Mann in Beschäftigung standen.

Von einem Ladebaum erschlagen wurde der Schaueremann J. B. B. war an Bord des am Grevenhofufer liegenden Dampfers „Ufermar“ der Hamburg-Amerika-Linie beschäftigt, als ihm ein Ladebaum auf den Körper fiel. Der Getroffene hatte schwere Kopf- sowie innere Verletzungen erlitten, die seinen sofortigen Transport ins Hafenspitalshaus nötig machten. Dort starb der Vermunglichte nach kurzer Zeit, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. — Dieser Unglücksfall wirft wieder einmal ein grelles Licht auf die „Vorsichtslosigkeit“ des Materials bei der millionenschweren Hamburg-Amerika-Linie.

Hamburg. (Branche Kohlenarbeiter.) Mitgliederversammlung am 15. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Spießhahn, Ewert, Eisenmenger und Weite in üblicher Weise gelehrt. Kollege Sch. gab den Branchenbericht. Infolge des strengen Winters mußten die Kohlen, welche zu Lager sollten, an den Vorsetzen aufgetragen werden, da die Kanäle zugefroren waren. Da die Arbeit hier viel schwieriger ist als anderwärts, weil sie hier über zwei und drei Schichten klettern müssen, haben die Kollegen gemäß dem Kassus im Tarif, daß bei Eintritt ungewöhnlicher Verhältnisse, sei es durch Eis oder durch andere Umstände, eine Extravergütung zu zahlen ist, besondere Vereinbarungen mit den einzelnen Arbeitgebern getroffen und 1,80 Mt. und mehr pro Last erhalten. Die Arbeitgeber wollten dauernd diesen Satz aber nicht zahlen, da der Tarif nur 1,20 Mt. und 1,30 Mt. pro Last vorsieht. In Emsbüttel haben sich nun mehrere Arbeitgeber zusammengeschlossen und einem einzelnen ihre Tragarbeiten an den Lösplätzen übergeben. Dieser bekommt pro Tonne einen Zuschlag von 1 1/2 Pf. und muß dafür Gewähr leisten. Gleichzeitig ist er verantwortlich dafür, daß alle, die er in Arbeit nimmt, der Krankenkasse angehören. Die Kollegen von Emsbüttel haben in einer Betriebsversammlung anfangs dagegen Beschwerde erhoben und sich dahingehend geäußert, daß sie dieses Arbeitsverhältnis nicht eingehen werden; auch betrachten sie dieses als ein Zwischenunternehmerystem, das laut Tarif nicht zulässig ist. Am Sonnabend, 20. April, wurde zwischen den Kollegen und den Arbeitgebern durch Vermittlung der Organisationsleitung eine Verständigung erzielt und gaben die Arbeiter das Versprechen, die Arbeit am Montag aufzunehmen. Dieses Versprechen haben sie am Sonntag in einer Betriebsversammlung, auf Anraten des Branchenleiters, ohne Zustimmung der Ortsverwaltung, wieder umgestoßen, wodurch sie ihrer Arbeit verlustig gingen, indem andere organisierte Kollegen eingestellt wurden. Hierauf beschwerten sich die Kollegen, die sonst die Arbeit hatten, beim Verhandlungsstand. Die Zentralverwaltung hat eine Entscheidung hierüber gefällt und erklärt, daß es in diesem Falle nicht zutrifft, da es kein Zwischenunternehmer sei, sondern nur ein von den sich zusammengefügten Arbeitgebern angestellter Wize, der dafür sorgen soll, daß ihre Arbeiten befördert werden. Derselbe sei schon zehn Jahre organisiert. Auch sei es ein Vorteil für die Kollegen, da sie jetzt nicht mehr soviel auf die Wirtschaften angewiesen seien, außerdem sollen die organisierten Kollegen berücksichtigt und alle Arbeiten nach dem Tarif bezahlt werden. In der hierauf stattfindenden Diskussion äußerten sich alle Mitglieder dahin, daß unter keinen Umständen diesem Arbeitsverhältnis zugestimmt werden könne. Da von dem Emsbütteler Kollegen niemand anwesend und die Vertreter der Ortsverwaltung am Erscheinen verhindert waren, trotzdem die Branchenleitung beide Teile zu dieser Versammlung eingeladen hatte, wurde ein Antrag gestellt und angenommen, diesen Punkt von der Tagesordnung zurückzusetzen und in einer hierzu einzuberufenden Extraversammlung, wozu die Ortsverwaltung und die Emsbütteler Kollegen nochmals eingeladen werden sollen, weiter zu beraten. Hierauf wurde über die Lohnbewegung im Hamburger Hafen und über die beendigte Lohnbewegung der Bunkerleute berichtet. Ein Antrag, den Bericht von der Firma Kollmer, über welche die Sperre verhängt war, in einer Extraversammlung zu erstatten und zu diskutieren, wurde angenommen. Angeregt wurde, in einer Versammlung der Bunkerleute eine selbständige Beschwerdekommission und nicht nur eine Ergänzung der Beschwerdekommission der Schauerleute zu wählen. — Darauf wurde noch angeführt, daß die Hebergesellschaft einen H. Mumm, der bei den Kohlenalkoholschauerleuten als Rassenmann gearbeitet hat, als Wize an-

gestellt habe und versucht, selbst einen Gang zum Trimmern anzustellen.

Hamburg. (Branche Schauerleute.) Die Mitgliederversammlung am 16. Mai nahm Stellung zu dem neuen Lohnarif. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Schöning, Fleischer und Bühring in üblicher Weise gelehrt. Sodann gab K. den Bericht über die Auslegung des neuen Lohnarif. Gleich nach Inkrafttreten seien Differenzen bezüglich der Bezahlung des Extrageldes bei den besonderen Artikeln entstanden. Wiser ist immer nach halben und ganzen Tagen bezahlt worden. Hierdurch haben sich in einigen Betrieben Mißstände herausgebildet, indem die Stauer die Gänge vor Beendigung des halben Tages abließen ließen, so daß überhaupt keine Bezahlung des Extrageldes erfolgte. Diese Mißstände sind bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber hervorgehoben, was zu dem Ergebnis führte, die Bezahlung nach Stunden zu berechnen, und zwar nur dann, wenn die Arbeit in diesen gesundheitsgefährlichen Stoffen unter und über halbe und ganze Tage geleistet wird. Das sei auch klar und deutlich bei den Verhandlungen hervorgehoben und festgelegt worden. Das Vorgehen der einzelnen Stauer, die sich etwas anderes aus dem Tarif herausgerechnet haben, entspreche daher nicht den getroffenen Abmachungen. Die neue Beschwerdekommission, in deren erweiterten Kompetenz die Besprechung solcher Fälle unter Einziehung eines Verbandsvertreters vorgelesen ist, habe sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und sie in befriedigendem Sinne erledigt. Im Tarif heißt es: Für folgende Artikel wird während der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ein Extralohn von 8 Pf. pro voll gearbeitete Stunde vergütet usw. Dieser Kassus ist durch folgenden Nachtrag ergänzt: „Wenn Schauerleute während des ganzen Tages in Extrartikeln gearbeitet haben, steht ihnen ein Extralohn von 80 Pf., wenn sie einen vollen halben Tag in Extrartikeln gearbeitet haben, ein solcher von 40 Pf. zuzurechnen zu. Im übrigen wird bei ununterbrochener Arbeit in Extrartikeln die Arbeitszeit zusammen gerechnet und pro 60 Minuten werden 8 Pf. Zuschlag bezahlt. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob es sich um denselben oder um verschiedene Artikel handelt.“ In der Diskussion traten trotz der Auslegung noch einige Unverständlichkeiten zutage. Bei präziser Handhabung bietet der neue Lohnarif eminente Vorteile für die Schauerleute. Alle Tarifdurchbrechungen mußten der Leitung bekannt gegeben werden, um die Verantwortlichkeit zur Verantwortung ziehen zu können. Der Mitgliederzuzuwachs schreite auch nach Beendigung unserer Bewegung vorwärts. Nun sei es auch Pflicht aller Kollegen, für die strikte Innehaltung der festgelegten Arbeitszeiten Sorge zu tragen. Von einem Medner wurde beantragt, daß in nächster Zeit eine Extramitgliederversammlung einberufen werden solle, um Stellung zu nehmen zu den Ergebnissen der übrigen Gruppen, die mit der Lohnbewegung noch nicht zu Ende sind. Dem Antrage konnte nicht stattgegeben werden, da dies Sache der Sektion sei. Als stellvertretende wurden die H., K., S., P. und W. gewählt. Zum Schlusse wies Sch. auf die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet hin, deren Verlauf ein Produkt christlichen Arbeiterverrats sei. Die richtige Antwort hierauf kann nur der Austritt aus der Landeskirche sein. Betreffs Abhaltung eines Sommervergügens wurde die Leitung mit den nötigen Maßnahmen beauftragt. Das Wintervergügen soll in diesem Jahre nicht gemeinsam mit der Branche Ewerführer abgehalten werden, da beide Gruppen derartig an Mitgliedern zugenommen haben, daß ein gemeinsames Vergügen überfüllt sein würde.



Berlin. (Expeditionsbranche.) Am Sonntag, dem 19. Mai 1912, tagte eine gut besuchte Versammlung der Kollfischer und Bodenarbeiter. Es wurde der Bericht der örtlichen Generalversammlung gegeben und nach längerer Diskussion gutgeheißen. Sodann gab ein Kollege den Bericht der Tarifüberwachungskommission über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Speiditeuren. Die Anwesenden, welche sich nach jedem Punkt des Berichts rege an der Diskussion beteiligten, waren mit der stattgehabten Verhandlung der Kommission einverstanden, erklärten aber nach wie vor, sich einen Dienstvertrags, wie der vorige war, nicht aufzuktöhren zu lassen. Was die Verletzung des Tarifvertrages anbelangt, so wurden derartige Arbeitsniederlegungen von einigen Diskussionsrednern beurteilt; es ist der Wunsch von den Anwesenden ausgesprochen, daß auch in Zukunft Streitigkeiten oder Entlassungen objektiver untersucht und beurteilt werden. Ferner soll es Aufgabe der Geschäftsleitung sein, dem Fuhrwerks-Disponenten und den Inspektoren anzuwelken, sich den Angestellten gegenüber eine unabhängige Behandlung anzupassen, damit in Zukunft derartige unliebsame Vorkommnisse vermieden werden. Ebenso wurde es von den Versammelten verurteilt, daß einzelne Kollegen am Sonnabend ihrem Dienst nicht in genügender Weise nachkommen oder sogar am Dienst fehlen, es kann sich aber in diesem Fall nur um einige Kollegen handeln. Inbetreff Lohnzulagen der jugendlichen Mitfahrer haben die Anwesenden den Beschluß der Speiditeure entgegengenommen und gewünscht, daß die Lohnzulagen auch strikte beachtet werden sollen. Eine lebhafte Debatte setzte ein über das Abtragen der Güter für nichtbahnamtliche Kollfischer. Es wurde auch hier das Schreiben der Herren Speiditeure zur Kenntnis gegeben und gewünscht, daß den Kollfischern auch in Zukunft ein weiteres Entgegenkommen seitens der Kaufmannschaft

gezeigt werde. Was die Urlaubsfrage für jugendliche Mitfahrer anbetrifft, ersuchen die Kollegen, daß seiens der Verbandsleitung ein Schreiben an den Vorstand des Lokalvereins Berliner Speditoren gerichtet werden soll, um der Urlaubsfrage näher zu treten und einer Prüfung und Berücksichtigung zu unterziehen. Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten zur Sprache gebracht worden sind, erfolgte Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Die Sperre über die Möbeltransportfirma Paul Wolf bleibt so lange bestehen, bis sie an dieser Stelle als aufgehoben erklärt wird.

Duisburg. Holzträgerversammlung. Die Kollegen Holzträger befaßten sich in einer am 21. Mai abgehaltenen Versammlung mit der Frage: Können wir in diesem Jahr in eine Lohnbewegung eintreten? Der Referent wies darauf hin, daß es vielleicht möglich wäre, in einigen Betrieben Forderungen zu stellen und eventl. diese auch zur Durchführung zu bringen. Aber damit wäre den Kollegen nicht gedient. Die Mehrzahl der in den Betrieben in Frage kommenden Innearbeiter gehören der Organisation nicht an und diese Kollegen müßten zunächst gewonnen werden, wenn eine Bewegung mit Erfolg in der Holzbranche geführt werden sollte. Einzelne Betriebe vorzunehmen sei zwecklos, weil es sich gezeigt habe, daß beratige einzelne Bewegungen immer zu unserem Schaden ausfallen. Die Kollegen müßten versuchen, die Innearbeiter aufzuklären, damit in absehbarer Zeit eine allgemeine Bewegung eingeleitet werden könnte. Nach einer längeren Diskussion, an der sich die Kollegen Braun, Sander, Gehlen, Ufch und Scholten beteiligten, wurde beschlossen, vorläufig von einer Lohnbewegung in der Holzbranche abzusehen. Die Ortsverwaltung wurde aber beauftragt, zur gegebenen Zeit, wenn alle organisatorischen Vorbedingungen erfüllt sind, die Bewegung einzuleiten.

Essen. Die hiesigen Leitergerüstarbeiter, die ausnahmslos unserem Verbände angehören, befinden sich seit circa 3 Wochen im Streit. Seit dem Jahre 1911 bestand ein Tarifvertrag, der am 15. Mai dieses Jahres abließ. Der von der Verbandsleitung den Unternehmern eingereichte neue Tarifentwurf sah eine Lohnhöhung von 10 Pf. pro Stunde vor für Vorkarbeiter sowie Gerüstarbeiter. Ferner war die Ueberstunden- und Spesenbezahlung einer Neuregelung unterzogen. Zunächst hätte es den Anschein, als ob die Unternehmer jede Verhandlung ablehnen wollten. Den mehrfachen Bemühungen der Organisationsleitung gelang es indessen, doch eine solche zustande zu bringen. Das Resultat derselben entsprach jedoch nicht im entferntesten den berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die Unternehmer verlangten nicht mehr und nicht weniger wie eine Verlängerung des bisherigen Tarifs um ein weiteres Jahr. Das konnten selbstverständlich die Arbeiter nicht akzeptieren und so erfolgte am 16. Mai die Arbeits Einstellung. Die Unternehmer machen die Krampfhaftesten Versuche, Arbeitswillige aus Köln und Düsseldorf zu bekommen. Doch das bisherige Resultat ist ein mehr wie mageres. Unter diesen Umständen werden die Herren Unternehmer wohl oder übel bald einen andern Standpunkt einnehmen müssen.

Die organisierten Gerüstbauer werden ersucht, Essen zu meiden.

Kaufhemen. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben unsere Kollegen bei der Firma J. Segall ohne Arbeits Einstellung geführt. Trotzdem die Firma von vornherein erklärte, daß sie gern bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, wenn die Firma Wöcher in Etzgen und die Firma Goldberg in Lappinen zu den Verhandlungen hinzugezogen würden. Dieses müßten wir von vornherein ablehnen, weil für uns die gegebene Zeit noch nicht da war, um mit den betreffenden Firmen in Verhandlungen einzutreten. Die Firma Segall ließ sich denn auch herbei, allein zu verhandeln. Während die Kollegen früher von 5 bis 7 Uhr arbeiten mußten, ist die reguläre Arbeitszeit jetzt von 6 bis 7 Uhr. Außerdem erhalten die Kollegen eine wöchentliche Zulage von 1 bis 1,50 Mk. Ebenso werden jetzt die Ueberstunden mit 5 Pf. Aufschlag bezahlt, während die Kollegen früher dafür keinen Aufschlag erhielten. Wenn bei dieser Bewegung auch nicht alles dasjenige herausgeholt worden ist, was eigentlich sein müßte, so können die Kollegen doch zufrieden sein. Sache der Kollegen wird es jetzt sein, sich immer zahlreicher der Organisation anzuschließen. Für die Kollegen bei den Firmen Goldberg und Wöcher sollte dies ein Ansporn sein, ebenfalls dahin zu streben, sich zu organisieren, wenn sie ihre elende Lage verbessern wollen. Die Firma Goldberg versteht es ausgezeichnet, bei einer 12stündigen Arbeitszeit die Kollegen mit 3,25 Mk. zu entlohnen. Die Kollegen erhalten die 3,25 Mk. auch nur dann, wenn sie die volle Woche hindurch gearbeitet haben; wer eine halbe Stunde ohne Entschuldigung gefehlt hat, dem werden die 25 Pf. pro Tag gestrichen, so daß er mithin nur 3 Mk. erhält. Die Kollegen können hieraus ersehen, wie sie von dem Unternehmertum ausgebeutet werden. An den Kollegen wird es liegen, sich solche Dinge auf die Dauer nicht gefallen zu lassen, sondern sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen. Darum rufen wir den Kollegen zu: Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband! — Nur durch diese Organisation können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern.

Suhl i. Th. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Transportarbeiter in Suhl sind so miserabel, daß sie jetzt sogar dem beschränktesten Kollegen offenkundig werden. Was Wunder, Löhne von 17, 18, 20, 21 und 22 Mk. sind den jetzigen Lebensverhältnissen denn doch wirklich nicht mehr angepaßt. Der Umschwung der Stimmung kam deutlich in der Kommissionssitzung vom 30. April und 4. Mai zum Ausdruck. Die Kommission hat bis jetzt gut gearbeitet; soll sie mehr leisten, so gehört dazu eine festgeschlossene Organisation, die hinter ihr steht. Da heißt es die Versammlungen

besuchen und agitieren, bis auch der letzte Mann gewonnen wird für unsere Organisation. Vor allem müssen die Streitigkeiten unter den Kollegen beseitigt werden, denn die Einigkeit und Geschlossenheit ist die Macht. Dies hat sich wieder bewiesen bei der Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse, denn die Liste des Gewerkschaftsartikels hat gesiegt. Was bei Holzarbeitern und Metallarbeitern möglich ist, muß auch bei uns möglich sein. Wir haben nicht nur die schlechten Löhne, sondern auch die lange Arbeitszeit und sogar noch Betriebe, wo das Mittagmahl unter freiem Himmel eingenommen werden muß. Darum — Ihr Transportarbeiter von Suhl — tretet ein für die Wünsche der Kommission, dann wird es auch in Suhl besser werden.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Breslau. Unsere am 14. Mai tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den verschiedenen Anträgen, welche an dem diesjährigen Verbandstag ihre Erledigung finden sollen. Aus der Beratung war zu entnehmen, daß die Mehrzahl der Anwesenden gegen eine Beitragserhöhung waren, ebenso solle aber das Eintrittsgeld bei der bisherigen Höhe belassen werden. Im weiteren wurde der Wunsch geäußert, daß die Streit- und Gemäßigtenunterstützung eine

Anheimliche Teuerung!

Mit unheimlicher Sicherheit steigen die Preise aller Lebens- und Genussmittel. Die Veränderung des Preisniveaus veranschaulicht die nachfolgende Tabelle nach den Zusammenstellungen der Marktpreise, wie sie das Kaiserlich-Statistische Amt veröffentlicht. Es betrug der Preis im April Markt:

	1911	1912	Steigerung in pCt.
Roggen 1000 Kilogr.	154,61	194,52	26
Weizen "	200,02	227,83	14
Haber "	159,69	200,89	26
Weiz "	101,50	145,—	43
Gerste "	120,50	179,50	49
Hopfen 1 Doppelztr.	240,—	560,—	133
Kartoffeln "	1,90	3,70	95
Schweine "	100,89	143,25	30
Roggenmehl "	19,70	23,50	18
Ruttel "	236,—	260,—	10
Rohquader "	20,42	27,78	36
Raffinade "	40,75	50,38	23
Kartoffelspiritus 100 Liter	22,—	37,25	69
Seringe 1 Doppelztr.	40,—	49,—	20
Kaffee "	127,—	164,—	29
Weis "	26,60	28,88	22
Pfeffer "	80,—	104,—	30
Schmalz "	85,85	105,44	22

Solche allgemeine Preissteigerung bedeutet zweifellos eine Gefahr für die Ernährung des Volkes. Und die Regierung will in trauriger Gemeinschaft mit den Schwarzmachern das Instrument zerbrechen, mit welchem die Arbeiter eine der Teuerung angepaßte Lohnsteigerung zu erkämpfen suchen.

Erhöhung erfahren müßte, da gerade unser Beruf in schwere Lohnkämpfe gezogen wird, und die Kollegen in dieser Zeit genügend unterstützt werden müssen, um sie kampffähig zu erhalten. Im weiteren nahm die Versammlung Stellung zu dem Vorgehen der Möbel-Spediteure gegen ihre Angestellten, Bäcker und Metzger. Nachdem nun in diesen Betrieben die Arbeit nachgelassen hat, versuchen es die Herren, ihre Angestellten, welche sich an dem Streit beteiligt hatten und sogar solche, welche während dieser Zeit unterwegs waren und deshalb gar nicht in den Streit verwickelt worden sind, zu zwingen, sich dem Willen der Unternehmer zu fügen, oder sie werden auf das Straßenpflaster geworfen. Besonders waren die Versammelten über das schroffe Vorgehen der Firmen Gustav Knauer, E. Schierer und Linke u. Wape empört, welche ihre Angestellten durch Drohung mit Entlassung zwingen, aus der Organisation auszutreten. Diese Herren scheinen nicht zu wissen, daß sie dadurch gegen § 153 der Gewerbeordnung verstoßen und bestraft werden. Die Kollegen werden sich dies auch nicht gefallen lassen und werden gegen diese Firmen strafrechtlich vorgehen. Es wurde einstimmig beschlossen, über die Betriebe von Gustav Knauer, Linke u. Wape und E. Schierer die Sperre zu verhängen. Ferner soll aller Öffentlichkeit durch Flugblatt bekannt gegeben werden, warum die Unternehmer im Möbeltransport ihren Angestellten das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht nehmen. — Kollegen! Hekt mit dafür sorgen, daß diesen Unternehmern begreiflich gemacht wird, daß auch deren Angestellte Rechte zu beanspruchen haben, und meidet die oben angeführten Betriebe, damit die Herren einmal allein im Hause bleiben.

Darmstadt. Am Montag, den 20. Mai, fand unsere Monatsversammlung statt, die sehr gut besucht war. Mitgeteilt wurde, daß der Vorstand beschlossen habe, am 30. Juni ein Sommerfest abzuhalten, unter Mitwirkung der freien Turner der Arbeitergesangsvereine. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Bei Kartellbericht wird nach einigen Ausführungen beschlossen, die Kartelldelegierten zu beauftragen, gegen eine Beitragserhöhung zu stimmen. Dann wurden die Kollegen Kroth und Adam als Referenten gewählt. Der angesagte Vortrag des Gauleiters mußte ausfallen, da derselbe durch Verhandlungen in Mannheim verhindert

war. Zur Entwicklung unserer Ortsverwaltung und über unsere nächsten Aufgaben führte der Geschäftsführer aus: Wenn unsere Ortsverwaltung auf die Entwicklung zurückbliebe und dabei in Betracht ziele, daß in den umliegenden Ortschaften Langen, Oberstadt, Pfungstadt und Bensheim Zahlstellen gegründet werden könnten, so beweist das keineswegs, daß alle Arbeit geleistet sei, wie das viele Kollegen in ihrer Gleichgültigkeit glauben, erst recht müßten es sich alle Verbandskollegen zur Pflicht machen, Umschau zu halten, wo noch Nichtorganisierte für uns zu gewinnen sind. Leider stehen es viele Kollegen gerade in Punkt Agitation an der nötigen Werbearbeit fehlen. Diese Gleichgültigkeit sei auch sehr viel Schuld daran, wenn einzelne Unternehmer in ganz rigoroser Art und Weise gegen die Kollegen, die sich ihrer Organisation angeschlossen haben, vorgehen. Jeden Kollege müsse es als seine Pflicht betrachten, überall da, wo ihm Mißstände auffallen, diese dem Geschäftsführer mitzuteilen, damit dieser nach dem Rechte sehen könne. Hauptächlich seien es die Herren Fabrik-Unternehmer, welche in ihren Versammlungen gegen unsere Organisation suchen scharf zu machen. Auch die Kohlenarbeiter tragen oft selbst die Schuld, wenn die Kohlenbarone den Tarif nicht einhalten. Hier sei es Pflicht, dem Geschäftsführer Mitteilung zu machen, was leider trotz mehrfacher Anregung von dieser Seite nicht geschehe. Mehr, wie das ferner der Fall war, müßten sich die Kollegen nicht nur, wenn sie Unterstützung beziehen, auf das Büro kommen, sondern alle Kollegen, welche arbeitslos werden, müssen sich sofort melden, um den Geschäftsführer in die Lage zu versetzen, die gemeldete Stelle auch zu besetzen, damit der mit dem Büro verbundene Arbeitsnachweis auch seinen Zweck erfüllt. Der Referent wies an einigen Beispielen nach, wie der Arbeitsnachweis schon gegenwärtig gewirkt hat für die Kollegen. Weiter kommt der Referent noch auf das Spitzelwesen und Denunziantentum zu sprechen, das in mehreren Betrieben vorherrschend ist, die Kollegen ermahnen, alle Kraft daran zu setzen, durch unermüdbare Agitation diesen Kollegen klar zu machen, welche verräterisches Treiben sie zu ihrem eigenen Schaden führen. All diese Mißstände könnten sehr leicht beseitigt werden, wenn jeder Verbandskollege seine Pflichten erfüllt, erstens die Beiträge pünktlich zahlt, zweitens sein Fachorgan stets lese und drittens unermüdblich agitiere, damit auch unsere Kollegen im nächsten Jahre, wenn es 10 Jahre werden, daß unsere Ortsverwaltung gegründet wurde, behaupten können: Vereinter Kraft gar leicht gelingt, was einer nicht zu Stande bringt. In der Diskussion forderten alle Redner die Kollegen auf, im Sinne der Ausführungen des Geschäftsführers zu handeln und denselben in jeder Beziehung im Interesse der Allgemeinheit zu unterstützen. Nachdem noch vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß alle Kollegen, welche laut Statut 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Nichtstand sind und nicht um Stellung nachgehakt haben, gestrichen werden, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Halle a. S. In der am 14. Mai stattgefundenen stark besuchten Versammlung erklärte Kollege Gräß Bericht über den bisherigen Verlauf des Hafenarbeiterstreiks. Der Kampf wird nicht mehr geführt um Anerkennung der berechtigten Forderungen, sondern ist von den Unternehmern zur Wachtfrage erhoben worden. Die Versammlung gelobte, alles aufzubieten, um unter allen Umständen den Machttitel führender Personen im Unternehmerverband zu brechen, und die Anerkennung der Organisation zu erzwingen. — Die Abrechnung vom letzten Bergnügen erklärte Kolll. Schl. Es verbleibt nach Abzug aller Unkosten ein Ueber-schuss von 16,25 Mk. Zum Jugendausflug am ersten Pfingsttag nach Weiskensfeld erfolgt die Abfahrt früh 8,40 Uhr vom Hauptbahnhof. Zur Führung der Jugendlichen sind zwei ältere Kollegen bestimmt. Zweck Ueberweisung von Freiquartieren müssen die Kollegen umgehend im Büro, Parz 42-43, erfolgen. Teilnehmerkarten a 20 Pf. sind ebenda zu entnehmen. Das Arrangement zum Frühlingsfest am 1. Pfingst-freiertag im Volkspark wird in allen Einzelheiten akzeptiert. — Dem Antrage der Ortsverwaltung, die Beiträge für erwachsene männliche Mitglieder um 5 Pf. zu erhöhen, wird ohne Debatte einstimmig gutgeheißen. Eine spätere Versammlung wird einen endgültigen Beschluß fassen. — Die Jahrschulangelegenheit findet seine Erledigung dahin, daß die Fahrschule nach wie vor besucht werden soll. Der Standpunkt des Arbeit-geberverbandes, dem jetzigen Fachlehrer das Amt zu erschweren, wird durchaus verurteilt. Die Versamm-lung ist der Ansicht, daß in solchen gemeinnützigen Institutionen nicht etwa der Machttitel einiger Gemei-nde große bestimmenden Einfluß ausüben dürfe. — Wegen Streikbruch werden Fr. Jänike, Hackebornstraße 6, August Brandt, Döläuwerk 26, und Friedrich Senf, Strinbocksgasse 2, dem Hauptvorstande zum Ausschluß vorgeschlagen, ebenfalls wegen Handlungen gegen die Interessen des Verbandes Karl Eckert. — Mit einer kräftigen Aufforderung, alle Kraft einzusetzen für die Ausbreitung des Verbandes, des Volksblattes und der politischen wie genossenschaftlichen Organisation zu wirken, wurde die Versammlung mit einem brausen- den Hoch auf das weitere Gedeihen des Verbandes geschlossen.

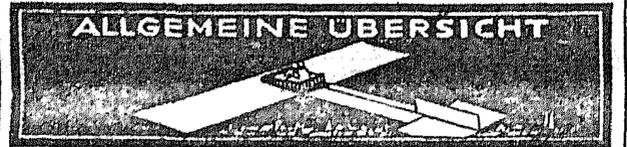
München. Am Sonntag, den 19. Mai tagte eine gut besuchte Generalversammlung der Ortsverwaltung München I. Kollege Schierer ergriffte einleitend ein instruktives Referat über die fakultativen Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes. Dem Vortrage schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in welcher ebenso wie im Referat zum Ausdruck gebracht wurde, daß die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften von unseren Kollegen gemieden und im Bedarfsfalle nur die fakultativen Unterstützungs-einrichtungen des Ver-bandes berücksichtigt werden sollen. — Der Kassen-bericht, den Kollege Eisenberger ergriffte, legte aber

maß Zeugnis von einer günstigen Entwicklung der Mitgliederzahl und der Finanzen unserer Zahlstelle ab. Die Einnahmen betrugen im 1. Quartal 1912 60 846,86 M.; gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ist das ein Mehrbetrag von 19 713,71 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 36 679,12 M. Der Kassenbestand hob sich innerhalb eines Jahres von 11 599,16 M. auf 24 167,74 M. Wir können für dieses Quartal einen Mitgliederzuwachs von 317 Personen verzeichnen, so daß unsere Organisation nunmehr 5517 Kollegen umfaßt. Kollege Eisenberger schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß es der zielbewußten Arbeit unserer Kollegen in nicht allzu fernem Zeit gelingen möge, das erste Zehntausend an Mitgliedern zu erreichen. Der Bericht der Revisoren ergab, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden wurden. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. — Hierauf erstattete Kollege Angerer Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsvereins. Nachdem die Delegierten für den Gewerkschaftsverein neu gewählt waren, wurde vom Vorsitzenden mit der Aufforderung, in der Agitation für die Organisation und die Arbeiterpresse nicht zu erlahmen, die Versammlung geschlossen.

Sträßburg. Am 11. Mai fand unsere regelmäßige Monatsversammlung, welche einen außerordentlich starken Besuch aufwies, statt. Auf der Tagesordnung stand als alleiniger Punkt: Verbandsangelegenheiten. Zunächst wurde die Wahl eines Ortsverwaltungsmitgliedes, die sich infolge Ausscheidens des früheren Kollegen Wih (Wih ist inzwischen Kontrolleur geworden) notwendig machte, vorgenommen. Einstimmig wurde der Kollege Adloff gewählt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß an Stelle des Herrn Wih der Kollege Löhle als Ausschussmitglied eingewählt sei. Des weiteren wurde von dem Kollegen Dittler der derzeitige Stand der Lohnbewegung der Wagenpuffer, Streckenarbeiter und eisenbahn Nebenbahn berichtet. In dem weiteren Verlauf wurde das Verhalten des früheren Kollegen Wih einer scharfen Kritik unterworfen. Wih, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervorhob, daß er wirtschaftlich und politisch auf der Höhe, d. h. ein politisch reifer Mann sei, habe gezeigt, was Geistesblind er gewesen. Die Äußerungen, die Herr Wih gebraucht habe, „wenn er vom Verband keine Garantien erhalte, von mindestens 150 M. pro Monat auf ein Jahr lang, spiele er den braven Mann“, oder „wenn ihm die Direktion mehr biete, wäre es falsch von ihm, das Angebot nicht anzunehmen“, beweisen vielmehr, daß Herr Wih moralisch und politisch nicht auf der Höhe gestanden hat. Wenn Herr Wih nicht mehr Vertrauen zur Organisation, d. h. zu den Kollegen habe, die samt und sonders dem Verbandsangehörigen, sei es sehr schlimm um seinen Charakter bestellt. Das Motiv des Herrn Wih sei gewesen, eine Anstellung im Verbandsamt, dem er erst seit kurzer Zeit angehört, zu erhalten. Alles, was die Sträßburger bisher erreicht hätten, sei nicht auf das persönliche Konto des Herrn Wih, sondern auf die Macht und Einigkeit der Kollegen, die sich in der Organisation vereinigt haben, zu setzen. Nach den gemachten Erfahrungen habe Herr Wih überhaupt keine Überzeugung gehabt, er habe nur seinen Vorteil gesucht. Wenn ihm die Christen oder die Gelben mehr geboten hätten, wäre er auch dort hingegangen, um deren „Interessen“ zu zertreten. Ein Redner betont unter starkem Beifall der Versammlung, daß für die Zukunft ohne Einverständnis der Verbandsleitung der jeweilige Obmann des Ausschusses nichts zu unternehmen habe. Ferner wurde von einem Redner bemerkt, daß alle diejenigen, denen es gelüste, durch Äußerungen und dergl., wie es Herr Wih des öfteren getan habe, einen Lokalverein zu gründen, ohne weiteres aus dem Verbandsamt ausgeschlossen werden sollen. Hätten wir einen Lokalverein, so sagte Redner, mit uns wäre es schlecht bestellt. Nur der Verband als eine geschlossene Macht kann der Direktion Achtung einflößen. Der Beifall, der dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gesendet wurde, zeigte, daß die Gesamtheit der Kollegen den Lockungen einzelner, die etwas werden wollen, nicht folgen, sie vielmehr den Verband als einen Granitblock, an dem sich noch mancher den Schädel einrennen wird, betrachten. Nach einigen weiteren Mitteilungen des Kollegen Walther wurde die Versammlung, die seit langem sehr ruhig verlaufen war, geschlossen.

Wurzen. Die Transportarbeiter hielten am 18. Mai eine Versammlung mit der Tagesordnung ab: Die Lohnbewegungen in unserem Beruf und welche Lehren ziehen wir daraus. Der Referent, ein Kollege aus Leipzig, gab zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der Organisation und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele, wie mit derselben die wirtschaftliche Lage der Berufskollegen verbessert werden konnte. Wlieben ursprünglich die Lohnbewegungen nur auf die Großstädte beschränkt, so wurde bei Streiks die Erfahrung gemacht, daß der Zug von Arbeitskräften aus den Mittel- und Kleinstädten ein recht bedeutender war. Die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufskollegen in den Großstädten werden aber in Frage gestellt, wenn nicht gleichzeitig auch eine wirtschaftliche Besserstellung der Berufsangehörigen in den kleineren Orten erfolgt. Von dieser Tatsache ausgehend hat die Leipziger Mitgliedschaft keine Agitationskosten gespart und überall den Organisationsgedanken unter den Kollegen der Orte rings um Leipzig verbreitet. Diese Arbeiten waren von Erfolg gekrönt, so daß in einer Reihe von kleinen Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen bereits verbessert werden konnten. Auch in Wurzen wurde schon einmal der Versuch unternommen. Das Resultat war aber kein unbefriedigendes, und da in der Zwischenzeit die Lebensmittelpreise eine weitere Steigerung erfahren haben, so war es erklärlich, daß die Kollegenschaft

danach strebte, ihre wirtschaftliche Position zu stärken. Auf die gemachte Eingabe gaben die Unternehmer keine Antwort, infolgedessen wurde am 28. April der Streik beschlossen. Nach einwöchentlicher Dauer wurde mit Ausnahme des Betriebs von Nisch und Lannmann eine Einigung erzielt. Die gewährten Lohnzulagen schwanken zwischen 1 und 5 M. pro Woche, so daß nunmehr die Wochenlöhne 22 bis 25 M. betragen. Wenn der Erfolg kein größerer war, so ist dieses mit darauf zurückzuführen, daß ein großer Zulauf von Streikbrechern zu verzeichnen war. Besonders waren es Frauen, die den um besseres Brot kämpfenden Arbeitern in den Rücken fielen, dazu kam, daß die Staatsbahn Streikbrecher stellte. Ein Bahnbeamter, den man schon auf hundert Meter ansehen konnte: Hunger leidet mein Gemüt, ach Gott, wann geht das Essen an, war dazu verurteilt, neben dem Kollege Schir mit Frachtbrieffen herumlaufen und den Streikbrechern Aufwekung zu geben, wo die Stückgüter abgeladen werden sollten. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse kann die Kollegenschaft mit dem erzielten Erfolg zufrieden sein. Aufgabe der Kollegen muß es nunmehr sein, aus dem geführten Kampf die richtige Lehre zu ziehen. Die gleichgültigen und indifferenten Berufsangehörigen müssen aufgelärt und der Organisation zugeführt werden. Zur Aufklärung gehört aber mit, daß die Arbeiterpresse, das ist die Volkszeitung für das Müritental, in jeder Wohnung unserer Kollegen ihren Einzug hält, denn sie allein war es, welche die Interessen der Kollegenschaft in wirksamer Weise wahrgenommen hat. Erfüllt jeder einzelne nach dieser Richtung hin seine Pflicht, so werden bei den Kämpfen der Zukunft wesentlich günstigere Resultate noch zu verzeichnen sein. Nur die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher das Verhalten des Mitglieds Karl Spalholz, der in dem Betrieb von Holke stehen blieb und Streikarbeit verrichtete, scharf verurteilt und daraufhin beschlossen wurde, Spalholz wegen Streikbruch dem Vorstand zum Ausschluß aus der Organisation zu empfehlen. Den Bericht vom Gewerkschaftsamt erstattete Kollege Stopfuchen, dabei wurde hervorgehoben, daß das Kartell beschlossen hat, die Lungenheilstätte finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde Kollege Heuschel beauftragt, den auf unsere Gewerkschaft entfallende Betrag an die Kartellkasse abzuführen. Unter Gewerkschaftliches wurde mitgeteilt, daß die Differenzen in der Niederlage der Hohenstädter Brauerei dadurch erledigt sind, daß den dort beschäftigten Kollegen 1 Mark Lohnzulage gewährt wurde und die Überstunden in Zukunft mit 50 Pfg. entschädigt werden.



Die bekannte Fahrradfabrik **August Stukenbrock in Einbeck** hat nicht eher geruht, bis sie im schweren Konflikt mit der Arbeiterschaft steht. Diese Firma hat, als unser Verband im Auftrage von Arbeitern eine Lohnforderung einreichte, zunächst jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Nicht genug hiermit hat sie dann weiter die Arbeiter ins Kontor gerufen und von jedem einzelnen verlangt, **aus der Organisation auszutreten oder den Betrieb zu verlassen.**

Weiter erklärte der Geschäftsführer Richter im Auftrage des Herrn Stukenbrock:

„Die Arbeiter und die Organisation können machen, was sie wollen, wir sind gerüstet, wir wollen den Kampf. Wir sind noch Herr im Hause und wollen uns das auch nicht nehmen lassen.“

Damit ist der organisierten Arbeiterschaft der Kampf aufgezwungen. Die Firma hat aber auch bereits vorher **in drei Fällen die Leiter der Organisation gemahnt, regelt.**

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und hat einstimmig beschlossen, **über die Firma August Stukenbrock, Fahrradwerke in Einbeck, Marke „Deutschland“-Fahrräder, den Boykott zu verhängen.**

Wir weisen darauf hin, daß die Firma außerdem noch an den **Dyra-Fahrradwerken in Prenzlau** beteiligt ist und die **Fahrradwerke Hans Hartmann u. G. in Eisenach** Marke „Superior“ erworben hat. Diese Firmen stehen demnach auch unter Stukenbrockschem Reglement und sind ebenso wie die Firma selbst zu behandeln.

Wapenburg. Für „Freiheit, Wahrheit und Recht“ kämpft das „Zentrum“ und die mit ihm eng verbündeten „christlichen Gewerkschaften“.

Überall, wo die Schwarzen das Heft in den Händen haben, dort ist weder von Freiheit, noch von Wahrheit oder gar von Recht etwas zu spüren. Nur die Macht ist ausschlaggebend und wird selbstverständlich angewandt. So auch bei uns. Nachdem man es jahrelang verstanden hatte, jede freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, jeden Versuch einer freien Organisationsgründung zu inhibieren, da mußte selbstverständlich das Wesen unserer Organisation die Geister doppelt wachrufen. Unsere zunächst kleine Schar von Kollegen hatte einen schweren Stand. Nichtsdestoweniger ließ sie sich nicht irre machen, sondern versuchte, Aufklärung über „Wahrheit, Freiheit und Recht“ in die Köpfe der Kollegen zu bringen. Der Lohn für diese Mühe ist

nicht ausgeblieben. 100 Mitglieder zählt unsere Ortsverwaltung. Gewiß ein schöner Erfolg. Dieser Erfolg läßt bestimmte Leute nicht schlafen. Wir sollen vernichtet werden, da sind dann alle Mittel recht, ob sie der Wahrheit entsprechen, ist Nebensache.

So hat man uns jetzt unser Versammlungslokal abgetrieben, und zwar mit den erbärmlichsten Mitteln. Gelegentlich unserer letzten Mitgliederversammlung waren auf dem Bahnhofe an verschiedenen Eisenbahnwagen Zettel geklebt, welche anzeigten, daß im unserem Verbandslokal eine „sozialdemokratische Versammlung“ stattfinden. Die Folge war natürlich, daß der Wirt, wie er uns erklärte, von der Eisenbahnverwaltung einen Wink mit dem Zaunpfahl erhielt und uns das Lokal entzog. Der Zweck der Zettel und seiner Verbreiter ist erreicht, das Lokal ist uns entzogen. Große Freude dürfte den Herrschaften aber nicht beschert sein, da wir bereits wieder über zwei Lokale verfügen. Immerhin verdient der Gaunerstreich angemeldet zu werden.

Uns trennt eine Weltanschauung, pflegen die christlichen Agitatoren mit Nachdruck bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zu betonen. Daß sie Recht haben, kann man nicht bestreiten, wenigstens nicht nach den Erfahrungen, welche wir hier machen. Lieben die Vertrauensleute bei der Wahrheit, dann können sie schlecht Mitglieder für die christliche Gewerkschaft gewinnen. Deshalb greift man zu anderen Mitteln, um die Leute zu überzeugen. Dieses Mittel ist der Schnaps. So haben die Vertrauensleute der Christen einem zu uns übergetretenen Kollegen das Mitgliedsbuch aus der Tasche geholt, damit er wieder zu den Christen überzutreten sollte. Zunächst weigerte sich der Kollege, wieder zu den Christen zurückzulehren. Um nun das Ziel zu erreichen, kaufte man einen halben Liter Schnaps, traktierte den Kollegen damit, und dann, nachdem der Schnaps seine Wirkung getan, trat der Betreffende aus „Freiheit“ über.

Genau so wurde es auch mit einem Zugereizten gemacht. So sieht die Weltanschauung der Christen aus, das ist die christliche Ueberzeugungsstreu.

Während die freien Gewerkschaften den Kampf gegen den Alkohol mit aller Schärfe führen, benützt die „Christen“ den Schnaps, um ihre Weltanschauung zu verteidigen. Kein denkender Arbeiter kann die „Christen“ noch ernst nehmen. Wissen wir doch, daß bei dem Streik der Bergarbeiter die Christen alles Menschennögliche geleistet haben, um die gerechte Sache der Bergarbeiter, die Besserung ihrer Lebenslage, zu Schanden zu machen. Höher hinauf geht's nimmer. Die Christen sind keine Organisationen zum Schutze der Arbeiter, sondern sie entwickeln sich immer mehr hinüber zu den Gelben. Kollegen! Seht auf den Streik, indem man uns unser Lokal abgetrieben hat, anderthalbe. Werbt und agitiert, arbeitet und helft der Ortsverwaltung mit, neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Kärt die Kollegen auf, nicht mit Schnaps, sondern durch Worte und Taten. Die jeder seine Pflicht. Am Jahreschluss muß unsere Mitgliederzahl die doppelte sein. Uns selbst zum Schutz, den Christen zum Trub. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, auf zu gemeinsamer Arbeit, dem Ziel entgegen!

Berichtigung.

In der Bekanntgabe der Delegierten zum Verbandstag ist aus Kiel nur ein Kollege aufgeführt. Es sind aber deren vier und zwar außer Kollegen **Arnold** die Kollegen **Wih, Kosschen, Wih, Valentin** und **Joh. Kröger** gewählt.

D. B.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Ortskassierer machen wir darauf aufmerksam, daß Erwerbslosenunterstützung an bezugsberechtigten reisenden Mitgliedern nur in den in unserem Adressenverzeichnis mit * versehenen Orten ausbezahlt werden darf.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

- In **Bernburg**: Marie Braunsdorf, Spt.-Nr. 224 756, eingetr. 25. 7. 10.
- In **Leipzig**: Gust. Mautschild, Spt.-Nr. 98 154, eingetr. 17. 3. 12.
- In **Riesa**: Moritz Meißner, Spt.-Nr. 362 148, eingetr. 28. 5. 08.
- In **Ruß**: Michael Domasch, Spt.-Nr. 414 256, eingetr. 21. 10. 11; Michael Kautz, Spt.-Nr. 410 087, eingetr. 21. 10. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

S. N.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen **Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.,** einzufenden.

Verantwortl. Redakteur: **Karl Mühlhahn, Lichtenberg.**

Verlagsanstalt „**Courier**“, G. m. b. H.

Druck: **Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.**

Freitag, den 16. Juni 1912:

2 große Volks-Sommer-Feste.

1. **Mentes Volksgarten, Inh. W. Schröder, Nichtenberg, Roederstr. 28-29, 2. Eingang Landsberger Chaussee.**

Garten-Konzert, Spezialitäten ersten Ranges auf 2 Bühnen. — Im neuen Saal: Großer Ball.

8 Kaffeelüchen, Fackelpolonaise, Volksbelustigungen. Größter Sommergarten, 25 000 Personen fassend. Bei ungünstiger Witterung Kiesen-Schutzgelte.

2. **Insel-Restaurant, Blöhensee, Seefrabe, Am Verbindungskanal unweit Bahnhof Deusselstraße.**

Garten-Konzert, Spezialitäten, großartige Schaumummern. Im Saal und Champetre: Großer Ball.

Kaffeelöcher in beiden Lokalen 80 Pf. Jedes Kind erhält am Eingang zum Garten Stocklaterne und Kopfbedeckung gratis,

Entree in beiden Lokalen 20 Pf. Kaffeneröffnung 1 Uhr. Billets an der Kasse 25 Pf. Programm gratis.

==== Günstige Fahrverbindungen nach beiden Lokalen. ====

Billets sind bei den Einkassierern, Vertrauensleuten, Zahlstellen und in den verschiedenen Verbandsbüros zu haben.

Da die schönsten Lokale wiederum gewählt sind und für abwechslungsreiche und reichhaltige Unterhaltung bestens gesorgt ist, wird erwartet, daß die Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten sich wirklich zahlreich einfinden. **Sorgt für Massenbesuch! Das Komitee.**

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Zur Aufklärung über die Erhebung eines Ortszuschlages für die Mitglieder der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Die Erhebung eines Ortszuschlages von 10 resp. 5 Pfg. pro Woche für die Mitglieder des Bezirks „Groß Berlin“ ist in der am Donnerstag, den 28. März, abgehaltenen örtlichen Generalversammlung mit großer Majorität beschlossen worden und zwar mit der Maßgabe, daß die Bezahlung des Zuschlages allgemein ab 1. Juli d. Js. zu erfolgen hat.

In Rücksicht darauf, daß die einzelnen Branchen der Sektionen II, IV und V (weibliche und jugendliche Mitglieder eingeschlossen) im Laufe des Jahres 1911 die Zahlung eines Ortszuschlages von 10 resp. 5 Pfg. pro Woche laut Branchenbeschluss nach und nach durchgeführt haben, kommen für diesen Generalversammlungsbeschluss zur Zeit nur noch die Kollegen in der Sektion I (Handelsarbeiter) und die Kollegen in der Sektion III (Straßenbahner) in Betracht. Bei diesen Gruppen hat sich leider eine Unzufriedenheit über die Erhebung des Ortszuschlages bemerkbar gemacht, die unseres Erachtens nur darauf zurückzuführen sein kann, daß die Betreffenden über die örtlichen Kassenverhältnisse und die an letztere gestellten Ansprüche seitens unserer Mitgliedschaft nicht genügend unterrichtet sind. Wir wollen deshalb mit Nachstehendem unseren Mitgliedern noch einmal die Gründe für die Notwendigkeit der Erhebung des Ortszuschlages vor Augen führen und setzen voraus, daß diejenigen, welche bisher immer noch der Meinung waren, sie können oder brauchen aus diesen oder jenen Verhältnissen heraus den Zuschlag nicht bezahlen, zu einer der Sache dienlichen Ansicht kommen werden.

Die Kassenverhältnisse liegen in den letzten Jahren 1910 und 1911 zu wünschen übrig, weil durch die Einführung des 50 Pfg.-Beitrages ab 1. Juli 1910 der bis dahin gezahlte Ortszuschlag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied in Fortfall gekommen ist. Bis zum 1. Juli 1910 betrug der reguläre Verbandsbeitrag 40 Pfg. pro Woche. Zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben standen der Bezirksverwaltung bis dahin 25 pCt. des Beitrages von 40 Pfg. = 10 Pfg. und außerdem 10 Pfg. an Ortszuschlag, also zusammen 20 Pfg. pro Woche und Mitglied zur Verfügung. Ab 1. Juli 1910 betrug der reguläre Verbandsbeitrag 50 Pfg. pro Woche, wovon der Verwaltung 25 pCt. d. h. 12 1/2 Pfg. pro Woche und Mitglied zur Deckung der örtlichen Ausgaben verblieben. Aus dieser Aufmachung ist ersichtlich, daß der Verwaltung nach dem 1. Juli 1910 pro Woche und Mitglied 7 1/2 Pfg. an Einnahmen weniger erzielte als vorher. Dessenungeachtet machte die Verwaltung den Versuch, ohne die Mitglieder durch Erhebung eines Ortszuschlages besonders zu belasten, mit den ihr zur Verfügung stehenden 12 1/2 Pfg. auszukommen. Leider ist ihr dieser jedenfalls für gemeindefürderliche Zwecke nicht gelungen. Es stellte sich bereits im 3. als auch im 4. Quartal 1910 heraus, daß die zur Verfügung stehenden Mittel trotz ökonomischer Wirtschaft und Einschränkung zur Deckung der örtlichen Ausgaben nicht ausreichten und infolgedessen von der Verbandshauptkasse für jedes Quartal 5-6000 Mk. Zuschuß an die Bezirksverwaltung Groß-Berlin gefordert werden mußte. Aus alledem dürften unsere Mitglieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Kassenmiserie nicht auf eine schlechte oder gewissenlose Verwaltung, sondern lediglich darauf zurückzuführen war, daß der Verwaltung sekundär weniger Mittel zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Erhebung eines Ortszuschlages konnte so ohne weiteres nicht allgemein durchgeführt werden, weil die Mitglieder des früheren Vereines Berliner Hausdiener, für welche innerhalb kurzer Zeit (1908-1910) die Beiträge von 25 auf 50 Pfg. pro Woche erhöht wurden, mit zu großen Schwierigkeiten zu rechnen hatten, die in den zum Teil niedrigen Löhnen dieser Gruppe und im übrigen hauptsächlich auf die in bezug auf die hohen Beiträge bestehenden Tendenzen der für die Gruppe noch vorhandenen Konkurrenzvereine zurückzuführen sind.

Wir haben uns deshalb gezwungen, bei der Erhebung eines Ortszuschlages die vorbezeichnete Mitgliedergruppe auszuscheiden.

Die Ortszuschlagsfrage ist deshalb auf Beschluss der erweiterten Bezirksverwaltung in den einzelnen Sektionen, Branchen und Distrikten behandelt worden und haben daraufhin die einzelnen nachstehend bezeichneten Branchen sich bereit erklärt, in Rücksicht auf die gegebene Situation einen Ortszuschlag von 10 resp. 5 Pfg. zu zahlen.

Verbands- und Ortskrankenkassen-Angestellte	nom	1.	9.	10	=	175	Mitglieder
Fensterputzer	"	1.	8.	11	=	1068	"
Kollkutscher, Bodenarbeiter usw.	"	1.	8.	11	=	1866	"
Speicherarbeiter	"	1.	8.	11	=	151	"
Kohlenarbeiter	"	1.	4.	11	=	1058	"
Handtuchfabriker	"	1.	4.	11	=	145	"
Kraftwagenfahrer	"	1.	4.	11	=	8169	"
Reitungsausträgerinnen (80 Pfg. Beitrag)	"	1.	4.	11	=	902	"
Hausdiener von den Betrieben Greifenhagen u. Joseph	"	1.	1.	11	=	82	"
Bezirk Köpenick und Ober-Schöneeweide	"	1.	2.	11	=	840	"
Bezirk Tegel-Borsigwalde	"	1.	4.	11	=	87	"
Branchenleitung u. Vertrauensleute der Papierbranche	"	1.	1.	11	=	40	"
Betrieb Brauerei Pagenhofer	"	1.	2.	11	=	17	"
Sektionsleitung der Straßenbahner	"	1.	1.	11	=	14	"
Betrieb Müllabfuhr Scheller	"	1.	5.	11	=	26	"
Mineralwasserbetrieb Krüger & Co.	"	1.	4.	11	=	15	"
Alle in Brauereien Beschäftigten	"	1.	8.	11	=	2264	"
Sämtliche aus der Eisenindustrie A. G. G. usw.	"	1.	7.	11	=	5056	"
Leitungsgehilfen	"	1.	7.	11	=	217	"
Mehlkutscher	"	1.	7.	11	=	78	"
Breitenträger usw.	"	1.	6.	11	=	511	"
Müllkutscher und Schaffner	"	1.	8.	11	=	501	"
Hausdiener aus der Holzindustrie	"	1.	8.	11	=	709	"
Distrikt Steglitz, Lichterfelde, Lantowig usw.	"	6.	8.	11	=	219	"
Sämtliche jugendlichen Mitglieder	"	15.	9.	11	=	1776	"
Gruppe der Bau- und Arbeitskutscher	"	1.	10.	11	=	789	"
Geschäftskutscher und Lagerarbeiter	"	15.	12.	11	=	4400	"

Es muß hier anerkannt werden, daß die vorgenannten Branchen unbeschadet dessen, daß außer der Gruppe der Handelsarbeiter auch verschiedene andere Branchen einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, doch im Interesse des Ansehens der Bezirksverwaltung Groß-Berlin als solcher und somit auch besonders im Interesse aller Mit-

glieder das Opfer brachten und durch Zahlung des Ortszuschlages die Kassenverhältnisse förderten.

Aus alledem geht hervor, daß die eigenartigen Verhältnisse, mit denen die Handelsarbeiter als auch die Straßenbahner zu rechnen haben, durchaus berücksichtigt worden sind. Ein Uebergangsstadium ist auf diese Weise für die Sektion I und III geschaffen worden, welches im Interesse der bereits zahlenden Sektionen nicht gut länger ausgedehnt werden kann.

Gleichzeitig wollen wir darauf hinweisen, daß die 60 Pfg.-Zähler insoweit einen Vorteil haben, als bei vorkommenden Streiks oder Maßregelungen den betreffenden Mitgliedern zu den üblichen Unterstützungssätzen ein Zuschuß von 1-8 Mark pro Woche gezahlt wird.

Im Jahre 1911 betragen die Gesamtausgaben der Bezirksverwaltung für örtliche Zwecke 287 443,41 Mk. Darunter für örtliche Verordnungs-, Streik- und Gemäßregelungsunterstützung zusammen 19 595,10 Mk., Weihnachtsgratifikation für Arbeitslose 8492,85 Mk., für Arbeitsnachweis und Bibliothek 34 801,97 Mk., für Bureauante und Reinigung 20 8613,28 Mk., für Kartellbeitrag 10 080 Mk., für Agitation u. Versammlungen 16 177,09 Mk., für Gehälter 146 576 Mk., für Rechtsschutz 13 084,24 Mk. usw. Durch die Hauptkasse wurden bezahlt an Arbeitslosenunterstützung 137 130,95 Mk., an Krankenunterstützung 191 285,80 Mk., an Streik- und Gemäßregelungsunterstützung 189 209,67 Mk. usw.

Aus dieser kurzen Aufstellung ist ersichtlich, daß die Ausgaben jedenfalls im Interesse unserer Mitglieder nutzbringend gemacht worden sind. Wenn nun von einzelnen Gruppen behauptet wird, daß sie weniger Ansprüche auf Unterstützung erheben wie andere Gruppen, und sie deshalb glauben, einen Ortszuschlag nicht bezahlen zu brauchen, so ist das eine durchaus irrtümliche Auffassung. Ein jedes Mitglied muß sich stets von dem Grundsatz leiten lassen, daß das, was ich heute in der Lage bin, für andere zu tun, jene morgen vielleicht schon für mich tun müssen. Das ist der Solidaritätsgedanke, von dem wir uns in jeder Hinsicht als organisierte Arbeiter leiten lassen müssen.

Wir wollen nicht unterlassen, auch auf die Vorteile hinzuweisen, die wir im Jahre 1911 auf dem Gebiete der Lohnbewegungen für eine große Anzahl unserer Mitglieder erzielt haben. Durch Lohnbewegungen ohne Streiks erzielten 14 321 Mitglieder an Lohnerhöhung die Summe von 30 714,27 Mk. und durch Lohnbewegung mit Streik 2934 Mitglieder die Summe von 4762,68 Mk. pro Woche. Demnach erzielten also zusammen 17 255 Mitglieder pro Jahr an Lohnerhöhung die Summe von 1 844 810,76 Mk. Dazu kommt noch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9352 1/2 Std. pro Woche resp. 486 330 Std. pro Jahr für 2398 Kollegen.

Wenn wir uns die vorgeführten Zahlen auf dem Gebiete der Unterstützungsweesen, als auch die, welche die Ertragsleistungen auf dem Gebiete der Lohnbewegungen darstellen, näher betrachten, dann wird doch ein jeder rechtlich Urteilende zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß der Beitrag von 50 resp. 60 Pfg. nirgends besser angelegt werden kann, als in unserer Organisation. Einmal fließt eine ganz beträchtliche Summe von den eingezahlten Beiträgen in Gestalt von Unterstützungen an die Mitglieder zurück. Diese Summe beträgt für 1911 allein 67,2 pCt. der gesamten Einnahmen der Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Das andere Mal wird die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen sichtlich gehoben, sobald die erzielten Summen, welche an Mehrlohn erzielt werden konnten, sich höher stellen, als die gesamte Beitragsleistung pro 1911. Solche Ertragsleistungen wären ohne die Organisation nicht denkbar. Einen treffenden Beweis für diese unsere Behauptung bietet uns die Lohnbewegung der Kollegen Straßenbahner im vergangenen Jahre. So lange der Kreis derjenigen Kollegen, die unserem Verbandsangehörigen, in den Reihen der Straßenbahner nur klein war, hatten sie mit ihren Forderungen und Wünschen bei der Direktion recht wenig oder gar keinen Erfolg. Wir erinnern hierbei nur an die kurze und scharfe Abweisung der Angestelltenkommission im Frühjahr 1911. Als sich dann aber die Kollegen in Scharen unserem Verbandsangehörigen und diese unter dem Schutze unseres Verbandes ihre Stimme über das ihnen zugefügte Unrecht öffentlich erhoben, da wurde die Direktion anderen Sinnes. Die Angestelltenkommission wurde erneut vorstellig und zwar diesmal mit Erfolg. Die Direktion machte Zugeständnisse in bezug auf Lohnerhöhungen, die, wenn auch für den einzelnen minimal, für die gesamten Angestellten der „Großen Berliner“ innerhalb eines Jahres eine Million Mark betragen. Diese Zugeständnisse wären ohne das Eingreifen unseres Verbandes auf keinen Fall gemacht worden.

Um aber unsere Organisation auch in Zukunft leistungsfähig und kampffähig zu erhalten, ist es notwendig, daß wir unsern Unterstützungs- und Kampffonds nach jeder Richtung stärken. Nicht nur die Zahl der Mitglieder allein erfüllt unsere Gegner mit Achtung und Respekt, sondern beide Teile, „Mitgliederzahl und Kassenbestand“, müssen so gestaltet werden, daß es für jeden klar und ersichtlich ist, daß wir nicht nur mit Kämpfen drohen, sondern, wenn es die Notwendigkeit erfordert, solche auch mit Nachdruck durchführen können.

Wir glauben somit, allen unsern Mitgliedern klar und verständlich dargelegt zu haben, daß die Erhebung eines Ortszuschlages von 10 Pfg. pro Woche zur Stärkung unserer Kasse und unseres Ansehens als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen wird. Wir glauben nicht, daß es jetzt noch Kollegen, die es mit der Organisation ernst nehmen, gibt, wegen 10 Pfg., die nach Lage der Verhältnisse erhoben werden müssen, so kurzfristig sein werden, ihren Austritt zu erklären und somit aller erworbenen Rechte und Vorteile verlustig gehen.

Es wäre jedenfalls recht unverständlich, wenn sich herausstellen sollte, daß wir Mitglieder unter uns haben, die nur dann, wenn es ihre traurigen Verhältnisse erfordern, den Verband finden, und diesem den Rücken kehren, sobald ihre Wünsche erfüllt sind und wenn es sich um solidarischen Zusammenhalten und Erfüllung der Pflichten gegenüber der nur Vorteil bringenden Organisation handelt.

Die heutige Situation erfordert mehr wie je einen festen Zusammenhalt aller mit der Devise:

„Vorwärts immer — Rückwärts niemals!“

Die Bezirks-Verwaltung Groß-Berlin.

S. A.: A. Werner.

Verbandsfunktionäre!

Am Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Volkskonzerte. Die nächsten diesbezüglich veranstalteten Konzerte finden statt: 1. Berlin D., Brauerei Friedrichshain, am 19. Juni; 2. Berlin NO., Brauerei Köpenick, am 26. Juni; 3. Berlin N., Germania-Säle, am 15. Juni; 4. Berlin S., Volk-Brauerei, am 22. Juni; 5. Berlin SO., Konfordia-Säle, am 12. und 29. Juni.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Holzindustrie.

Am Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c,

Große Versammlung.

Sonntag, den 23. Juni 1912,

Herrenpartie

nach den herrlich gelegenen

Rüdersdorfer Kalkbergen.

Treffpunkt: Morgens 6 1/2 Uhr Schleißer Bahnhof, Eingang Madelstraße an der Stoppenstraße. Abfahrt 7 Uhr. Die Branchenleitung.

Kollegen Hausdiener, Chauffeurs, Packer, Radfahrer u. Jugendliche aus den Kaufhäusern der Bekleidungsindustrie Esders & Dyckhoff, Leineweber, Weltmann, Baer Sohn, S. Adam, Peck & Cloppenburg, Riehmüller und Brennknecht!

Am Donnerstag, den 13. Januar 1912, abends 9 Uhr, im Lokal von Weidmann, Grünstr. 21, **Öffentliche Versammlung.**

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer und Jugendliche.

Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

im Arbeitsnachweisamt, Alte Leipzigerstr. 1. Die Branchenleitung.

Hausdiener und Packer aus der Lederbranche.

Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr,

Branchen-Versammlung im Lokal von Richter, Klosterstr. 62. Die Branchenleitung.

Buchhandlungen, Papler, Zeitungsbranche.

Am Montag, den 17. Juni 1912, abends 8 Uhr, in den Ritterfälen, Joh. R. Bercht, Ritterstr. 75,

Branchen-Versammlung

Die Branchenleitung.

Hausdiener und Kutscher aus den Wasche-Verleih-Geschäften Berlins.

Am Dienstag, den 18. Juni 1912, abends 8 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engel-Ufer 15,

Branchen-Versammlung

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Leitgerüstbauer, Kutscher und Platzarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr,

Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5. Ferner findet am Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rostfenerstraße 8, eine

Versammlung

statt. Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Gross-Desillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften Berlins und Umgegend.

Am Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr,

Große Branchenversammlung

im Arbeitsnachweisamt, Alte Leipzigerstr. 1.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Gross-Desillationen Wein- und Bierversandgeschäften wie den Mineralwasserfabriken des Bezirks Centrum.

Am Dienstag, den 25. Juni 1912, abends 7 Uhr,

Allg. Bezirksversammlung

im Lokal von Richter, Klosterstr. 62.

Die Branchenleitung.

Kollegen Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter, Kutscher usw. aus den Glas-, Kurz-, Spielwaren-, Uhren-, Beleuchtungs-, Galanterie-, Lederwaren-, Sprechmaschinen-, Export-, Alabastrer-, Emaille- usw. Betrieben.

Donnerstag, den 20. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Ritterfäle“, Ritterstraße 75.

Große Branchenversammlung

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Für die Abteilungen Schönhauser Vorstadt I u. II, Prenzlauer Vorstadt und Pankow, findet am Sonntag, den 16. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale von Max Flug, Danzigerstr. 71, eine

Gemeinsame Versammlung

statt. — Tagesordnung: 1. „Streifzüge durch die internationale Transportarbeiter-Föderation“.

Sonntag, den 9. Juni 1912:

Spielpartie nach Buch.

Treffpunkt 1 Uhr mittags auf dem Vorortsbahnsteig Gesundbrunnen. Fahrkarte ist zu lösen bis zur Station Buch. Auf dem Spielplatz stehen unsere neuen Spielgeräte zur allgemeinen Benutzung.

Fahrtgeld hin und zurück 40 Pf.

Musikinstrumente, Niederbücher und Mundvorrat sind mitzubringen.

Für die jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen der Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt und Pankow finden regelmäßig an jedem Mittwoch, abends von 7 1/4—9 1/2 Uhr, auf dem Egerplatz an der Schönhauser Allee

Spielabende

statt. Die Kollegen treffen sich an unserem Platz

Jugendsektion D. C. U.

Es steht allen jugendlichen Transportarbeitern und -arbeiterinnen frei, sich an diesen Spielabenden zu beteiligen. Die Abteilungsleitungen.

Abteilungen Zentrum, Osten und Nichtenberg!

Sonntag, den 16. Juni 1912

Wanderung nach der Löcknitz, Alt-Buchhorst, Grünheide

Abfahrt vormittags mit dem Zuge ab Bahnhof Borsig 6 30 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz 6 45 Uhr, Bahnhof Jannowitzbrücke 6 55 Uhr, Schleißer Bahnhof 7 10 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsburg 7 25 Uhr, Bahnhof Rummelsburg 7 40 Uhr.

Ankunft in Erkner 7 21 vormittags. Treffpunkt je 15 Minuten vorher auf dem Bahnsteig.

Fahrtgeld hin und zurück 90 Pf. bis 1 Mt. Niederbücher, Decken und Mundvorrat für den ganzen

Tag ist mitzubringen!

Das Vergnügungskomitee.

Sektion III (Strassenbahner).

Unsere diesjährige Dampferpartie findet am Freitag, den 12. Juli statt.

Die Sektionsleitung. J. U.: D. Ortman.

Sektion IV.

Kraftdroschkenführer.

Bezirks-Versammlungen

Bezirk Charlottenburg am Montag den 24. Juni 1912, abends 1/2 7 Uhr, im Lokale von Bernicke, Bismarckstr. 88, Ecke Spreestraße.

Bezirk Schönhauser Vorstadt am Mittwoch, den 26. Juni, abends 1/2 7 Uhr im „Genossenschafts-Wirtshaus“, Stargarderstr. 8.

Pferdedroschkenführer.

Bezirk Neukölln, am Freitag, den 14. Juni, abends 9 Uhr bei Schleißer, Reuterstr. 74. Die Bezirksführer.

Privatchauffeure Berlins.

Für die Betreibung der Agitation und Pflege des kollektiven Verkehrs unter unseren Branchenangehörigen finden regelmäßig jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat bei Ernst Müller, Berlin, Prinz Louis Ferdinandstr. 8, an der Weidenbammer Brücke, abends 8 1/2 Uhr, unsere

Branchen-Versammlungen

statt. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 19. Juni 1912. Die Branchenleitung.

Berliner Lokales.

Gefunden: Gummi Schlauch sowie vieles Automobilhandwerkzeug. Abzuholen bei W. Hoffmann, Dudenarberstr. 9, Hof 1 Tr.

Als Zeuge gesucht wird der Droschkenchauffeur, welcher am 9. März, mittags, am Halteplatz Alexanderplatz als erster hielt und gesehen hat, wie ein Radfahrer mit Paket gegen ein vor Zieh im Anfahren begriffenes Privatauto fuhr. Betreffender Kollege möge seine Adresse in der Redaktion des „Courier“ abgeben.

In Caputh und Michendorf bei Potsdam betreibt ein circa 18jähriger Amtsassistent Hänsler Anzeigen wegen nicht Signalgeben und Schnellfahren. Die Kollegen sind hierdurch zur Vorsicht gemahnt.

Belanglich wurde am 21. 11. 1911 in der Kurstraße ein Postkutscher im Werte von 500 000 Mark aus dem Postwagen geraubt. Der Täter Cavello hat diesen nach seiner Angabe vermittelt eines Autos vom Spittelmarkt nach Weierstraße (Neukölln) gebracht. Der Sack soll in großes Tuch eingewickelt gewesen sein. Der betreffende Automobilführer wird sich wohl dieser eigenartigen Fahrt noch erinnern und könnte durch seine Angaben wesentlich zur Klärung beitragen. Er wird deshalb gebeten, sich möglichst umgehend schriftlich oder persönlich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 390b, oder auf irgend einem Polizeiwort zwecks kurzer Vernehmung zu melden. Cavello ist 34 Jahre alt, von großer, hagerer Gestalt, hat dunkle Augen und herunterhängenden Schnurrbart; er trug wahrscheinlich dunklen Winterpaletot und schwarzen, fleisen Hut.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Elektrobranche.

Montag, den 8. Juli 1912, abends 7 Uhr, bei Kramer, Duffenstr. 40, **Vertrauensmänner-Konferenz.**

Packer-, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter A. E. G. Brunnen- und Voltastraße.

Abteilungs-Versammlungen

mit äußerst wichtiger Tages-Ordnung finden statt:

für Gf. IV, VII und VIII, am Montag, den 10. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Eichmann, Voltastraße 37,

für Gf. V und Maschinenlager, am Dienstag, den 11. Juni, abends 6 1/2 Uhr, bei Mikloweit, Voltastraße 89,

für Hf. I, II und III, am Donnerstag, den 13. Juni, abends 6 1/2 Uhr, bei Eichmann, Voltastr. 87,

für Bf. I, II, Gf. IV-Lager u. B. S. U., am Montag, den 17. Juni, abends 6 1/2 Uhr, bei Eichmann, Voltastraße 87,

für Wf, am Mittwoch, den 19. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Mikloweit, Voltastraße 89,

für Kf, am Donnerstag, den 20. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Mikloweit, Voltastr. 89.

Donnerstag, den 11. Juli 1912, abends 6 1/2 Uhr, im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“, Ewinemünderstraße 42:

Allgemeine Betriebsversammlung.

Kollegen der Branche IV (gemischte Betriebe).

Sonntag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 14/15. Die Branchenleitung.

Schildermacher und Helfer.

Donnerstag, den 20. Juni 1912, abends 8 Uhr, im Lokal von Lehmann, Stralauer Brücke 8:

Branchen-Versammlung.

Die Branchenleitung.

Distrikt IX.

Steglitz, Friedenau, Großlichterfelde u. Zehlendorf.

Am Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** bei Seigmann in Steglitz, Florastraße 4.

Sankt-Wik, Mariendorf, Marienfelde, Tempelhof.

Am Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** bei Becker in Tempelhof, Berlinerstr. 41/42.

In beiden Versammlungen Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage in Breslau, Referent Kollege Walter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten u. Verschickenes. Einen zahlreichen Besuch erwartet

Die Distriktskommission. J. U.: Winte.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer & Dünwald, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.